

Thema: 1700 Jahre
Jüdisches Leben





Editorial



2021 feiern wir *1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland*, denn solange leben Jüdinnen und Juden nachweislich auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands. Mit zahlreichen Veranstaltungen wird dieses Jubiläum bundesweit gewürdigt, um Perspektiven auf die jüdische Geschichte, aber auch auf die Zukunft sichtbar zu machen: *1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland [...] eine Geschichte mit Zukunft* – so fasste es Angela Merkel in ihrem Beitrag für die Wochenzeitung *Jüdische Allgemeine* zusammen. Gerade wir als Archiv, als Gedächtnis unserer Gesellschaft wollen hierzu einen Beitrag leisten und beleuchten das Thema in diesen *Archivnachrichten* unter ganz verschiedenen Blickwinkeln.

Spätestens seit dem Mittelalter gibt es im deutschen Südwesten jüdische Gemeinden. Erste Spuren jüdischen Lebens lassen sich für das 11./12. Jahrhundert finden, so liegen die Anfänge der Gemeinde in Wertheim wahrscheinlich schon in dieser Zeit. Im *Reichssteuerverzeichnis* aus dem Jahr 1241 – also vor 780 Jahren – werden die jüdischen Gemeinden in Schwäbisch-Hall, Esslingen, Ulm, Konstanz, Bopfingen und Überlingen erstmals schriftlich erwähnt. Jüdinnen und Juden lebten in den Dörfern und Städten, davon zeugen heute noch vielerorts jüdische Friedhöfe, Synagogen oder Straßennamen wie »Judengasse«. In ihren Heimatorten und Nachbarschaften, in Wissenschaft und Wirtschaft, in Vereinen und Parteien prägten jüdische Einwohner die Geschichte des Landes. Dennoch schloss die christliche Mehrheitsgesellschaft sie immer wieder in vielen Bereichen von kultureller, sozialer und politischer Teilhabe aus. Jüdisches Leben in Deutschland war sichtbar und gehörte dazu – allerdings stets in der Spannung zwischen Akzeptanz und Ausgrenzung. Antisemitismus und Verfolgung gipfelten schließlich in der Shoah, dem nationalsozialistischen Völkermord. Nach 1945 musste

sich jüdisches Leben wieder neu in Deutschland entwickeln und ist leider auch heute noch immer durch Antisemitismus und Gewalt bedroht. In diesen *Archivnachrichten* zeigen wir einen kleinen Ausschnitt des jüdischen Lebens im deutschen Südwesten, wie er sich in den reichhaltigen Quellen finden lässt.

In der *Quellenbeilage für den Unterricht* wird passend zum Thema über die Überlebengeschichte des Ehud Loeb berichtet, eines badischen Jungen, der nur durch mehrere Identitätswechsel und viele Helfer die Shoah überlebte. Seine eigene Erzählung der Ereignisse eröffnet insbesondere für jüngere Schülerinnen und Schüler einen individuellen Zugang zur Geschichte des Genozids an den badischen Jüdinnen und Juden.

Außerdem enthält diese Ausgabe der *Archivnachrichten* den Jahresbericht für das Jahr 2020, das für das Landesarchiv – wie für uns alle – durch die Corona-Pandemie besonders herausfordernd gewesen ist. Wie immer finden Sie im Heft neben Berichten zu aktuellen Projekten sowie neu erschlossenen, digitalisierten oder restaurierten Beständen auch Hinweise zu Ausstellungen und Veranstaltungen des Landesarchivs, zu denen Sie herzlich eingeladen sind. Durch die Corona-Pandemie ist noch nicht absehbar, ob alle Ausstellungen wie geplant stattfinden können. Bitte informieren Sie sich auf unserer Website zur aktuellen Situation.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre, vertiefende Einblicke in das jüdische Leben im deutschen Südwesten und bleiben Sie gesund

Ihre

* Dr. Verena Schweizer
Redaktion der Archivnachrichten

1 Synagoge Emmendingen, Innenansicht, vor 1938.
Vorlage: LABW, HStAS EA 99/001 Bü 305 Nr. 394

Inhalt

- ✱ **Thema:
1700 Jahre
Jüdisches
Leben**
- 8 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland**
Eine wechselvolle Beziehungsgeschichte von einseitigem Kulturtransfer mit jüdischer Sinngebung
– Birgit Klein
- 14 Steinerne Zeugen jüdischen Lebens und Leidens**
Kleindenkmale und Spolien erinnern an die jüdische Bevölkerung an Main und Tauber
– Claudia Wieland
- 16 Kontrollierte Durchreise**
Josel von Rosheim und der Durchzug von Juden durch das Herzogtum Württemberg 1551
– Erwin Frauenknecht
- 18 Maßnahme gegen antijüdische Hetze und Verschwörungstheorien?**
Die Absetzung des Adelberger Abts Lucas Osiander d. Ä. im Jahr 1598
– Johannes Renz
- 20 Ein Justizskandal in Württemberg**
Der Fall des Joseph Süß Oppenheimer im 18. Jahrhundert
– Nicole Bickhoff
- 22 Nur Einnahmequelle?**
Zur Aufnahme von Juden in Wankheim 1774 durch den Freiherren Friedrich Daniel von Saint André
– Wilfried Setzler
- 24 Bekehrer und Bekehrte**
Hohenlohische Gelegenheitsdruckschriften zu jüdischen Konvertitinnen und Konvertiten
– Jan Wiechert
- 25 Vom Schutzjuden zum Staatsbürger**
Jüdisches Leben im 19. Jahrhundert im Spiegel der historischen Grundbuchüberlieferung
– Michael Aumüller
- 26 Württembergische Rabbinate und Synagogen im 19. Jahrhundert**
Die Überlieferung der Israelitischen Oberkirchenbehörde im Staatsarchiv Ludwigsburg
– Peter Müller
- 28 »Sittenlehre zur Erbauung der Erwachsenen«**
Obrigkeitsliche Vorgaben führen zum Umbau der Haigerlocher Synagoge
– Raphael Schmid
- 30 »In gnädigster Anerkennung der Verdienste«**
Die Nobilitierung des jüdischen Bankiers Joseph Wolf Kaula
– Birgit Meyenberg
- 32 Das israelitische Frauenbad in Friesenheim**
Hygienestandards – religiöse Vorschriften – finanzielle Mittel
– Anja Schellinger
- 34 Haus des Lebens**
Der jüdische Friedhof in Wertheim
– Monika Schaupp
- 36 Ortenauer Landjudentum**
Die Gedenk-, Lern- und Begegnungsstätte Ehemalige Synagoge Kippenheim
– Florian Hellberg, Jürgen Stude
- 38 Fleißige Händler – erfolgreiche Frauen**
Jüdisches Leben zur Zeit der Weimarer Republik in Baden
– Linus Maletz, Simon Metz
- 40 »Der Pflug« (Hamachreschah)**
Ein jüdischer Landwirtschaftsverein zur Vorbereitung auf eine Auswanderung nach Palästina (Hachschara)
– Jochen Rees
- 41 Gurs 1940**
Internet-Datenbank zur Deportation der jüdischen Bevölkerung aus Baden, der Pfalz und dem Saarland
– Martin Stingl
- 42 »Geistige Wiedergutmachung« als Ziel**
Das Hauptstaatsarchiv Stuttgart dokumentierte von 1962 bis 1968 das Schicksal der jüdischen Bevölkerung in Baden, Württemberg und Hohenzollern während der Zeit des Nationalsozialismus
– Wolfgang Mährle

* Archiv aktuell

- 44 Rückblick auf das Jahr 2020**
Jahresbericht des Landesarchivs Baden-Württemberg
– Inka Friesen
- 51 Neuer Leiter im Staatsarchiv Sigmaringen**
Franz-Josef Ziwes tritt die Nachfolge von Volker Trugenberger an
– Inka Friesen, Verena Schweizer
- 52 Größte Extremismus-Sammlung Deutschlands**
Land richtet Dokumentationsstelle (Rechts-)Extremismus im Generallandesarchiv Karlsruhe ein
– Wolfgang Zimmermann
- 53 Transformation der Wiedergutmachung**
Start eines Pilotprojekts zur Erschließung und Digitalisierung von Wiedergutmachungsakten
– Peter Müller, Rebecca Schröder
- 54 Direkt und bequem**
Online-Bestellung von Reproduktionen
– Thomas Fricke
- 55 Wilhelm Weinberg und sein »Kataster der Geisteskranken«**
Neue Erkenntnisse zur Entstehung der »Winnentaler Patientenblätter« im Staatsarchiv Ludwigsburg
– Christian Hofmann

* Quellen griffbereit

- 56 Erbverbrüderung statt Mauerfall**
Wiedervereinigung der Markgrafschaften Baden-Baden und Baden-Durlach vor 250 Jahren
– Gabriele Wüst
- 57 Reichs-, Kreis- und Grafentage vom 16. bis 18. Jahrhundert**
Erschließung des Bestandes R-Rep. 72 im Staatsarchiv Wertheim abgeschlossen
– Anne Christina May
- 58 Vereinfachte Recherche nach 70.000 Internierten**
Registerbücher der Interniertenlager unter deutscher Verwaltung in der amerikanischen Zone nach Einzelpersonen erschlossen
– Stephan Molitor
- 59 Von der Kaserne zum Kindergarten**
Die Konversion militärischer Objekte in der Überlieferung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Freiburg
– Juliane Walliser

* Kulturgut gesichert

- 60 Was kreucht und fleucht denn da?**
Restaurierung von zoologischen Lehrtafeln aus dem Universitätsarchiv Freiburg
– Cornelia Bandow, Dieter Speck
- 62 back to the roots**
Wie die Akten des Finanzamts Hirsau über Freudenstadt, Bonn, Siegburg, Brühl und München letztendlich ins Staatsarchiv Sigmaringen kamen
– Sabine Hennig

* Archive geöffnet

- 63 200 Jahre Landesvermessung**
Ausstellung des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung im Grundbuchzentralarchiv 2021
– Michael Aumüller
- 64 ... aus der Trennung heraus! 200 Jahre Evangelische Landeskirche in Baden**
Ausstellung im Generallandesarchiv Karlsruhe
– Udo Wennemuth, Wolfgang Zimmermann

* Junges Archiv

- 65 Digitale Grüße aus dem 21. Jahrhundert**
Die Freiwilligendienstleistenden des Staatsarchivs Ludwigsburg auf Social Media
– Yanic Dollhopf, Jonathan Machoczek und Annika Richter mit Julia Schneider

* Geschichte Original

- 66 Drei Väter, drei Mütter, fünf Namen**
Die Überlebensgeschichte des Ehud Loeb aus Bühl in Baden
– Daniel Felder





1700 Jahre Jüdisches Leben

Cover:
Außenansicht der Ehemaligen
Synagoge Kippenheim.

Vorlage: Förderverein
Ehemalige Synagoge
Kippenheim e. V.

Hardheim, »Lehrer Emanuel
Wertheimer u[nd] Frau«,
vor 1926.

Vorlage: LABW, HStAS EA
99/001 Bü 305, Nr. 691

Blick auf den jüdischen Fried-
hof Wertheim im April 2007.

Vorlage: LABW, StAWt S-N
70_451_7579/24A (01.04.2007)

Aufnahme: Hans Wehnert,
Wertheim

Fragment aus dem Wert-
heimer »Lilien-Machsor«,
Anfang des Abendgebets für
den ersten Vorabend
vor Pessach, beginnend mit der
Qedushat ha-yom, 14. Jh.

Vorlage: LABW, StAWt G-Rep.
108 Nr. 1

Diese Seite:

Jüdische Gemeinde Konstanz,
Weihe des Betsaales, Juli 1966.

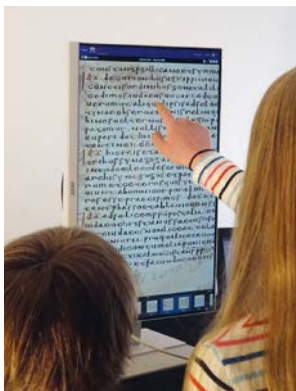
Aufnahme: Stadt Konstanz,
Heinz Finke

Vorlage: LABW HStAS EA
99/001 Bü 305, Nr. 951

Jüdinnen und Juden wurden und werden mit Vorurteilen und Stereotypen belegt, dabei gehören sie seit Jahrhunderten zu unserer Gesellschaft dazu. Sie bildeten Gemeinden und errichteten Synagogen, Mikwen sowie Friedhöfe. Sie lebten auf dem Land und in der Stadt und betätigten sich wirtschaftlich, lange Zeit nur in den für sie erlaubten Berufen. Sie rangen um Anerkennung und rechtliche Gleichstellung und wurden doch immer wieder verfolgt, vertrieben und ermordet. Von der reichen jüdischen Kultur und Geschichte und vom jüdischen Leben berichten die Autorinnen und Autoren ebenso wie von Ausgrenzung und Verfolgung.

1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

Eine wechselvolle Beziehungsgeschichte von einseitigem Kulturtransfer mit jüdischer Sinnggebung



1 Schülerinnen und Schüler lesen die Textpassage im Dekret Kaiser Konstantins von 321 n. u. Z., überliefert im Codex Theodosianus 16, 8.3, Bibliotheca Apostolica Vaticana, Cod. Reg. Lat. 886, fol. 435v.

Vorlage: LABW

Das Jahr 2021 ist in Deutschland ein *Festjahr*: In Deutschland wird in besonderer Weise einem Reichsgesetz gedacht, das der römische Kaiser Konstantin im Jahr 321 nach christlicher Zeit, also vor 1700 Jahren, erließ:

Durch ein allgemeines Gesetz gestehen wir allen Stadträten zu, dass Juden in den Stadtrat berufen werden. Damit aber ihnen etwas von der früheren Praxis zum Trost gelassen werde, dulden wir, dass zwei oder drei nach ewigem Privileg durch keine Berufungen belastet werden.

Für alle in der Archivarbeit und -recherche Aktiven ist es zwar bedauerlich, aber nicht verwunderlich, dass sich dieses allgemeine Gesetz nicht als zeitgenössischer Papyrus überliefert in einem Archiv findet, sondern nur in seiner Abschrift in dem im fünften Jahrhundert kompilierten Codex Theodosianus überliefert ist, der wiederum in einer Handschrift des sechsten Jahrhunderts im Besitz der Bibliotheca Apostolica Vaticana erhalten ist.

Als *allgemeines Gesetz*, d. h. Reichsgesetz war Konstantins *Zugeständnis* für das ganze Reich verbindlich. Ein besonderer Bezug zum heutigen geografischen Raum Deutschlands könnte allein dadurch gegeben sein, dass dem Kompilator des Codex Theodosianus dieses Reichsgesetz in der Abschrift an den Stadtrat von Colonia Agrippinensis, dem antiken Köln, vorlag und er in den Codex nicht nur seinen Text, sondern auch die Adressaten übertrug.

Dieser Eintrag der Adressaten wurde und wird häufig dahingehend interpretiert, dass Konstantin dieses Gesetz an die Kölner Dekurionen sandte in dem Wissen, dass Juden in Köln lebten, die die Dekurionen von nun

an in den Stadtrat berufen durften. Dieser Annahme folgend würde dieses allgemeine Gesetz eine Anwesenheit von Juden in Köln vor 1700 Jahren belegen.

Zuweilen wird diese Annahme noch fortgesponnen, weil im Codex Theodosianus unmittelbar im Anschluss an dieses Reichsgesetz die knappe Zusammenfassung einer weiteren konstantinischen Verordnung aus dem Jahr 330 abgeschrieben ist: Als Reaktion auf Konstantins Zugeständnis von 321 befreit sie wiederum die Juden reichsweit von einer Berufung in einen Stadtrat, sofern sie bereits ein Amt innerhalb einer jüdischen Gemeinde als Priester, *Synagogenvorstände* (archisynagogi) und Väter der Synagoge, ausüben. Hieraus wurde und wird zuweilen geschlossen, in Köln habe bereits im Jahr 330 eine große jüdische Gemeinde mit unterschiedlichen Ämtern existiert. Letzterer Rückschluss ist zurecht kritisiert worden, da der Überlieferungszusammenhang im Codex Theodosianus es nicht erlaubt, die Gemeindeämter in einer allgemeinen Reichsverfügung von 330 auf eine jüdische Gemeinde in Köln zu beziehen.

Doch auch hinsichtlich des Reichsgesetzes von 321 sind die Meinungen in der Forschung geteilt, inwiefern die Kölner Adressaten in der Abschrift des Reichsgesetzes im Codex Theodosianus zweifelsfrei die Existenz von Juden in Köln belegen.

Nicht nur Michael Toch, emeritierter Professor für mittelalterliche Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem, bezweifelt dies: *Ist dies wirklich aus der Tatsache zu erschließen, daß der Wortlaut des betreffenden ‚allgemeinen Gesetzes‘ Kaiser Konstantins d. Großen*

sich in einer Abschrift für die Dekurionen von Köln erhalten hat? Auch Sebastian Ristow, Professor am Archäologischen Institut der Universität zu Köln, sieht die sehr geringen Informationen des Edikt als unbedeutender an als die Tatsache, dass es ohnehin in jeder größeren Stadt des römischen Reichs eine jüdische Gemeinde gegeben haben dürfte und sich für Köln keine belastbaren, konkreten und besonderen Informationen aus dem Edikt ableiten ließen. Da Colonia Agrippinensis sich bereits im ersten Jahrhundert zu einer Stadt entwickelt hatte, wäre es folglich durchaus möglich, heute rund 2000 Jahre jüdisches Leben in Deutschland zu feiern.

Dass aber aktuell dem konstantinischen Gesetz von 321 eine so große politische Bedeutung beigemessen wird, hat seinen Grund darin, dass jüdischem Leben in Deutschland immer wieder die Berechtigung abgesprochen wurde,

wenn nicht grundsätzlich, so doch zumindest hinsichtlich seiner Gleichberechtigung. Daher wird das konstantinische Reichsgesetz von 321 positiv als Zugeständnis im Sinne einer rechtlichen Gleichstellung von Juden interpretiert, um diese auch für die Juden in Deutschland in späteren Zeiten einzufordern.

So berichtete Berthold Rosenthal in seiner *Heimatgeschichte der badischen Juden seit ihrem geschichtlichen Aufbau bis zur Gegenwart* (Bühl/ Baden 1927), auf einem Gedenkstein der Kölner St. Gereonkirche sei eine Verordnung des römischen Kaisers Konstantin vom 11. Dezember 321 eingemeißelt. Sie meldet, daß die Juden von Köln den römischen Bürgern gleichgestellt und in die Kurien der römischen Bürger berufen werden sollen.

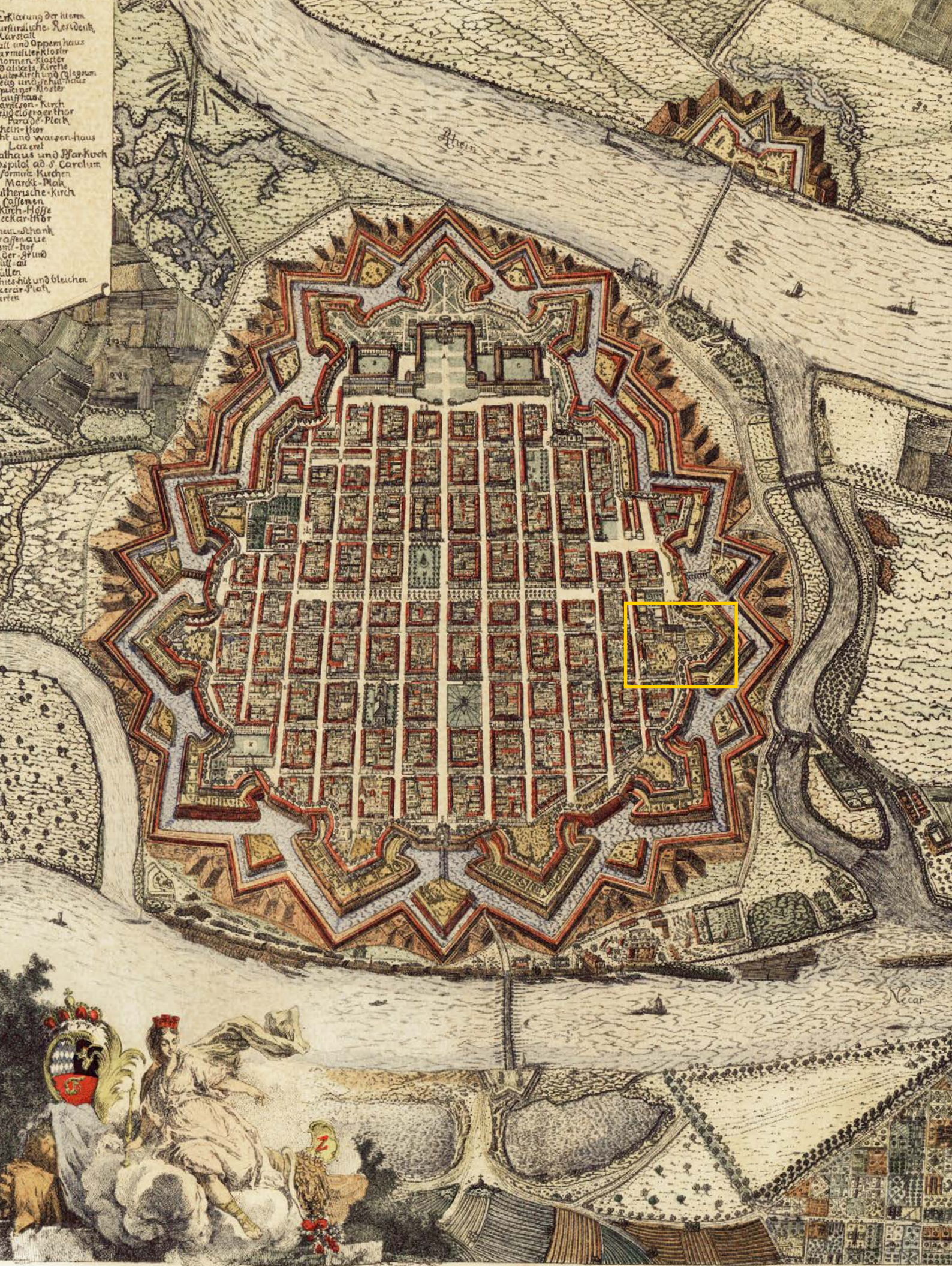
Heute will auch das renommierte Leo Baeck Institute – New York | Berlin (LBI) mit seinem

2 Baum des Lebens in Siddur minhag Ashkenaz, 13./ 14. Jh.

Vorlage: London, British Library, Ms. Add. 11639, fol. 122r



Erklärung der hiesigen
 kirchliche. Residentz
 Carthall
 all und Oppenhaus
 armelier Kloster
 tonnen Kloster
 Dillwitz Kirche
 Luter Kirche und Glegum
 eug und schulhaus
 paucier Kloster
 auffhaus
 eration. Kirch
 sigelger thor
 Paradi. Platz
 heint thor
 ht und waizenhaus
 Lazeret
 athaus und Pfarrkirch
 ospital ad s. Carolum
 Formite kirchen
 Markt. Platz
 thronische kirch
 Cassenen
 kirch Hoffe
 ecker thor
 nen schank
 assen aue
 um. Hof
 Ger. grund
 all. au
 allen
 nies hit und gleichen
 ecer. Platz
 ren



PLAN VON DER RESIDENTZ STADT MANNHEIM

NEU KUPFERSTICH VON J. A. BARTELS 1758

- 3 »Plan von der Residentz Stadt Mannheim«, handkolorierte Reproduktion eines Kupferstichs von J. A. Bartels von 1758. Auf der rechten Seite des Stadtplans ist das Landhaus mit Garten und Orangerie des Moses Lemle Reinganum zu erkennen (siehe Markierung).
Vorlage: Marchivum, Kartensammlung, KS00749

Projekt *Shared History: 1700 Jahre jüdisches Leben im deutschsprachigen Raum* anhand von 52 Objekten die Geschichte von zentraleuropäischen Juden erzählen, beginnend mit dem Edikt von Konstantin dem Großen aus dem Jahre 321, das Juden erstmals Ämter in der städtischen Verwaltung in Köln zugestand. Hier wird gleichfalls das Reichsgesetz als *Zugeständnis* zugunsten der Juden interpretiert, wohingegen es tatsächlich das Gegenteil bedeutete: Es hob die bisherige Freistellung der Juden von städtischen Ämtern auf und belastete sie dadurch mit den hieraus resultierenden Bürden.

Somit steht das konstantinische Reichsgesetz von 321 für eine Entwicklung, die Juden bis zu ihrer Gleichstellung 1871 im deutschen Kaiserreich von gleichen Rechten ausschloss. Und auch nach 1871 blieben Juden de facto benachteiligt, so bei der Besetzung von Richterämtern oder Professuren, bevor die nationalsozialistische Gewaltherrschaft ihnen ab 1933 wieder zunächst die Bürgerrechte und dann auch die Existenzberechtigung absprach.

Daher sollte die Erinnerung an das Gesetz von 321 im Sinne des englischen *shared* als einer *gemeinsam geteilten* Geschichte die umgekehrte Funktion haben, nämlich dazu motivieren, gerade auch jene Quellen zu erschließen, die davon zeugen, wie vielfältig Jüdinnen und Juden über die Jahrhunderte hinweg ihr Leben gestaltet und Teilhabe an der Mitgestaltung der Gesellschaft eingefordert haben – allen Restriktionen und Verfolgungen zum Trotz.

Bekanntermaßen dokumentieren Quellen in Archiven indes vor allem diese Restriktionen und Verfolgungen. Gerichtsakten zeugen häufiger von Konflikten als von einer friedlichen oder gar freundschaftlichen Koexistenz, serielle Steuerlisten eher von einem jüdischen Sonderstatus. Folglich sind Archivrecherchen erforderlich, die es ermöglichen, neue Quellentexte gegen den Strom zu lesen oder auch auf den ersten Blick monotone Quellengattungen zum Sprudeln zu bringen.

Diese abstrakten Ausführungen lassen sich am Beispiel des Mannheimer Moses Lemle Reinganum (1660/66–1724, abgekürzt M.) veranschaulichen, dessen facettenreiche Persönlichkeit sich bereits in vielerlei Hinsicht erkennen lässt, liest man nur in seinem Eintrag in der Neuen Deutschen Biographie:

1712 erhielt M. in Mannheim die Konzession zum Bau eines Landhauses mit Stallungen, Orangerie und Garten. Auf der Mannheimer Flur Mühlau richtete er ein Mustergut mit Gestüt und eine Tapetenmanufaktur ein; dort ließ er die Geschichte des Stammvaters Jakob und seiner Söhne bildlich darstellen, was für einen deutschen Juden jener Zeit ungewöhnlich war. Außerdem besaß M. 1714 an der Breiten Straße in Mannheim

ein prächtiges steinernes Haus sowie in Frankfurt mehrere Grundstücke. Dies alles war ihm nur in seiner Eigenschaft als privilegierter Hoffaktor möglich. Er vermittelte Darlehen für seinen Schutzherrn, den Kurfürsten von der Pfalz, sowie für die Höfe zu Erbach, Darmstadt und Wien.

Aufgrund seiner Stellung war M. Fürsprecher der pfälz. Juden beim Kurfürsten. Zeitweise Vorsteher der jüd. Gemeinde zu Mannheim, unterstützte er Arme und Waisen sowie die jüd. Gemeinden im Lande Israel. Seine bedeutendste Leistung stellte 1708 die Errichtung eines Lehrhauses, einer sog. ‚Klaus‘, in Mannheim dar, an der zehn Rabbiner unterrichten sollten. Das Stiftungsvermögen betrug 100 000 Gulden. In seinem Testament von 1722 erließ M. genaue Vorschriften über die Arbeit und das Verhalten der Rabbiner sowie der Studenten. Zwischen Armen und Reichen sollte kein Unterschied gemacht werden. Stipendien sollten Kindern mittelloser Eltern ein Studium am Lehrhaus ermöglichen. Diese Stiftung hatte Vorbildwirkung für die späteren Lehrhäuser in Worms und Mainz.

Auch wenn sich der Lebensstil eines privilegierten Hoffaktors häufig von dem anderer Juden unterschied, so lässt der Hinweis auf das Landhaus mit Garten und Orangerie sowie auf das Mustergut auf der Mühlau, einer Mannheim vorgelagerten Insel im Rhein, aufhorchen. Ein Blick in die Mannheimer Kaufprotokolle vermag den Garten mit Orangerie genau zu verorten. 1711 verzeichnen sie den Verkauf einer *Behausung sampt hausplatz, garthen undt allen zugehörungen im 59. f. quad. No. 1. et 2. an Herrn Lemble Moyses und frommet dessen hausfraw*. Das vermeintliche *Landgut* lag also im heutigen Quadrat E 7 innerhalb der Stadt, und zwar in der Nähe der nördlichen ehemaligen Befestigungsanlagen der Festung Friedrichsburg, die nach ihrer Vereinigung mit der Stadt ab 1710 der neuen städtischen Bebauung und im südlichen Bereich dem neuen Schloss wich. Folglich lag der neue Besitz in prominenter Lage, zumal in seiner Nähe bald das Rheintor gebaut wurde. Dies lässt zunächst vermuten, dass das neue Anwesen dem Hoffaktor vor allem dazu dienen sollte, seinen hohen Status ähnlich zu den christlichen Mitgliedern der Hofgesellschaft zu demonstrieren. Orangerien waren seinerzeit in der christlichen Elite beliebt, denn im Humanismus der Renaissance verwiesen sie auf den antiken Mythos vom Baum mit den *Goldenen Äpfeln*. Die *Goldenen Äpfel* hatten eine hohe symbolische Bedeutung, denn sie wurden von den Hesperiden, den Nymphen des Abends, Sonnenuntergangs und Westens (von Hesperis, der weiblichen Verkörperung des Abendsterns Venus als Pendant zum männlichen Abendstern Hesperos), in einem Garten gehütet, sodass die Hesperiden

* Literaturhinweise

Berthold Rosenthal: Heimatsgeschichte der badischen Juden seit ihrem geschichtlichen Auftreten bis zur Gegenwart. Bülh/Baden 1927, S. 2.

Katja Kliemann und Sebastian Risto: »Köln und das frühe Judentum nördlich der Alpen. Kontinuität, Umbruch oder Neubeginn?« In: Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit 31 (2018) S. 9–20, S. 13.

Michael Toch: »Dunkle Jahrhunderte«. Gab es ein jüdisches Frühmittelalter? (Kleine Schriften des Arge Maimon-Instituts für Geschichte der Juden 4). Trier 2001, S. 12. <https://www.lbi.org/de/projects/shared-history/> (aufgerufen am 31.01.2021).

Uri Robert Kaufmann: »Moses Reinganum, Lemle«. In: Neue Deutsche Biographie 18 (1997) S. 207. <https://www.deutsche-biographie.de/pnd137575688.html#ndbcontent> (aufgerufen am 31.01.2021).

- 4 Kaufprotokolle 1724-1731:
7. der verstorbene Verkaufer den herrn und frau Kaufferen den genuß= undt gebrauch deß ahn dem hindteren ihme Verkauffern= und seinen Erben verbliebenen größeren stall anschließenden kleinen garthens= undt orangerie hauses auff ihr lebens lang mündlich zugesagt, Sie herr und frau Käuffere aber den genuß dieses kleinen garthens, wie auch dem Sommer hin, durch den gebrauch des orangerie hauses deß Verkaufferen Erben würcklich überlaßen haben, so verbindten Sie Erben sich hiemitt, undt krafft dieses daß Sie dagegen ermlts. Orangerie Hauß von Herbst biß auf daß frühe Jahr dem Herrn= undt frau Kaufferen = wie auch deren Erben zu Hinsetzung Ihrer oranien= undt Citeronen baum forth andteren garthen gewächß beständig einräumen undt gebrauchten laßen wollen, alles ohne gefehrde undt arglist.

Vorlage: Marchivum, Amtsbücher, 2/1900_00063, S. 294

zu den Namenspatinnen der Zitrusfrüchte und der Orangeriekultur seit der Renaissance wurden.

Wollte sich also M., bekannt für seinen hohen Grad der Akkulturation, mit seinem Garten samt Orangerie als Anhänger dieser humanistischen Renaissancekultur präsentieren? Weitere Eintragungen in den Kaufprotokollen lassen erkennen, dass Garten und Orangerie nicht nur eine repräsentative Funktion, sondern auch eine hohe Bedeutung an sich für den Hoffaktor hatten, selbst über die Zeit seines eigentlichen

Besitzes hinaus. Denn als 1723 der kurfürstlich kurpfälzische Geheime Rat und Staatssekretär Jacob Dillmann von Halberg das Anwesen *von seiner Churfürstl. Dhlt. zu Pfaltz ober hoff- undt Militz Factoren Herrn Lemble Moyses* kaufte, zeugen bereits die von beiden Seiten verwendeten Titel davon, dass der Verkauf auf Augenhöhe erfolgte. Denn M. behielt sich das Recht vor, weiterhin den Garten für den *Spaziergang* sowie die Orangerie nutzen zu dürfen, was 1728 auch gegenüber seinen Erben bekräftigt wurde.

5 Popers, Meir / Mannheim, Nathan Neta/ Wolf, Benjamin, »Me'orot Nathan« (»Me'ore or ve-ja'ir netiv«), Frankfurt/ M. 5469/ 1708/09.

Vorlage: Gershom Scholem Library, Israel National Library

6 Popers, Meir / Mannheim, Nathan Neta/ Wolf, Benjamin, »Me'orot Nathan« (»Me'ore or ve-ja'ir netiv«), Frankfurt/ M. 5469/ 1708/09 mit Widmung an Lemle Moses Reinganum: »Er stieg in seinen Garten und pflückte Lilien, die studieren« (Zitat aus dem Hohen Lied 6,2 und dem Babylonischen Talmud Schabbat 30 b).

Vorlage: Gershom Scholem Library, Israel National Library

Nicht auszuschließen ist aber auch noch ein anderer oder weiterer Grund, der Garten und Orangerie für ihn so bedeutsam machte. Als Gründer des Mannheimer Lehrhauses, der Klaus, fühlte M. sich der jüdischen Tradition sehr verpflichtet. Die Untersuchung der hebräischen Schriften, die in seinem Lehrhaus studiert und verfasst wurden, zeigt, dass die Klaus in ihren ersten Jahrzehnten ein Zentrum des Studiums der Kabbala, der jüdischen Mystik, war. Zahlreiche dieser kabbalistischen Schriften widmen sich dem *Garten Eden*, der sich nicht nur *paradiesisch* transzendent im Himmel befand, sondern auch sein Pendant im irdischen Garten Eden fand. Die verbotene Frucht des Baumes der Erkenntnis wird hier auch als Ethrog gedeutet, jener Zitrusfrucht, die seit der Antike Bestandteil des Feststraußes

Lulaw am Laubhüttenfest ist. Eine der Schriften preist M. als Gönner und Förderer der Klaus mit einer *blumigen* Widmung: *Er ging in seinen Garten herab und pflückte Lilien, die studieren*; ein Zitat aus dem Hohen Lied der Liebe (6,2), das mit einer Deutung aus dem Babylonischen Talmud verflochten wurde. Der Garten des Hohenlieds als Allegorie für den Gottesgarten wurde in der kabbalistischen Lehre weiter ausgeführt, in dieser Widmung aber auf M.s Garten in seiner realen Form und in seiner symbolischen Form, der Klaus, dem Lehrhaus, bezogen.

Allem Anschein nach hatten M.s Garten und Orangerie einerseits eine *jüdische* Bedeutung und können zudem als ein hervorragendes Beispiel für eine Interaktion und einen kulturellen Austausch mit der Umgebung dienen. M. teilte zeitgenössische kulturelle Praktiken, gab ihnen aber jüdische Inhalte, die sich nur Kennerinnen und Kenner der jüdischen Tradition und Religionsgeschichte erschlossen und erschließen, eine so subtile Umdeutung, dass sie anscheinend nicht zu einem Symbolkonflikt führte.

M.s Engagement in Landwirtschaft und Hortikultur hingegen widersprach zwar dem anti-jüdischen Stereotyp eines Juden, der angeblich unproduktiv sei und keinen Bezug zur *Scholle* habe. Doch führte umgekehrt die Bewirtschaftung des Guts zu Konkurrenz und daraus resultierenden Konflikten, so der Vorwurf 1716, *Jud Lemble Moses* habe am Fest von Mariä Geburt (dem 8. September) *durch seine Leuth auff der Mühlaw daß hew, oder ohmet machen lassen*. Als zwei Jahre später Pferde von Mannheimer Bürgern nahe bei der Mühlau weideten, ging M. scharf gegen die Verletzung seines Besitzes vor. Mit seinem jüdischen Hofmann habe M. die Pferde in seinen Hof und Stall getrieben, den sie *ohne ihre schweiffen ganz geschändet undt beschädigter* wieder verlassen hätten. Daraufhin klagten einige *Bürger* als Besitzer der Pferde gegen den nun zum *Juden Lemble Moses* Degradierten, sodass Zeugen über M.s mögliche Beteiligung an diesem Vorfall Auskunft geben.

Diese Beispiele zeugen stellvertretend von der langen und wechselvollen *geteilten* Verflechtungsgeschichte jüdischen Lebens in Deutschland, einer im deutschen Doppelsinn miteinander verbundenen wie auch getrennten Geschichte, in der Jüdinnen und Juden sehr viel häufiger die Interessen und Vorlieben ihrer Umwelt teilten als umgekehrt. Es bleibt zu hoffen, dass in den kommenden 1700 Jahren diese *Ungleichzeitigkeit* zugunsten eines wirklich gleichberechtigten Verhältnisses auf Augenhöhe mit einem wechselseitigen wahren Interesse aneinander überwunden wird.

✱ **Birgit E. Klein**, Professorin an der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg und Rabbinerin



וברכתי תעלה לראש עשברי • ה'ה יחשיתי האלף החמוסן הקטן החמוססם סוכסם ומהני בק"ק מההיים אטבי הנבי • הזר ועפלי פתון דבר • המדלון הגדול ראש המדבר • בהר"ר אשר לעול' ריינגאוס יב' מאש'ר פתה לחמו • יד' ה' אלהיו עמו • אשר העיר ה' אותו חס דבוס • ועש' אלה אלה • בית מרסו של שם טוב שזו מחון אסכחונוס • ועוד ידו נעו' להקום סוכות דוד המופלת ביהו"ש תל' שהל' פוכס • סגור סכפו פור לאבינוס • ללמודי מורה יומי בשבת מחכונוס • ועוד הגדל עזי סכר של אמת הויל וזכ סוכס וכספן חשחונוס • להאטות הדפוס להודיא לאור הספר הלוה אשר יקרה היא חשכנוס • ישל' ח' פעלו עשרת חונוס • ויזכה לרוע סכר בטיס וכני בטיס • ען חיים היא לחשונוס בה ותווכי' ח'ל'ר נגדל ידחוס בעשור וכבוד וארכות יחיס וטוס • וזכה לראות כנפון בית המקדש וארמונוס • אמן וי"ל כולס עובוס :

Steinerne Zeugen jüdischen Lebens und Leidens

Kleindenkmale und Spolien erinnern an die jüdische Bevölkerung an Main und Tauber

In den beiden fränkischen Metropolen Würzburg und Rothenburg o. d. T. gab es bereits im Hochmittelalter bedeutende jüdische Gemeinden, deren Mitglieder wie z. B. Rabbi Meir ben Baruch in der ganzen Aschkenas bekannt waren. Doch auch in den kleinen Landgemeinden an Main und Tauber lebten Juden, wie der älteste Hinweis auf *Lieberman de Grunsvelt* von 1218 belegt. Phasen friedlicher Koexistenz zwischen Juden und Christen wechselten mit Zeiten intensiver Verfolgung und Ausgrenzung. Nachfolgende Wiederansiedlungen waren meist vom wirtschaftspolitischen Interesse der

Territorialherren geleitet. Zeugnisse dieses (Zusammen-)Lebens, das mit dem Holocaust ein grausames Ende fand, gibt es v. a. in archivischen Quellen. Der Kundige trifft jedoch auch vor Ort, in den Städten und Gemeinden, auf Spuren jüdischen Lebens und Leidens, auf steinerne Zeugen einer vergangenen Zeit.

Ein Steindokument, das erst auf den zweiten Blick seine Bedeutung preisgibt, findet sich in der Pfarrkirche in Uissigheim bei Kilsheim (Abb. 1). In der Innenwand ist ein Epitaph eingemauert, welches einen gefesselten Ritter mit einer kleinen Figur zeigt, die diesem ein

- 1 Grabmal des Arnold von Uissigheim in der katholischen Pfarrkirche.

Vorlage: LABW, StAWt S-V 10
Fotosammlung, 0013-04-346

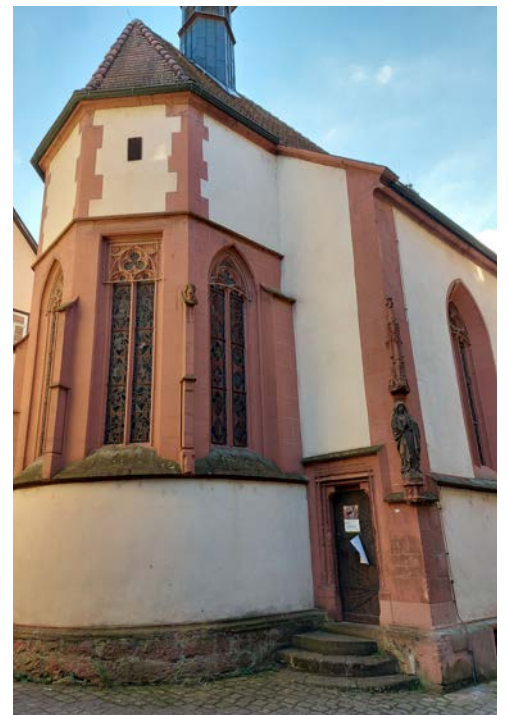
- 2 Seiteneingang der Marienkapelle Wertheim mit Inschrift: »Anno d[omi]ni m°cccc°xlvii ist hie zubroche[n] und verstort worde[n] eine judenschule und angehaben[n] dise capelle [...]«.

Aufnahme: LABW, Claudia Wieland

1



2



**Direkt zur Dokumentation
der jüdischen Friedhöfe
inklusive Fotos**

LABW, StAL EL 228 b I:
www.landesarchiv-bw.de/
plink/?f=2-1873699



LABW, StAL EL 228 b II:
www.landesarchiv-bw.de/
plink/?f=2-2940185



Schwert an den Hals hält. Was hat es damit auf sich? Es handelt sich um das Grabmal des Ritters Arnold von Uissigheim, der als *König Armleder* im Jahr 1336 ein Pogrom an Main und Tauber anführte. Ausgehend von Röttingen überzog er viele fränkische Judengemeinden mit Tod und Verfolgung. Im Gegensatz zu früheren Initiatoren solcher Verfolgungen endete er jedoch vor dem Würzburger Zentgericht in Kitzingen und wurde mit dem Schwert hingerichtet.

Die wirtschaftliche Bedeutung jüdischer Händler und Kaufleute für die Landbevölkerung lässt sich an Architekturzeugnissen in der Regel nicht ablesen. Ein Vertreter, der als Hofaktor für die Grafen von Hohenlohe-Weikersheim tätig war, ist jedoch als steinernes Abbild verewigt. Lämmle Seligmann wird zusammen mit weiteren Bediensteten des Grafenhauses in der karikaturenhafte Zwergengalerie der Gartenanlage von Schloss Weikersheim dargestellt (Abb. 5).

Trotz der teils abseitigen Lage ist ein Friedhof der offensichtlichste Beleg für eine ehemalige jüdische Gemeinde. In Wertheim am Main liegt dieser, wie üblich mit einer Mauer geschützt und abgegrenzt, am Ortsausgang Richtung Würzburg (siehe auch Beitrag von

Monika Schaupp in diesem Heft). Über seine Entstehung sind wir gut unterrichtet, existiert doch noch die Urkunde aus dem Jahr 1406 über den Kauf des Areals durch die jüdische Gemeinde. Die Dokumentation der Grabsteine dieses und weiterer jüdischer Friedhöfe sowie die dazugehörigen Fotos finden sich im Staatsarchiv Ludwigsburg (LABW, StAL EL 228 b I und LABW, StAL EL 228 b II).

Zentrum der jüdischen Gemeinde Wertheim war die damalige Synagoge in unmittelbarer Nähe zum Marktplatz. An ihrer Stelle erhebt sich jedoch seit 1447 eine Marienkapelle, über deren Seiteneingang eine Inschrift vom Schicksal des Gebäudes berichtet (Abb. 2). Von der letzten in Wertheim errichteten Synagoge, 1798/99 gebaut und erst 1961 abgerissen, zeugt nur noch ein beschrifteter Türsturz (Abb. 3). Dieser ist heute Bestandteil des Gedenkortes für die verfolgten und ermordeten Wertheimer Juden.

Die in Werbach-Wenkheim nach den Zerstörungen im Nationalsozialismus als Gedenk- und Veranstaltungsort durch einen Verein wiederhergerichtete Synagoge bewahrt dagegen die Erinnerung an das jüdische Leben und fordert zur Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart christlich-jüdischer Beziehungen auf (Abb. 4). * **Claudia Wieland**

- 3 Türsturz der letzten Wertheimer Synagoge mit hebräischer Stiftunginschrift.

Aufnahme: LABW, Claudia Wieland

- 4 Der frühere Betsaal der Synagoge Wenkheim mit Thoraschreinnische und Frauenempore beim Tag der Heimatforschung 2017.

Aufnahme: Armin Härtig

- 5 Hoffaktor Lämmle Seligmann in der Zwergengalerie von Schloss Weikersheim.

Vorlage: LABW, StAWt A-60 Nr. 600, Bild 7

3 4



5



Kontrollierte Durchreise

Josel von Rosheim und der Durchzug von Juden durch das Herzogtum Württemberg 1551

- 1 Herzog Christoph von Württemberg und Josel von Rosheim treffen Vereinbarungen über den Durchzug der Juden durch das Herzogtum Württemberg (11. August 1551).

Vorlage: LABW, HStAS, A 56 U 15



- 2 Siegel Josels von Rosheim.

Vorlage: LABW, HStAS, A 56 U 15

Der aus dem Elsass stammende Josel von Rosheim (um 1478–1554) gilt als der *bedeutendste Fürsprecher der Juden* im Heiligen Römischen Reich. Als unermüdlicher und geschätzter Unterhändler vermittelte er in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts zwischen Juden und Christen. Er intervenierte bei drohenden Vertreibungen seiner jüdischen Glaubensgenossen durch Fürsten oder Städte beim Kaiser oder beim Reichskammergericht, setzte sich für gefangene Juden ein oder organisierte als Anwalt praktische Hilfe, etwa in Form von Geleitbriefen. In den Quellen tritt er häufig als *Schtadlan* (Fürsprecher) oder als *gemeiner Jüdischheit Regierer im deutschen Land* hervor. Seine Integrität genoss hohes Ansehen, nicht zuletzt am kaiserlichen Hof. Mehrere kaiserliche Privilegien gehen auf Josels direkte Intervention zurück: 1544 etwa gelang es ihm, von Kaiser Karl V. ein umfassendes Privileg für einen weitreichenden Bestands- und Geleitschutz der Juden zu erreichen.

1551 fungierte Josel von Rosheim als Vermittler im Herzogtum Württemberg. Konkreter Anlass war das erschwerte Geleit der Juden durch das Herzogtum: Aufgrund von Restriktionen und Verboten war ein Durchzug jüdischer Händler durch Württemberg praktisch seit Jahrzehnten unmöglich gewesen. Darauf machte Josel mit einer Supplik auf dem Augsburger

Reichstag 1550/51 aufmerksam. Im Frühjahr 1551 entwickelten sich daraus intensive Verhandlungen mit dem württembergischen Hof. Und im August 1551 wurde zwischen Herzog Christoph (1550–1568) und Josel von Rosheim *in namen und von wegen gemainer jüdischhait als ir vollmechtiger anwaldt* ein grundsätzliches Abkommen erzielt, das den Juden unter genau bestimmten Bedingungen den Durchzug durch das Herzogtum gestatten sollte (Abb. 1). Verknüpft war das herzogliche Zugeständnis mit der Bedingung, dass alle laufenden Verfahren, die Juden mit württembergischen Untertanen vor dem Rottweiler Hofgericht oder dem Reichskammergericht führten, sofort eingestellt werden sollten. Bis ins Detail genau geregelt sind die Konditionen und Tarife für das Geleit.

Besiegelt wurde die Urkunde sowohl von Herzog Christoph als auch von Josel von Rosheim. Dessen Siegel zeigt einen Stierkopf im Schild, darüber die Umschrift Josef in hebräischen Schriftzeichen (Abb. 2). Auf der Plica der Urkunde hat Josel zudem einen eigenhändigen Bestätigungsvermerk, ebenfalls in hebräischer Schrift, angebracht: *So spricht Josef, Sohn des Herrn Gerschon, Andenken zum Segen, den man nennt [...] Josenin (!) Rosheim, gemeiner Juden Regierer, der Ritter [...] wie oben geschrieben steht* (Abb. 3, Ausschnitt).

Die Urkunde sollte nach der Ausstellung am 11. August sofort den württembergischen Amtleuten im Herzogtum publik gemacht werden (Abb. 4). Als Druckkostenzuschuss hatte Josel der württembergischen Kanzlei 80 Gulden überlassen, aber die Publikation verzögerte sich, und im September mahnte Josel die Bekanntmachung der Beschlüsse noch einmal an. Trotz dieser anfänglichen Verbreitungsprobleme war die Wirkung des Vertrags enorm. Der Text wurde in Christophs Landesverordnung von 1551 aufgenommen, und die Bestimmungen blieben in der Folge steter Bestandteil der württembergischen Rechtsverordnungen.

Die konsensuale Mitwirkung Josels von Rosheim an der Urkunde wird freilich in den gedruckten Formen nicht mehr sichtbar, hier erscheint die Urkunde stets als alleinige Verfügung des württembergischen Herzogs.

✱ Erwin Frauenknecht



- 3 Eigenhändige Beglaubigung Josels auf der Plica. An dieser Stelle sei Andreas Lehnertz (Jerusalem) herzlich gedankt für die wertvollen Hinweise zum Siegel und zur Transkription des Bestätigungsmerks auf der Plica.
Vorlage: LABW, HStAS, A 56 U 15, Ausschnitt
- 4 Druck der Urkunde vom 11. August 1551.
Vorlage: LABW, HStAS A 56 Bü 9, Q. 28

* Literaturhinweise

Stefan Lang: Ausgrenzung und Koexistenz. Judenpolitik und jüdisches Leben in Württemberg und im »Land zu Schwaben« (1492-1650) (Schriften zur Südwestdeutschen Landeskunde 63). Ostfildern 2008.

Selma Stern: Josel von Rosheim. Befehlshaber der Judenschaft im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Stuttgart 1959.

J. Friedrich Battenberg: Josel von Rosheim, Befehlshaber der deutschen Judenheit, und die kaiserliche Gerichtsbarkeit. In: »Zur Erhaltung guter Ordnung«. Beiträge zur Geschichte von Recht und Justiz. Festschrift für Wolfgang Sellert. Hg. von Jost Hausmann und Thomas Krause. Köln u.a. 2000. S. 183-224.

Andreas Lehnertz: Judensiegel im spätmittelalterlichen Reichsgebiet. Beglaubigungstätigkeit und Selbstrepräsentation von Jüdinnen und Juden. 2 Bde. (Forschungen zur Geschichte der Juden. Abteilung A: Abhandlungen 30). Wiesbaden 2020.

2 Schreiben Herzog Friedrichs I. zur Ansiedlung jüdischer Kaufleute (Konzept) vom 16./26. März 1598.

Vorlage: LABW, HStAS A 56 Bü 11

3 Einspruch Lucas Osianders d. Ä. gegen die Aufnahme von Juden in Stuttgart vom 13./23. März 1598.

Vorlage: LABW, HStAS A 56 Bü 11

Entzlin, verantworten. Da er bei seinen Überzeugungen blieb, verlor er im April 1598 seine Stellung als Adelberger Abt. Er wirkte noch kurz in der Reichsstadt Esslingen und starb im Jahr 1604 in Stuttgart.

Die Absetzung Osianders ist sicher nicht als herzoglicher Gunsterweis für die Juden oder als Maßnahme gegen antijüdische Hetze an sich anzusehen. Vermutlich waren Herzog Friedrich I. die *Verschwörungstheorien* Osianders vor allem deshalb zuwider, weil sie seiner Wirtschaftspolitik nicht zupasskamen. Württemberg hatte schon Ende des 15. Jahrhunderts die Juden vertrieben und Herzog Christoph sich für eine Judenvertreibung aus dem gesamten Reich eingesetzt. Im Gegensatz zu Osiander wurden die anderen Kritiker der herzoglichen Wirtschaftspolitik, die sich zurückhaltender, aber auch eindeutig antijüdisch geäußert hatten, überdies nicht mit Sanktionen belegt. Es wurde also nur der lauteste von mehreren

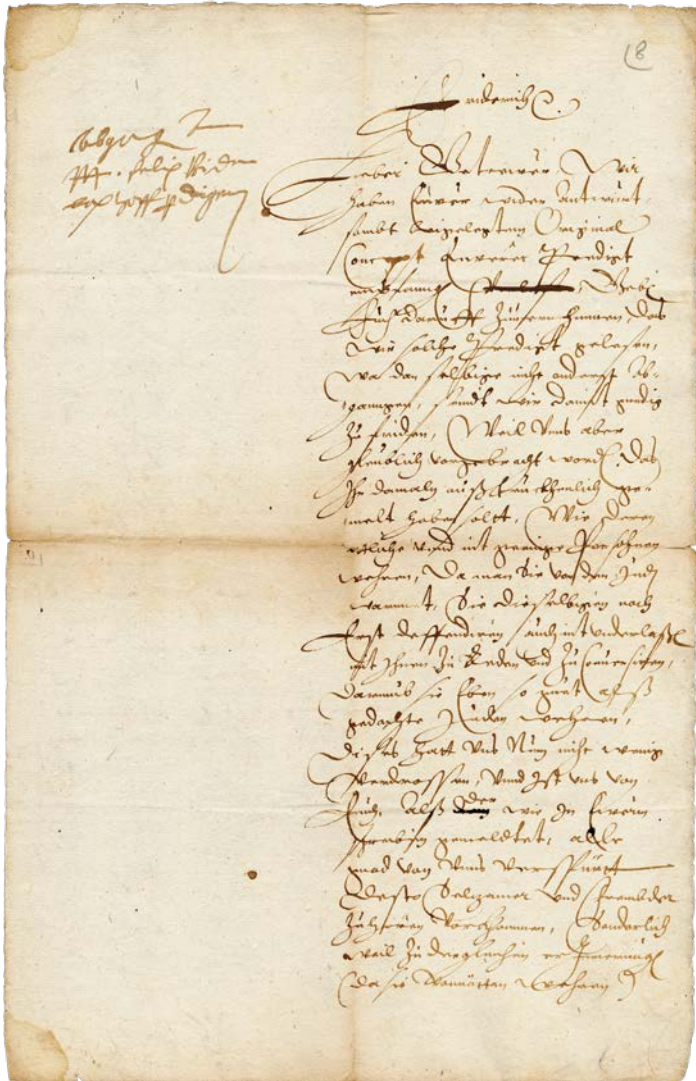
Schreibern kaltgestellt. Das Amt des Abts von Adelberg blieb zudem in der Familie – Nachfolger wurde sein Sohn Andreas.

Lucas Osiander hat sich, wie weiter oben ausgeführt, zweifellos Verdienste am Aufbau der württembergischen Landeskirche erworben und steht daher zu Recht in der Reihe der wichtigen württembergischen Reformatoren. Auf der anderen Seite eiferte er dem späten Luther in seinem Antijudaismus nach, womit er in seiner Zeit nicht alleine stand. Die Reduzierung auf einen *Hassprediger* greift also zu kurz.

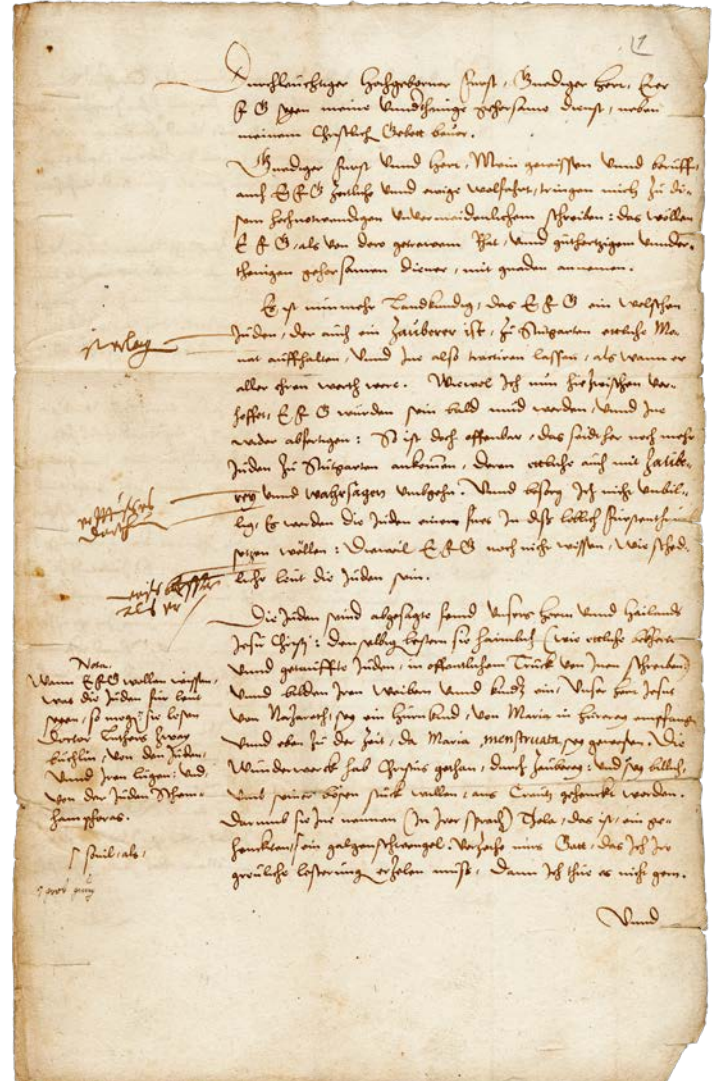
Auch für den pragmatisch-opportunistischen Herzog war der Fortgang der Ereignisse kein Ruhmesblatt: Gabrielli und Genossen verließen Württemberg wegen aufkommender antijüdischer Unruhen noch im gleichen Jahr. Colorni fiel beim Herzog zunehmend in Ungnade, konnte aber noch rechtzeitig nach Italien fliehen und starb 1599 in Mantua.

* Johannes Renz

2



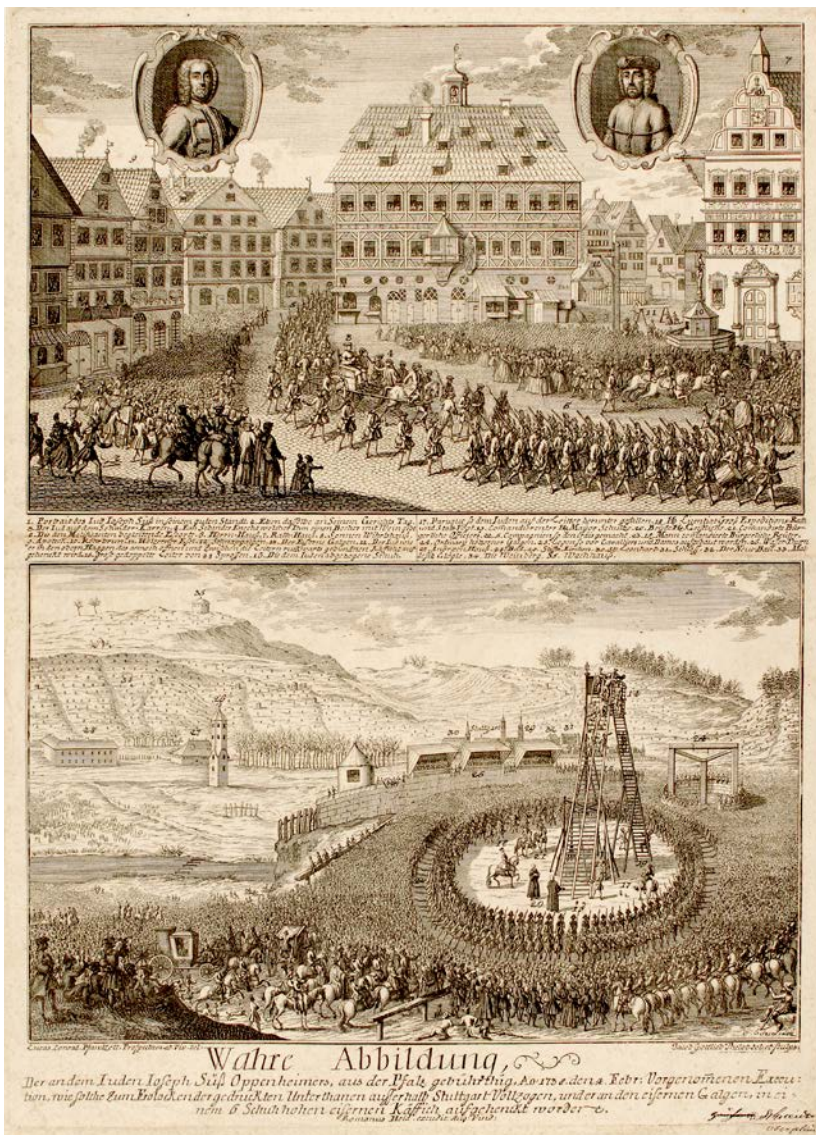
3



Ein Justizskandal in Württemberg

Der Fall des Joseph Süß Oppenheimer im 18. Jahrhundert

1



Nur wenige Figuren aus der württembergischen Geschichte dürften so bekannt sein wie Joseph Süß Oppenheimer, genannt *Jud Süß*; und kaum eine andere Person wird so überlagert von den Bildern, welche die Mit- und Nachwelt über sie und die Geschehnisse verbreitete. Um die reale Persönlichkeit zu erfassen und den historischen Kern der Ereignisse freizulegen, muss man auf die überlieferten Akten, die sich zum großen Teil im Hauptstaatsarchiv Stuttgart befinden (LABW, HStAS A 48/14), zurückgreifen.

Joseph Süß Oppenheimer wurde wohl im Februar oder März 1698 in Heidelberg geboren. Zwischen 1717 und 1735 betätigte er sich von Frankfurt und Mannheim aus als Privatbankier und Großkaufmann und wurde Münzproduzent des Landgrafen von Hessen-Darmstadt. Im Herbst 1732 lernte er in Wildbad den Prinzen Karl Alexander von Württemberg (1684–1737) aus der Seitenlinie Württemberg-Winnental kennen. Dieser hatte in kaiserlichen Diensten gestanden und es bis zum Statthalter in Belgrad gebracht. Bereits im November 1732 ernannte er Oppenheimer zu seinem Hof- und Kriegsfaktor und stellte ihn unter seinen persönlichen Schutz. Als Karl Alexander ein Jahr später auf den württembergischen Thron gelangte, weil sein Vetter Eberhard Ludwig ohne Erben verstarb, bedeutete dies die Wende im Leben Oppenheimers.

Die Geschäftsbeziehungen zwischen dem Herzog und seinem Hoffaktor wurden nun ausgeweitet. Oppenheimer war jetzt nicht mehr nur für Versorgungs- und Beschaffungsangelegenheiten wie der Ausstattung des Militärs oder Geldgeschäfte zuständig, sondern entwickelte sich mehr und mehr zum engen finanzpolitischen Berater des Herzogs. In dieser Rolle entfaltete er eine erfolgreiche Tätigkeit zur Besserung der herzoglichen Finanzen. Mit dem Titel des *Geheimen Finanzienrats* ausgestattet, trat Oppenheimer als Pächter der Stuttgarter Münze auf und übernahm weitere Ämter, darunter zwei in der Bevölkerung besonders verhasste: das Gratialamt, das Titel, Ämter und Stellungen gegen eine Abgabe an die herzogliche Schatzkammer vergab, sowie das Fiskalamt, das aufgrund von Denunziationen angebliche Verbrechen untersuchte und den Beschuldigten ermöglichte, gegen Zahlung einer Geldsumme dem Gerichtsverfahren zu entgehen.

Die Stimmung im Land wurde zunehmend feindseliger. Die Maßnahmen merkantilistischer Wirtschaftsförderung belasteten die Untertanen finanziell und liefen den Privilegien der württembergischen Führungsschicht zuwider. Joseph Süß Oppenheimer personifizierte die unliebsamen Reformen und entwickelte sich zum Sündenbock für die Politik des Herzogs. Dass er Jude war, verstärkte diese Wahrnehmung zusätzlich.

1 »Wahre Abhandlung«. Hinrichtung des Joseph Süß Oppenheimer am 4. Februar 1738 vor den Toren Stuttgarts. Kupferstich von Lucas Conrad Pfandzelt und Jacob Gottfried Thelot, 1738.

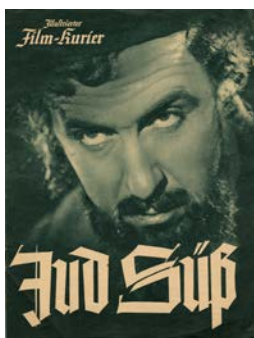
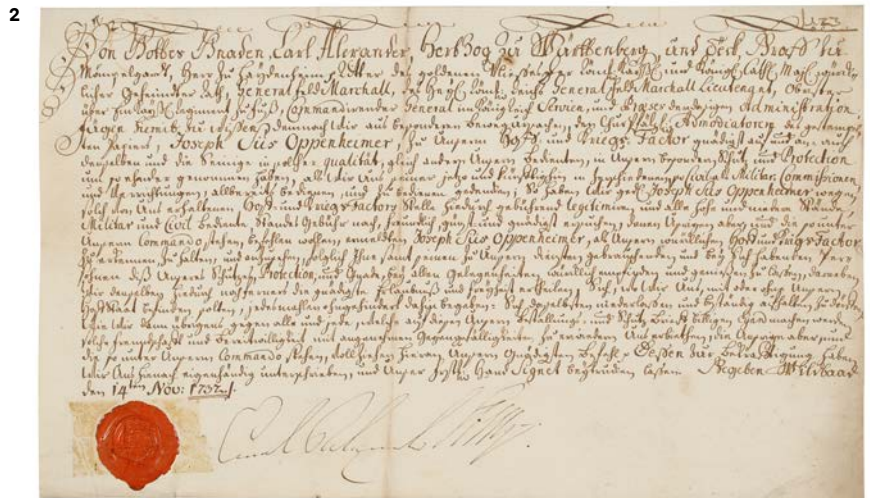
Vorlage: Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Graphische Sammlungen

2 Der Schutzbrief Herzog Karl Alexanders von Württemberg für Joseph Süß Oppenheimer, 14. November 1732.

Vorlage: LABW, HStAs A 48/14 Bü 81

3 [Curioese] «Nachrichten aus dem Reich der Beschneitene». Innenseite des Buchdeckels, Frankfurt und Leipzig 1738.

Vorlage: LABW, HStAs A 48/14 Bü 130



4 Titelblatt der Filmzeitschrift »Illustrierter Filmkurier« mit Ferdinand Marian als Joseph Süß Oppenheimer im 1940 uraufgeführten Hetzfilm »Jud Süß«.

Vorlage: LABW, HStAs J 25 Bü 162

Oppenheimer war sich bewusst, dass ihn, sollte die schützende Hand des Herzogs eines Tages entfallen, die Rache seiner Gegner treffen würde, und bat wiederholt um seine Entlassung.

Als Herzog Karl Alexander in der Nacht vom 12. März 1737 völlig unerwartet im Schloss Ludwigsburg verstarb, reagierte die Führungsschicht sofort: Oppenheimer wurde unter Hausarrest gestellt, dann auf den Hohenneuffen verbracht und schließlich auf dem Hohenasperg inhaftiert. Von Anfang an schien das Ende des Verfahrens, das im Mai 1737 aufgenommen wurde, bereits festzustehen. Rechtswillkür kennzeichnete den Prozess: So wurden Oppenheimers alte Feinde aus der Regierung in das Gericht berufen und fällten das Urteil über ihn. Man gewährte ihm weder den von ihm gewünschten unabhängigen, auswärtigen Rechtsbeistand noch gestand man ihm eine Berufungsmöglichkeit zu. Zudem wurde nicht, wie sonst bei schweren Kriminalfällen üblich,

die juristische Fakultät einer Universität um ein Gutachten angegangen. So war das Todesurteil, das am 31. Januar 1738 verkündet und am 4. Februar auf dem Stuttgarter Galgen vollstreckt wurde, keine Überraschung. Die Leiche sollte noch sechs Jahre zur Schau gestellt werden, bis die sterblichen Überreste verscharrt wurden.

Der Prozess und die Hinrichtung waren von Anfang an von hoher Publizität begleitet. Insbesondere nach der Hinrichtung kam eine große Zahl von Flugschriften in Umlauf, die, reich illustriert, die *Skandalgeschichte* des Joseph Süß Oppenheimer erzählten – tendenziös, schadenfroh und hämisch. Sein Schicksal wurde bis heute immer wieder neu beschrieben, literarisch oder filmisch verarbeitet; die zumeist populären Darstellungen beeinflussen noch immer das Bild Oppenheimers und erschweren den objektiven Zugang zum Thema.

✱ Nicole Bickhoff

1



2



Nur Einnahmequelle? Zur Aufnahme von Juden in Wankheim 1774 durch den Freiherren Friedrich Daniel von Saint André

Im Sommer 1774 gewährte Freiherr Friedrich Daniel von Saint André (1700–1775) erstmals vier namentlich genannten Juden, zwei Familienvätern und zwei Junggesellen, in seinem zwischen Tübingen und Reutlingen gelegenen Dorf Wankheim *Aufenthalt und Schutz*. Damit war der Grundstein gelegt hin zur Entwicklung einer neuen jüdischen Gemeinde, die, nachdem das Dorf 1805 an Württemberg gekommen war, sich rasch vergrößerte und in der Mitte des 19. Jahrhunderts über 100 Menschen, gut 15 Prozent der Einwohner, umfasste.

Urkunden und Akten im Schlossarchiv in Kilchberg sowie im Gemeindearchiv Wankheim bieten ein anschauliches und detailreiches Bild vom Gründungsvorgang sowie den Problemen der ersten Jahre. Archivalien im Hauptstaatsarchiv in Stuttgart (LABW, HStAS A 213 und J 386) ergänzen das eine oder andere, machen beispielsweise deutlich, warum die

beiden ledigen *Judenburschen* ihre Schutzbriefe schon nach wenigen Monaten wieder zurückgaben.

Merkwürdigerweise herrschen trotz der recht guten Quellenlage in der Sekundärliteratur eher Unsicherheit und Unklarheit, was die Anfänge angeht. Mal wird unpräzise als Beginn der jüdischen Besiedlung die Zeit *um 1775* genannt, mal wird von vier oder fünf Familien gesprochen, die schon 1774 ein Friedhofsgelände gepachtet hätten. Eine Magisterarbeit setzt den Beginn ins Jahr 1776. Einig ist sich die jüngere Literatur lediglich in der Frage nach den Motiven des Freiherren von Saint André. Ihm sei *das Geld der Juden eine willkommene zusätzliche Einnahmequelle* gewesen, er habe *die wirtschaftlichen Vorteile im Blick* gehabt und *relativ hohe Schutzgeldzahlungen* gefordert. Ähnliches hört man auch auf Führungen durch den jüdischen Friedhof in Wankheim.

1 Generalfeldzeugmeister Friedrich Daniel Freiherr von Saint André (1700–1775) gewährt 1774 vier Juden »Aufenthalt und Schutz« in seinem Dorf Wankheim, Ölgemälde.

Vorlage: Schloss Kilchberg

2 Charlotte Friderike Frei-frau von Saint André geb. Leutrum von Ertingen (1722–1783), Ölgemälde.

Vorlage: Schloss Kilchberg

☀️ »Arbeitskreis Jüdische Geschichte und Kultur in Schwaben« (AKJS)

Der AKJS hat sich im Februar 2019 am Institut für Geschichtliche Landeskunde und Historische Hilfswissenschaften der Universität Tübingen als ein Forum für den interdisziplinären Austausch und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gegründet. Er will Forschungen zum Thema anregen und Wissenschaftler mit den Aktiven der Gedenkstätten und Erinnerungsarbeit im Land vernetzen.

Der AKJS steht allen Interessierten zur Mitarbeit offen. Jährlich sind zwei Arbeitstreffen geplant. Zudem stehen 2021 auf dem Programm:

→ Ringvorlesung »Jüdisches Schwaben. Neue Perspektiven auf das Zusammenleben von Christen und Juden« im Sommersemester an der Universität Tübingen

→ wissenschaftliche Tagung »Jüdisches Leben in Schwaben. Kultur und Geschichte in der Frühen Neuzeit« vom 1.-3.7.2021 in Weingarten

→ Workshop zu den mittelalterlichen Wohnquartieren in Schwaben am 15./16.9.2021 in Tübingen

☀️ Kontakt

Prof. Dr. Benigna Schönhagen
Institut für Geschichtliche Landeskunde und Historische Hilfswissenschaften der Universität Tübingen
Wilhelmstraße 36
72074 Tübingen
benigna.schoenhagen@uni-tuebingen.de
<https://uni-tuebingen.de/de/179427>



Eine Begründung für diese Aussagen wird nicht geboten. Sie decken sich allerdings mit der allgemein verbreiteten Beurteilung der Ansiedlung von *Schutzjuden* im 18. Jahrhundert durch adlige Herren. In seinem Klassiker zur den Judendörfern in Württemberg kommentiert Utz Jeggle beispielsweise, solche Zulassungen seien wegen der *handfesten materiellen Vorteile* für die adligen Schutzherrn erfolgt und in der Ausstellung zur Geschichte der Juden in der Synagoge Haigerloch kann man lesen: *Sie nahmen die Juden nicht aus Nächstenliebe auf, vielmehr war das jährlich zu entrichtende ‚Schutzgeld‘ für die kleinen Territorien eine bedeutende Einnahmequelle.*

Dass dies für Wankheim vielleicht doch nicht so ausschließlich zutrifft, hat bislang lediglich Wilhelm Böhringer, Autor des Findbuchs zum Gemeindearchiv Wankheim, in einem 1974 erschienenen Aufsatz vermutet: *die Gründe, die den Freiherren dazu bewogen haben, dürften wohl kaum materieller Art gewesen sein.*

Tatsächlich ist mit einem Blick auf die historischen Quellen die Frage nach dem Motiv des Barons nicht so eindeutig zu beantworten, wie die nach den Vorgängen. Gleichwohl darf man bezweifeln, dass sich der Freiherr, langjähriger kaiserlicher General, Erbauer des Schlosses Kressbach, vom *Schutzgeld* eine nennenswerte Aufbesserung seiner Kasse erhoffte, zumal die zwölf Gulden jährliche Gebühr an der unteren Grenze des damals Üblichen lagen. Möglicherweise ging es ihm weniger um die Bereicherung der privaten Schatulle als vielmehr um eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in seiner Herrschaft.

Zur Klärung dieser Frage könnte ein Blick auf den gesamten Herrschaftsbereich der Freiherren von Saint André beitragen. Völlig unbeachtet blieb in der Forschung zu Wankheim bislang, dass der Familie damals auch 7/12 des zwischen Pforzheim und Karlsruhe gelegenen Dorfes Königsbach gehörten und dass in diesem Ort – 5/12 besaßen die Markgrafen von Baden – seit Jahrzehnten zwei jüdische Gemeinden ansässig waren: eine unter dem *Schutz* der

Freiherren und eine unter dem der Markgrafen. Die dortigen Verhältnisse dürften, zumal das Schloss in Königsbach den eigentlichen Familienmittelpunkt der Saint Andrés bildete, eine Rolle bei der Ansiedlung in Wankheim gespielt, diese ausgelöst, zumindest beeinflusst haben.

Unbenutzt und ausgewertet ist bis heute auch, was Wankheim anbelangt, das Königsbacher Archiv der Freiherren von Saint André, das 1953 an das Generallandesarchiv in Karlsruhe kam. In ihm befinden sich auch der schriftliche Nachlass samt den Handakten des Generalfeldzeugmeisters Friedrich Daniel von Saint André sowie allgemeine Akten zu Wankheim.

Doch auch ungeachtet der dortigen Archivalien lässt sich mit Sicherheit sagen, dass neben möglichen wirtschaftlichen Interessen auch andere Überlegungen bei der Ansiedlung von Juden in Wankheim im Spiel waren. Dies belegt eindeutig ein Dekret von 1781 (Archiv der Freiherren von Saint André in Kilchberg), das sich an Christen und Juden in Wankheim gleichermaßen richtete und öffentlich publiziert wurde. In ihm beruft sich die freiherrliche Familie auf *das Beispiel unseres allgemeinen Oberhauptes des jetzt regierenden römischen Kaisers Joseph II., der alle Herrschaften zur Nachfolge auffordere in Duldung der Juden als Nebenmenschen.* Offensichtlich hatte in Wankheim das Josephinische Toleranzedikt schon vor seiner Verkündung eine Rolle gespielt.

Zumindest für Wankheim lässt sich so die stereotype Beurteilung, eine Ansiedlung der Juden durch kleinere Territorialherren sei allein oder überwiegend aus materiellen Gründen erfolgt, also nicht halten. Die Quellen bieten ein weitaus differenzierteres Bild. Zu klären bleibt, ob dies auch auf andere im Zeitalter der Aufklärung jüdischen Ansiedlungen zutrifft, wie beispielsweise die der Freiherren von Liebenstein in Jebenhausen und in Buttenhausen oder der Freiherren von Kechler in Unterschwandorf.

☀️ **Wilfried Setzler**, Honorarprofessor Universität Tübingen

3 Charlotte Friderike Freifrau von Saint André nimmt nach dem Tod ihres Mannes erneut Juden in Wankheim auf, Attestat vom 5. Dezember 1775.

Vorlage: Archiv der Freiherren von Saint André auf Schloss Kilchberg A 404

3



Bekehrer und Bekehrte

Hohenlohische Gelegenheitsdruckschriften zu jüdischen Konvertitinnen und Konvertiten



- 1 Ein Triumph für das Christentum: Die Druckschrift berichtet ausführlich von der »Bekehrung« eines Rabbiners in Weickersheim.
Vorlage: LABW, HZAN GA 93 Bd. 5 m/3
- 2 Zweideutig: Ein Stich in einer der Gelegenheitsdruckschriften zeigt einen Stab, der auf einem aufgeschlagenen Buch ruht. Meint die Abbildung einen »Jad«, der zum Lesen der Thora benutzt wird? Oder doch eher ein göttliches Zepter, das mit dem »Auge der Vorsehung« bekrönt ist?
Vorlage: LABW, HZAN GA 93 Bd. 5 m/7

2



Obgleich Juden und Jüdinnen in der frühneuzeitlichen Grafschaft Hohenlohe eine marginale Minderheit darstellten, die sich nur an wenigen Orten niederlassen durfte, lassen sich rund ein Dutzend *Judentaufen* nachweisen. Nicht selten handelte es sich um ortsfremde Personen und noch dazu fast immer um junge Männer, die ihren angestammten Glauben zugunsten einer christlichen Konfession aufgaben. Für die Konvertiten stellte der Religionswechsel einen krassen Einschnitt dar, der ihre familiären und sozialen Bande dauerhaft zerschnitt, ihnen aber andererseits die Privilegien der Mehrheitsgesellschaft eröffnete.

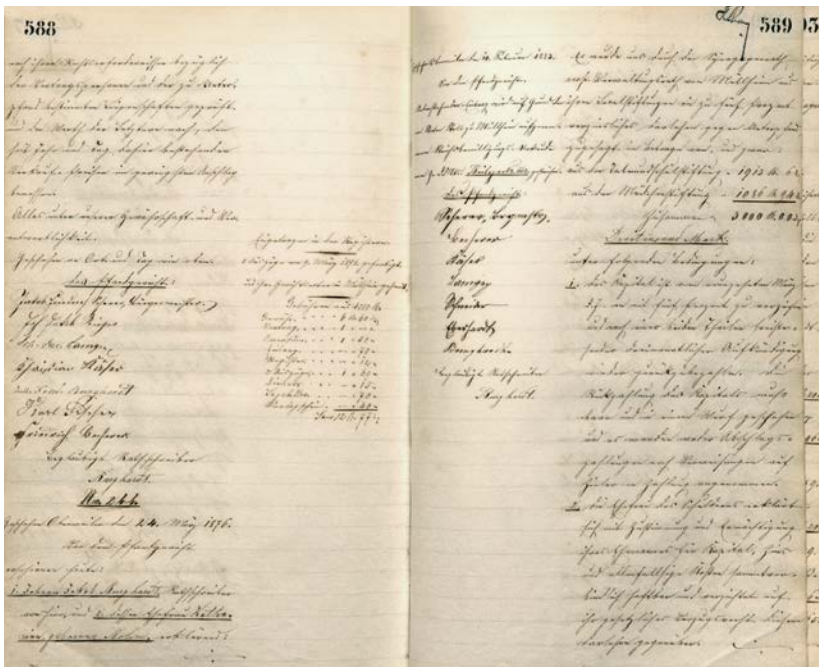
Aus lutherischer – und insbesondere geistlicher – Perspektive stellte die Konversion eines Juden oder einer Jüdin einen sichtbaren Triumph der einzig wahren Religion über eine defizitäre Glaubenslehre dar. Die jeweiligen Pfarrer machten oftmals keinen Hehl daraus, dass sie eine *Judentaufe* als persönlichen Erfolg und Ausweis ihrer missionarischen Fähigkeiten verbuchten, nicht zuletzt, wenn es sich bei ihrem Täufling um einen jüdischen Schriftgelehrten oder Rabbiner handelte.

Als besonderes Zeugnis solcher Konversionsgeschichten haben sich im Hohenlohe-Zentralarchiv in Neuenstein mehrere Gelegenheits-

druckschriften des 18. Jahrhunderts erhalten. Sie beziehen sich mehrheitlich auf die jüdische Gemeinde in Weickersheim. Manche dieser Schriften erwecken den Eindruck, sie stammten aus der Feder des Konvertiten selbst. Das gilt etwa für das *Sendschreiben eines Proselyten, Johann Felix, [...] welcher vormals als Lehrer bey der Juden-Gemeine in Weickersheim gestanden und vorhin den Namen, Rabbi Seelig Bunzlau geführt [...] an seinen noch in der Judenschafft lebenden Vater Benjamin Schimerle zu Bunzlau in Böhmen (Öhringen, 1760).*

Was könnte authentischer wirken als die Worte eines ehemaligen Rabbiners, noch dazu eines *geläuterten* Sohnes, der seinem alten Vater zum wahren Glauben und somit zur Seligkeit verhelfen will? Allerdings verrät schon ein kurzer Blick, dass der Urheber des Büchleins ein profunder Kenner der lutherischen Theologie gewesen sein muss. Es wird sich wohl um den Herausgeber, den Öhringer Stadtpfarrer Johann Christoph Fischer (1680–1762), gehandelt haben.

Ähnlich verhält es sich bei *Öffentliche Zeugnisse zween jüdischer Schriftgelehrten in der JudenSchule zu Weickersheim: Daß JEsus der Gereuzigte der Meßias sey!* [...] (Hildburghausen, 1760). Hier gibt sich der Pfarrer Philipp Ernst Kern (1716–1776) unzweideutig als Verfasser zu erkennen. Bei einem der genannten *zween Schriftgelehrten* handelt es sich abermals um den oben erwähnten Johann Felix. Pfarrer Kern hat dem Büchlein die *Bekehrungs-Geschichte einer Jüdin* hinzugefügt. Darin schildert er ein Gespräch mit der 20-jährigen Jüdin Esther aus Angelturn, das zu deren Bekehrung und schließlich zu ihrer feierlichen Taufe am 25. Februar 1759 in der Stadtkirche von Weickersheim führte. Wie bei solchen Gelegenheiten üblich, übernahmen Mitglieder des Hauses Hohenlohe die Taufpatenschaft: Nicht weniger als zehn Gräfinnen fanden sich dazu bereit. Sie ließen sich dann allerdings allesamt durch eine Hofdame vertreten, als Esther das Sakrament der Taufe empfing und den Namen Sophia Carolina Christin erhielt. ✱ Jan Wiechert



Vom Schutzjuden zum Staatsbürger Jüdisches Leben im 19. Jahrhundert im Spiegel der historischen Grundbuchüberlieferung

1 Oberweiler Pfandbuch Bd. 7 1865–1876, oben sind der Synagogenrat und die Talmudschulstiftung genannt.

Vorlage: LABW, GBZA EMM 40 A 13.692.244, S. 589

Eine Liste der historischen Grundbuchunterlagen vor 1900 von Gemeinden mit jüdischer Bevölkerung im Grundbuchzentralarchiv finden Sie auf unserer Website:



Die im Grundbuchzentralarchiv vorhandenen historischen Grundbuchunterlagen aus dem 19. Jahrhundert sind keine Quelle, die man von vorneherein im Blick hat, wenn man sich mit jüdischer Geschichte beschäftigen möchte. Aber sie erhellen alltägliche Lebensumstände im 19. Jahrhundert und werfen damit auch ein Schlaglicht auf jene Nachbarinnen und Nachbarn, die einen jüdischen Glaubenshintergrund hatten. Daher verwundert es nicht, dass es immer wieder Nutzeranfragen ans Grundbuchzentralarchiv gibt, die einen engen Bezug zu dem Thema haben: sei es zur jüdischen Gemeinde Flehingen und deren Familien, zu jüdischen Hausbesitzern in Neidenstein, dem jüdischen Friedhof in Hemsbach oder ein Schulprojekt zu jüdischen Bürgern in Offenburg, um nur einige zu nennen. Oft konnten wir mit den vorhandenen Unterlagen helfen, mehr Licht ins Dunkel zu bringen.

Anhand der Bonndorfer Lagerbücher, Grundbücher und Grundbuchbeilagen konnte der Journalist Ulrich Schulze zwar nicht klären, ob es in dem beschaulichen Schwarzwaldort im 19. Jahrhundert eine Synagoge gab. Aber das im Grundbuchzentralarchiv vorhandene Material war für ihn ein grundlegender Ansatzpunkt,

um das jüdische Leben in Bonndorf am Beispiel des Handelsmanns Jakob Guggenheim und seiner Familie zu rekonstruieren.

Auch in den weniger beachteten Pfandbuchunterlagen können sich Hinweise auf spannende Geschichten finden. Sie spiegeln das Zusammenleben von jüdischer und christlicher Bevölkerung im 19. Jahrhundert wider. 1876 erklärte der Oberweiler Ratsschreiber Johann Jakob Burghardt wie selbstverständlich, dass er und seine Ehefrau Katharina durch den Müllheimer Synagogenrat ein Darlehen von zusammen 3.000 Mark aus dessen Talmudschulstiftung und deren Mädchenstiftung erhalten hätten. Allerdings scheint das Auftreten des Synagogenrats als Kreditgeber selten gewesen zu sein, wie ein Durchblättern der reichhaltigen Grundbuchüberlieferung von Müllheim (Baden) zeigt.

Dafür kann man dort beispielsweise den Grundstückskauf von 1798 für den Neubau der Synagoge der seit dem frühen 18. Jahrhundert ansässigen jüdischen Gemeinde dokumentiert finden. Bereits der Vergleich mit dem Eintrag von 1849 zum Kauf des Friedhofgeländes spiegelt wider, wie sich die gesellschaftliche Situation der Juden veränderte. 1798 noch als *Schutzjuden* bezeichnet, findet sich davon – obwohl das badische Emanzipationsgesetz erst 1862 verabschiedet wurde – beim Friedhofskauf 1849 nichts mehr.

Gleichzeitig gilt es bei der Nutzung der Grundbuchunterlagen Zerrbilder zu vermeiden. Die dort dokumentierten Rechtsgeschäfte suggerieren eine Normalität, die es auch im 19. Jahrhundert so nicht gab. Spannungen im Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen schlugen sich in der Regel nicht in der Grundbuchüberlieferung nieder. Doch gerade das 19. Jahrhundert steht für die Ablösung eines religiös begründeten Judenhasses durch den politisch-nationalistisch geprägten Antisemitismus.

Mit einer 10-jährigen Übergangsfrist gelang es 1862 in Baden, die politischen Teilhaberechte nahezu vollständig für die jüdische Bevölkerung durchzusetzen. In Württemberg dauerte die bürgerliche Gleichstellung gar bis 1864. Während es in Baden durchaus jüdische Gemeinden gab, deren Wurzeln vor das 19. Jahrhundert zurückreichten, war es Juden in Württemberg bis 1805 verboten, sich dauerhaft anzusiedeln. Wenn es auch Ausnahmen wie Freudental gab, das jedoch der Hofkammer unterstand und nicht ins Herzogtum Württemberg inkorporiert war. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sich das jüdische Leben in der Überlieferung des Grundbuchzentralarchivs vor allem in badischen Grundbuchunterlagen widerspiegelt, während es für den württembergischen Bereich eher blass bleibt.

* Michael Aumüller

Inhaltlich geht es in den Unterlagen zum einen um das Personal in den Rabbinaten und Gemeinden, also um Ausbildung, Rekrutierung und Amtsführung der Rabbiner, Vorsänger und Lehrer. Dazu gehören natürlich viele personenbezogene Dokumente, die nicht nur Auskunft über die in den württembergischen jüdischen Gemeinden tätigen Geistlichen und Pädagogen geben, sondern auch biografische Zeugnisse abgelehnter Bewerber aus ganz Deutschland enthalten. Darunter finden sich auch Schriftstücke in hebräischer Sprache. Breiten Raum nehmen Unterlagen über die Verwaltung der jüdischen Gemeinden ein, wobei neben organisatorischen Fragen häufig Bauprojekte – angereichert um Karten und Pläne – zur Sprache kommen. Behandelt werden zudem rituelle und liturgische Fragen wie das Schächten oder Probleme des Schulunterrichts. Ein

dritter Komplex betrifft finanzielle Fragen wie die Administration der Israelitischen Zentralkirchenkasse oder die Organisation der Armenunterstützung. Wie bei allen Akten von Aufsichtsbehörden dominiert, wenn es um das Leben in den Gemeinden geht, die Bewältigung von Problemen und Streitigkeiten. Doch ab und an finden sich in einer Akte dann auch Dokumente, die die *schönen* Seiten des jüdischen Lebens vor Ort beleuchten, etwa in Gestalt eines detaillierten Programms zur Einweihung einer neuen Synagoge. Angesichts der großen Verluste, die die Überlieferung der jüdischen Gemeinden selbst durch den Holocaust erlitten hat, bildet dieser Bestand in jedem Fall einen unersetzlichen Fundus an Dokumenten zur jüdischen Geschichte in Württemberg. Seine vollständige Digitalisierung soll deshalb in Kürze in Angriff genommen werden. * Peter Müller

- 1 In hebräischer Sprache abgefasstes Zeugnis für Michael Fürth aus Hanau, vorgelegt anlässlich seiner Bewerbung um das Rabbinat in Freudental im Jahr 1853.

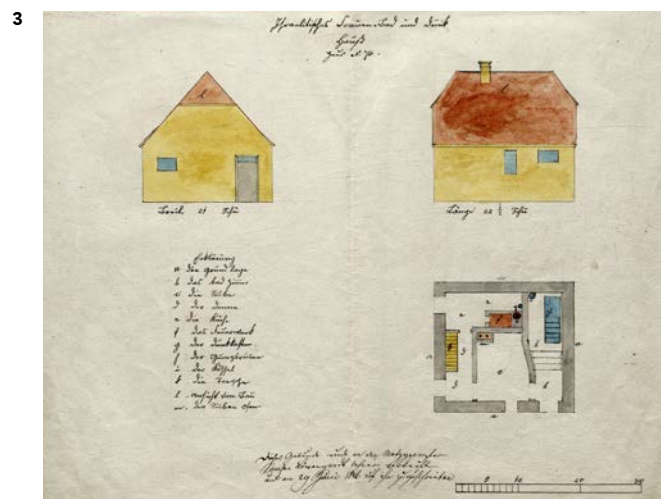
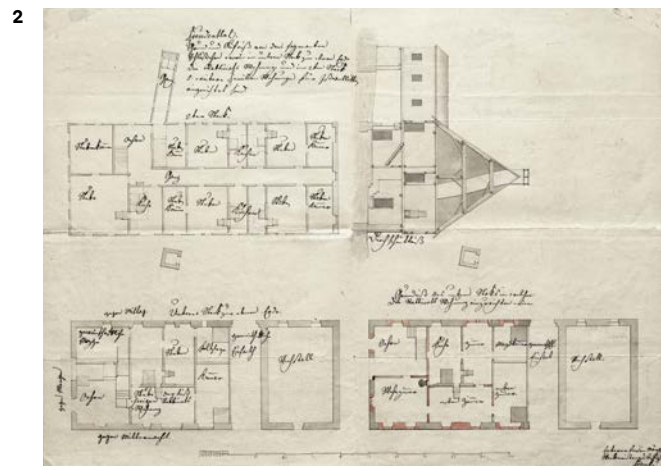
Vorlage: LABW, StAL E 212 Bü 121

- 2 Grund- und Aufriss des sog. Schlösschens in Freudental mit der Rabbinatswohnung, um 1838.

Vorlage: LABW, StAL E 212 Bü 121

- 3 Plan des jüdischen Frauenbads in Pfaumlöch, um 1846.

Vorlage: LABW, StAL E 212 Bü 450



»Sittenlehre zur Erbauung der Erwachsenen«

Obrigkeitsliche Vorgaben
führen zum Umbau
der Haigerlocher Synagoge

Die Stadt Haigerloch kann in ihrer Geschichte auf etwa 500 Jahre christlich-jüdisches Zusammenleben zurückblicken. Seit der Wende zum 16. Jahrhundert – zu einer Zeit, als viele Juden aus Reichsstädten und Territorien ausgewiesen wurden – erfuhr die jüdische Gemeinde des zeitweiligen Residenzstädtchens besonders großen Zuwachs. Gegen Zahlung eines Tributs erhielten die Juden vom Landesherrn einen Schutzbrief, der ihnen für eine begrenzte Zeit das Wohn- und Handelsrecht einräumte.

1780 schließlich verfügte Fürst Karl Friedrich von Hohenzollern-Sigmaringen, dass sich die Juden zu Haigerloch in einem gesonderten Stadtviertel – dem sogenannten Haag – dauerhaft anzusiedeln hätten, wo ihnen ein Grundstück zum Bau einer Synagoge und ein Begräbnisplatz zugewiesen wurden. Bislang hatte es für die rund 20 jüdischen Familien nur einen kleinen Betsaal gegeben, der sich in einem Wohnhaus in der Oberstadt befand.

Doch schon ein halbes Jahrhundert nach Fertigstellung der Bauten im Haag erwies sich der Platz in der Synagoge als nicht mehr ausreichend. Das hatte in erster Linie rechtliche Ursachen. Denn nach dem landesfürstlichen Gesetz über die *staatsbürgerlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen* vom 9. August 1837 waren nun sowohl verheiratete als auch unverheiratete *Frauenspersonen* verpflichtet, am Sabbat und an Feiertagen zum *Vortrag über die Vorschriften der Religion und der Sittenlehre zur Erbauung der Erwachsenen* zu erscheinen. Der Rabbinatsverweser Maier Hilb suchte daher beim Oberamt Haigerloch um Unterstützung

für einen Erweiterungsbau nach, obwohl dessen Notwendigkeit selbst innerhalb des jüdischen Gemeindevorstandes nicht unumstritten war. So war Wolf Israel Levi der Ansicht, dass ledige Frauen gar nicht teilzunehmen hätten, weil im benachbarten Königreich Württemberg *diese Verordnung auch noch nicht stattfindet*. Der Gemeindevorsänger Neubürger hielt das Gesetz zwar *für ganz zeitgemäß, die israelitische Gemeinde wäre aber wirklich noch zu arm*.

Das Oberamt bestand jedoch auf der Umsetzung und unterstützte Hilbs Anliegen. Für besonderen Unmut sorgte bei den jüdischen Mitbürgern, dass sie zwar vollends für die Kosten aufkommen mussten, vom Vorstand aber nicht in die Verhandlungen miteinbezogen wurden. Sie bestritten nicht die Notwendigkeit des Baus aber die Eile bei der Umsetzung, da das erforderliche Kapital fehlte, und baten um Bedenkzeit. So begann man erst anderthalb Jahre später mit der Erweiterung der Synagoge. Zunächst wurde die Empore um zwei neue Galerien erweitert. Außerdem wurden unterschiedliche Männer-, Frauen- und Kinderstühle angeschafft. Der eigentlich geplante Anbau einer Wohnung für den Vorbeter sowie die Neuordnung von Thoraschrein, Vorlesepult und der vorgelagerten Bänke wurden jedoch nicht verwirklicht.

Nach Abschluss der Erweiterung bot die Synagoge schließlich Platz für 294 Personen. Nicht zuletzt durch einen Zuschuss von 150 Gulden zeigte sich die fürstliche Regierung den Juden gegenüber wohlgesonnen. Damit konnten immerhin rund 10 Prozent der Umbaukosten getragen werden. ✱ **Raphael Schmid**

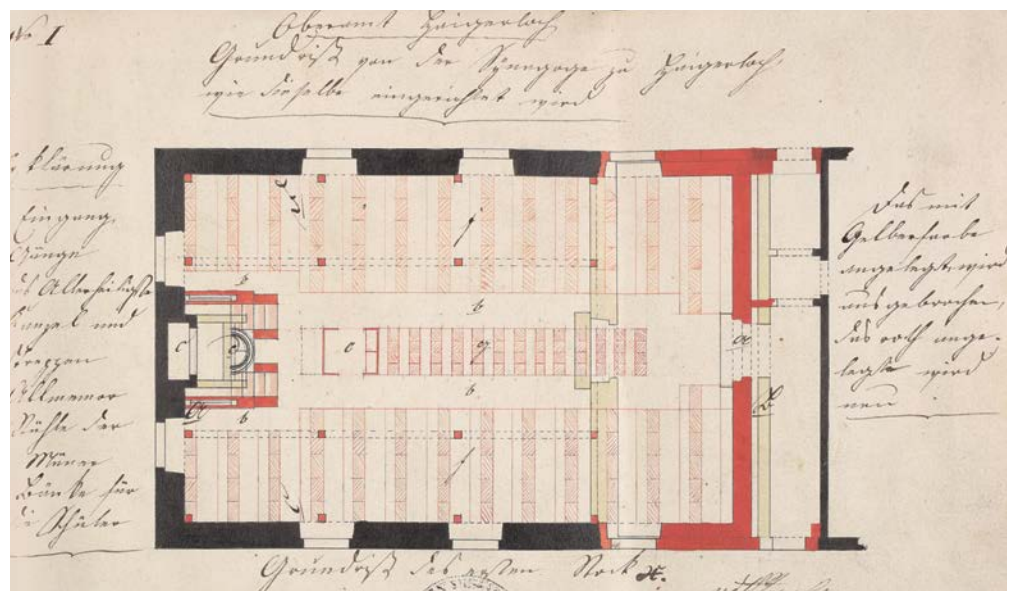
1 Schnitt der Synagoge zu Haigerloch mit Thoraschrein und Lesepult.

Vorlage: LABW, StAS Ho 202 T 2 Nr. 1317

2 Grundriss der Synagoge zu Haigerloch. »Das mit gelber Farbe angelegte wird ausgebrochen, das roth angelegte wird neu«.

Vorlage: LABW, StAS Ho 202 T 2 Nr. 1317

2



Auszug

aus dem

Hochfürstl. Hohenzollernschen Geheimen Conferenz Protocoll

d. d. Hechingen am 30. Decbr. 1841.

S. 6.

Herrn Secretarius des Joseph Haulla
Rangier in Wien sein samt seiner Descendenz
in den Adelstand zu nehmen gewünscht haben,
und dem gedachten Haulla das unterm 29.
November d. J. erteilte Wiener Diplom
ins Hallen lesen, so ward

beschlussend:

Sirßl. Gustavus Extractus Protocoll
gemäß der Befehle des kaiserlichen Kanzlers für
den Kaiserlichen Hofrat in Wien
von 300 fl. zu zahlen zu lassen.

Ergeben die kaiserlichen Herren am 8. Jan. 1842.

Sirßl. Gustavus Conferenz
Rangier.

Bachmann.

W. J. Haulla

W. J. Haulla

»In gnädigster Anerkennung der Verdienste« Die Nobilitierung des jüdischen Bankiers Joseph Wolf Kaulla

Die Erhebung Kaullas findet sich neben anderen Nobilitierungen der Fürsten von Hohenzollern-Hechingen unter der Signatur Ho 1 T 7 Nr. 831. Das Archivale ist als Digitalisat einsehbar unter <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=6-332230-274>.



Joseph Wolf Kaulla (1805–1876) entstammte einer Dynastie von jüdischen Hofagenten und Bankiers. Seine Großmutter Karoline Kaulla, selbst Tochter eines Hofjuden, war nicht nur Hoffaktorin einiger süddeutscher Fürstenhöfe, sondern auch eine ausgesprochen erfolgreiche Unternehmerin in Zeiten der Napoleonischen Kriege. Sie trug viel zur Ausstattung der Reichsarmee und der süddeutschen Truppen bei. Als zukunftsweisend für das Königreich Württemberg erwies sich die Einrichtung der Württembergischen Hofbank, die Karoline Kaulla mit ihrem Bruder Jakob gegründet hatte. Als halbstaatliche Privatbank sollte die Württembergische Hofbank im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts in der Württembergischen Vereinsbank und später in der Deutschen Bank aufgehen.

Joseph Wolf Kaulla, Bankier in Stuttgart und München, hatte sich bereits in Württemberg und Bayern vergeblich um die Erhebung in den erblichen Adelsstand bemüht. 1841 wandte er sich deshalb mit seinem Anliegen an Fürst Friedrich Wilhelm Konstantin von Hohenzollern-Hechingen. Die Hechinger Fürsten hatten nach den politischen Umwälzungen infolge der Französischen Revolution und der Napoleonischen Neuordnung Deutschlands ihre staatlichen Hoheitsrechte behalten und waren berechtigt, Adelserhebungen auszusprechen. Das Residenzstädtchen Hechingen war zudem eine Zeit lang Ausgangspunkt der unternehmerischen Handlungen der Familie Kaulla gewesen und dem stets klammen Kleinfürstentum waren finanzkräftige Kreditgeber stets willkommen.

Kaulla begründete sein Anliegen damit, dass ihm seine *Stellung in Bayern [...] als Besitzer einer Brauerey wegen [der] Religions-Verhältnisse sehr verbittert* und sein Besitz hierdurch im Wert vermindert werde. Durch die Adelserhebung versprach er sich neben anderen Vorteilen auch *in Religionsbeziehung eine Gleichstellung*. Außerdem hatte Kaulla in eine geadelte jüdische Familie eingehiratet, sodass es für den künftigen Rittergutsbesitzer von Illereichen sicherlich von Vorteil war, selbst adelig zu sein.

Fürst Friedrich Wilhelm Konstantin gewährte am 29. November 1841 die Bitte Kaullas *in gnädigster Anerkennung der Verdienste* von dessen Vater um das fürstliche Haus Hohenzollern-Hechingen. Wolf von Kaulla, der den persönlichen Adelsstand in Württemberg und zuvor den Titel eines Kaiserlich Königlichen Rates erworben hatte, war im Januar 1841 in Stuttgart verstorben. Der Fürst gestattete Joseph Wolf Kaulla und seinen Erben, das Prädikat *von* sowie ein Familienwappen mit adeligem Schild und Helmzierden zu führen. Auch wurde die Adelserhebung in Württemberg und Bayern anerkannt.

Joseph Wolf von Kaulla war zwar nicht der erste Angehörige der Familie Kaulla, der ein Adelsprädikat erhalten sollte, aber immerhin der erste, der in den erblichen Adelsstand erhoben wurde, während andere Familienmitglieder bis dahin lediglich eine persönliche Nobilitierung hatten erreichen können.

* **Birgit Meyenberg**

1 Eine Investition in die Zukunft – 300 Gulden Taxe musste Joseph Wolf Kaulla für die Adelserhebung entrichten.

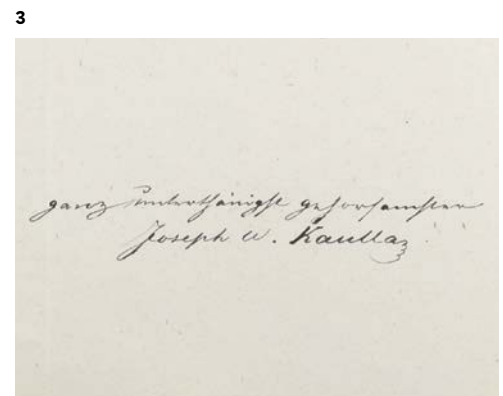
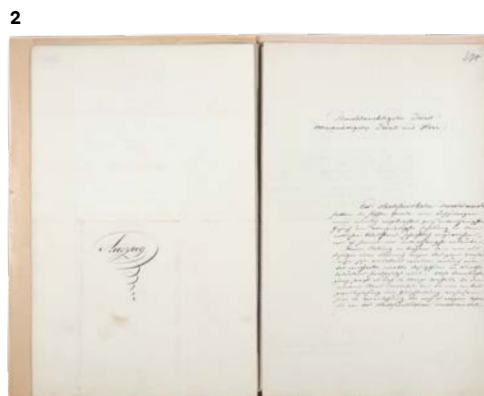
Vorlage: LABW, StAS FAS DH 14 T 2 Nr. 158

2 Gesuch des Joseph Wolf Kaulla um Erhebung in den Adelsstand vom 12. August 1841.

Vorlage: LABW, StAS Ho 1 T 7 Nr. 831

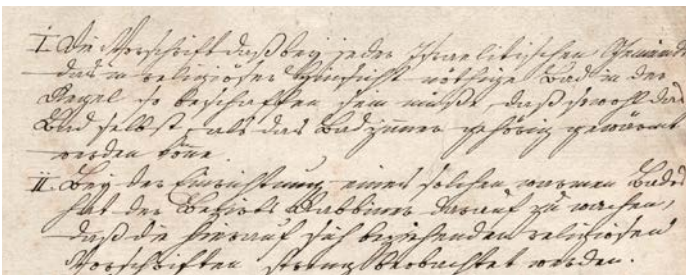
3 Unterschrift des Joseph Wolf Kaulla unter seinem Gesuch.

Vorlage: LABW, StAS Ho 1 T 7 Nr. 831

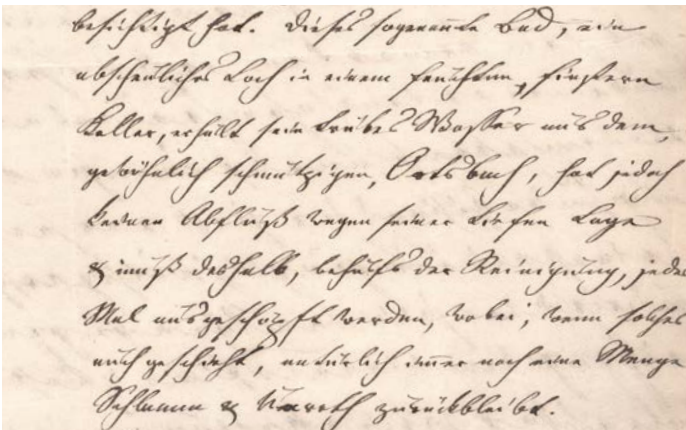


Das israelitische Frauenbad in Friesenheim

Hygienestandards – religiöse Vorschriften – finanzielle Mittel



2



3

1 Verweis in der Ortsakte auf die Generalakte über die Errichtung israelitischer Warmbäder [1827].

Vorlage: LABW, StAF B 717/2 Nr. 1410

2 (Ausschnitt aus den) Vorgaben zur Verbesserung der israelitischen Ritualbäder [1827].

Vorlage: LABW, StAF B 717/2 Nr. 3965

3 Beschreibung des Zustands des Frauenbads Friesenheim durch den Amtsarzt [1860] aus einer Akte des Bezirksamts Lahr.

Vorlage: LABW, StAF B 717/2 Nr. 1410

Im April 1860 stellte der Amtsvorstand des Bezirksamtes Lahr bei der Ortsbereisung in Friesenheim den *abscheulichen Zustand* des dortigen israelitischen Frauenbads fest. Der Amtsarzt konnte dies bei seiner Besichtigung nur bestätigen: *Dieses sogenannte Bad, ein abscheuliches Loch in einem feuchten, finstern Keller, erhält sein trübes Wasser aus dem, gewöhnlich schmutzigen, Ortsbach, hat jedoch keinen Abfluß wegen seiner tiefen Lage & muß deshalb, behufs der Reinigung, jedes Mal ausgeschöpft werden, wobei, wenn solches auch geschieht, natürlich immer noch eine Menge Schlamm & Unrath zurückbleibt.*

Auch wenn das Bad, wie jede Mikwe, der rituellen Reinigung und nicht der Körperhygiene diente, so war dies doch kein empfehlenswerter Zustand, da jüdische Frauen für dieses Ritual völlig nackt im Tauchbecken untertauchen müssen. So empfahl auch der Amtsarzt *für die Gesundheit der armen Judenfrauen Friesenheims [...] ein neues zweckmäßiges Bad zu errichten.*

Die Baugeschichte der Friesenheimer Mikwe verdeutlicht beispielhaft das Bemühen vieler jüdischer Landgemeinden staatliche Vorgaben und religiöse Vorschriften mit ihren oft begrenzten finanziellen Mitteln in Einklang zu bringen.

Das beanstandete Bad befand sich im Keller der Witwe Wertheimer, später des Benjamin Haberer in der Hauptstraße 18 in Friesenheim. Be-

reits 1822 hatte das Ministerium des Innern auf Empfehlung des Israelitischen Oberrats Baden die jüdischen Gemeinden angewiesen, die Baderäume und das Badewasser ihrer Ritualbäder beheizbar zu machen. Die jüdische Ortsgemeinde Friesenheim argumentierte damals, sie könne sich dies nicht leisten, da sie auch noch Schulden für den Bau der Synagoge abzutragen hätten. So dauerte es noch 15 Jahre, bis sie den Erlass umgesetzt hatte und dies nur notdürftig, indem sie einen kleinen Kupferkessel anschaffte.

1860 waren das zuständige Bezirksamt und der Bezirksrabbiner in Schmieheim weniger geduldig und mehr darauf bedacht, alle hygienischen und religiösen Vorschriften einzuhalten. Auch wenn die Gemeinde wieder von ihrer großen Armut sprach, dem Mangel an Bauplätzen oder den schlechten Witterungsverhältnissen, dauerte es diesmal nur zwei Jahre, bis man die Vorgaben umsetzte und ein Bad direkt am Mühlbach errichtet wurde. Die jüdische Gemeinde hätte das neue Bad lieber in die Scheune neben der Synagoge eingebaut und nur mit Regenwasser befüllt, was billiger gewesen wäre. Bezirksamt, Bezirksrabbiner und die Bezirksbauinspektion waren jedoch der Meinung, dass dabei die Gefahr bestünde, dass sich in regenarmen Zeiten nicht genügend Wasser ansammeln würde. Die religiösen Vorschriften besagen, dass eine Mikwe mit *lebendigem Wasser* befüllt werden muss. Ein Fließgewässer ist *lebendig*, auch Grundwasser oder Regenwasser, das sich angesammelt hat. Das Wasser des Mühlbachs sollte jedoch mit Pumpen ins Tauchbecken eingeleitet werden. Dies erlaube das Ritual – so der Bezirksrabbiner – aber nicht. Befände sich bereits Regenwasser im Becken, würde das über die Pumpe eingeleitete Wasser durch die Berührung mit diesem ebenfalls *lebendig*. Das Regenwasser dürfe aber nicht zu lange stehen, trug die Bezirksbauinspektion Offenburg bei, sonst faule es. So wurde das neue Friesenheimer Ritualbad mit einem Regenwassersammelbecken, einer Pumpzuleitung vom Mühlbach sowie mit einem Ablauf in den Bach ausgestattet. Im August 1862 war das neue Bad *endlich* fertiggestellt. Heute steht auf den Fundamenten des ehemaligen jüdischen Frauenbads eine einfache Garage. * **Anja Schellinger**

Haus des Lebens

Der jüdische Friedhof in Wertheim

- 1 Der älteste Grabstein auf dem jüdischen Friedhof Wertheim für den am 16. August 1405 verstorbenen Jungen Abraham, Sohn des Baruch.

Vorlage: LABW, StAL EL 228 b II Nr. 51758

- 2 Urkundliche Ersterwähnung des jüdischen Friedhofs Wertheim, 29. Juni 1406.

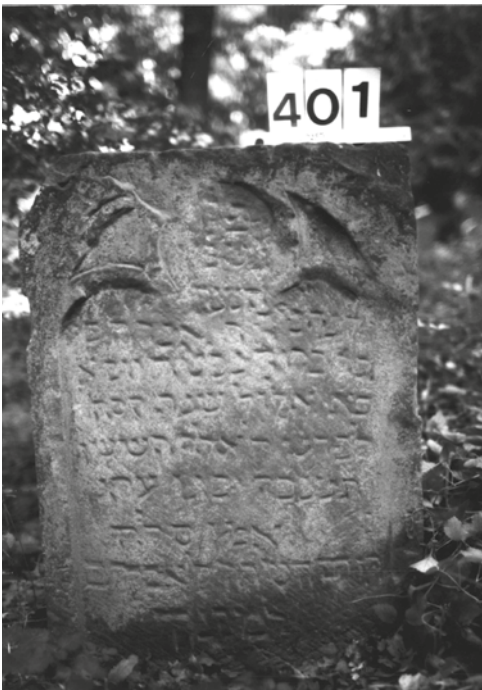
Vorlage: LABW, StAWt G-Rep. 9a/1 Lade XXXII Nr. 19

es kan aber uff solchen unsern gemeinen Gotsacker, welches wol die eltiste juedische Begräbnis im Romischen Reich mag sein, dan Stein daruff zue finden, die vor sechshundert Jharen sein gesetzt und bißhero gantz erhalten worden, nichts mehr sicher sein, [...] so uhralte und neue Grabstein in stuckh zerschnitten, hin und wieder geworffen, das einem, den es angehet, das Hertz weinen möchte. Mit diesem Auszug aus einer Supplikation der *gemeinen Juedenschaft alhier zu Wertheim*, die am 7. Mai 1628 in der Kanzlei der Grafen von Wertheim einging, wird gleich dreierlei deutlich: Der jüdische Friedhof in Wertheim gehört zu den ältesten jüdischen Friedhöfen in Deutschland – er war in seiner gesamten Geschichte aufs Engste mit der jüdischen Gemeinde verbunden – und auch er war über die Jahr-

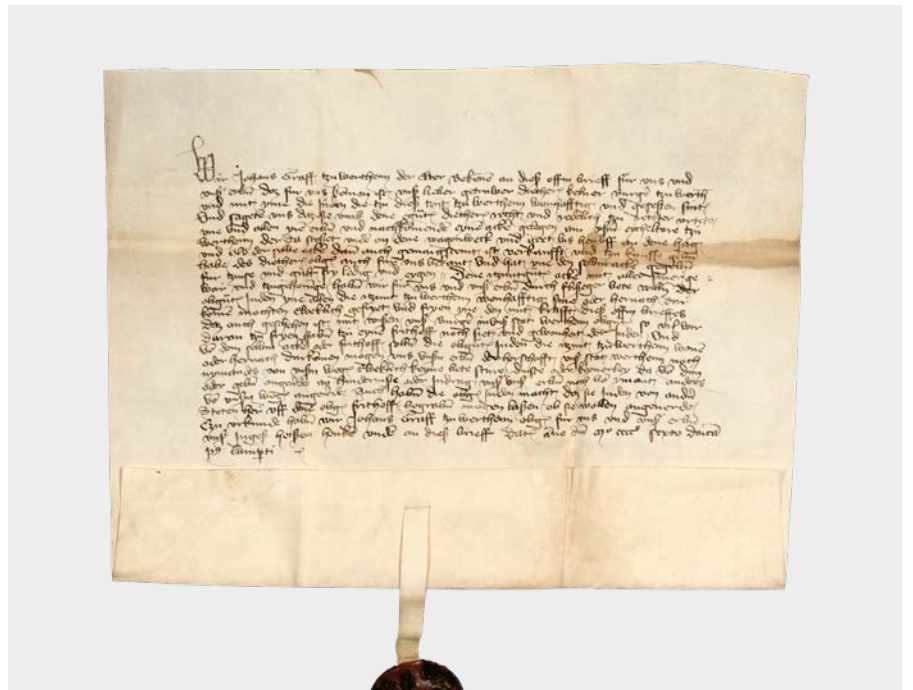
hunderte immer wieder Ziel von Anfeindungen und Zerstörungswut, bis hin zu den Verwüstungen in der Zeit des Nationalsozialismus.

Nimmt man die zitierte Passage wörtlich, standen Anfang des 17. Jahrhunderts auf dem Wertheimer jüdischen Friedhof Grabsteine aus dem 11. Jahrhundert. Nachweisen kann man das derzeit nicht – der älteste erhaltene Grabstein datiert auf den 16. August 1405. Er ist damit sogar ein Jahr älter als die urkundliche Ersterwähnung des Friedhofs vom 29. Juni 1406. Dass 71 weitere datierbare Steine (von insgesamt 498) aus dem 15. Jahrhundert stammen, zeigt die Bedeutung dieses Friedhofs. Der älteste erhaltene und bis ins 20. Jahrhundert genutzte jüdische Friedhof Baden-Württembergs ist er in jedem Fall.

1



2



3

3 Blick auf den jüdischen Friedhof Wertheim im April 2007.

Vorlage: LABW, StAWt S-N 70_451_7579/24A (01.04.2007)

Aufnahme: Hans Wehnert, Wertheim

✱ **Veranstaltung**

Vortrag von Nathanja Hüttenmeister, Essen

Montag, den 7. Juni 2021, 19.30 Uhr

Stätten des Lebens – Eine Einführung in tausend Jahre jüdische Sepulkalkultur in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des jüdischen Friedhofs in Wertheim

✱ **Veranstalter:**
Archivverbund Main-Tauber,
Historischer Verein
Wertheim, VHS Wertheim

✱ **Veranstaltungsort:**
offen, ggf. Online-Veranstaltung

Wenn mit einem Festjahr 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland sichtbar und erlebbar gemacht werden, rücken auch jüdische Friedhöfe als Orte religiöser Praxis ins Bewusstsein. Dort liegen die Verstorbenen bis zu ihrer Auferweckung am Ende der Tage und warten auf ein ewiges Leben von Leib und Seele. Mit dieser hohen Bedeutung werden die besonderen Riten um Tod und Beerdigung im Judentum verständlich. Und es ist nachvollziehbar, dass jüdische Gräber auf die Ewigkeit angelegt sind und nicht aufgelassen werden dürfen. Umbettung oder Neubelegung der Totenstätten wie im Christentum, selbst die Entfernung der Grabfassungen sind undenkbar. Dadurch spiegeln die Grabsteine mit ihren oft ausführlichen Texten in hohem Maß die Struktur der jüdischen Gemeinde vor Ort oder – bei Verbandsfriedhöfen wie in Wertheim – der jüdischen Gesellschaft einer Region mit vielfältigen Beziehungen: Sie sind steinernes Archiv der jüdischen Bevölkerung. In Wertheim reichen diese Zeugnisse bis zum 19. August 1938.

So kommt auch der jüdische Friedhof Wertheim in diesem Jahr besonders in den Blick und es wird schmerzlich bewusst, dass es über die Dokumentation der Grabsteine hinaus (vgl. Beitrag von Claudia Wieland in diesem Heft) kaum wissenschaftliche Forschung zu diesem gibt. Dies greifen der Archivverbund Main-Tauber und der Historische Verein Wertheim auf. Nach Onlineworkshops mit Quellenlektüre im Februar, unterstützt von Dr. Uri-R. Kaufmann, Alte Synagoge Essen, wird im Juni ein Vortrag in die jüdische Sepulkalkultur in Deutschland einführen und den Wertheimer jüdischen Friedhof einordnen (siehe Infokasten). Parallel soll seine umfassende wissenschaftliche Erforschung angeregt und begleitet werden. Wir sind gespannt: Vielleicht lässt sich seine Geschichte und damit die jahrhundertelange und bis 1940 kaum unterbrochene lebendige jüdische Gemeinde Wertheims bis zum ersten Wertheimer Juden, der für 1222 urkundlich belegt ist, oder sogar bis ins 11. Jahrhundert zurückverfolgen. ✱ **Monika Schaupp**



1



2

Ortenauer Landjudentum Die Gedenk-, Lern- und Begegnungsstätte Ehemalige Synagoge Kippenheim

Etwas zurückversetzt steht die ehemalige Synagoge Kippenheim in der Kippenheimer Poststraße (Abb. 1). Das heute als Gedenk-, Lern- und Begegnungsstätte dienende Gebäude ist eines der wenigen Zeugnisse des einst blühenden jüdischen Lebens in den Dörfern der südlichen Ortenau. Die auf das Land verbannten jüdischen Händler vermarkteten die bäuerlichen Produkte vor allem auf den Märkten von Offenburg und Lahr und brachten städtische Erzeugnisse in die Landgemeinden. In ihrer Verbindung mit dem ländlichen Leben entwickelten sie eine Lebensform, die mit dem Begriff *Landjudentum* umschrieben wird.

Die Anfänge des *Ortenauer Landjudentums* reichen in die Zeit des Dreißigjährigen Krieges zurück. Es gruppierte sich um den 1682 angelegten Verbandsfriedhof im Kippenheimer Ortsteil Schmieheim, seinem spirituellen Zentrum. Dort saß auch seit Mitte des 18. Jahrhunderts das Rabbinatsgericht für die Mitgliedsgemeinden des Verbandsfriedhofes. Als *Schutzjuden* hatten die Juden einen unsicheren Rechtsstatus, jederzeit konnten sie des Landes verwiesen werden. Mit der Gründung des

Großherzogtums Baden 1806 verbesserte sich ihre gesellschaftliche Stellung, was ihnen erlaubte, ihre alten Hinterhofsynagogen durch schmackvollere und größere Bauwerke zu ersetzen. Die 1852 eingeweihte Kippenheimer Synagoge war der erste repräsentative Synagogenbau der Ortenau. Ihre Lage mitten im Dorf unterstrich das neue Selbstbewusstsein der jüdischen Gemeinschaft. Zum ersten Mal in Baden wurden hier die bald üblichen Gesetzestafeln als äußeres Kennzeichen auf den Giebel einer Synagoge gestellt. Infolge des *Gesetzes über die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten* im Juni 1862 verließen viele Landjuden die Dörfer und zogen in die ihnen bis dahin verschlossenen Städte Lahr, Kehl und Offenburg. Als Konsequenz dieser Landflucht wechselte das Bezirksrabbinat Schmieheim 1893 nach Offenburg, dem neuen Mittelpunkt der Ortenauer Jüdinnen und Juden.

Wie in weiten Teilen Deutschlands sah sich auch die jüdische Bevölkerung Badens bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert von einem Rasseantisemitismus bedroht, der 1933 nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zur

1 Außenansicht der Ehemaligen Synagoge Kippenheim.

Vorlage: Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.

2 Die Fotografie vom 10. November 1938 zeigt den geschändeten und in weiten Teilen zerstörten Betsaal der Kippenheimer Synagoge.

Vorlage: Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.



3



4

- 3 Die Deportation der Familie Maier aus Kippenheim.
Vorlage: Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.

- 4 Innenansicht der Ehemaligen Synagoge Kippenheim.
Vorlage: Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e.V.

Weitere Informationen:
<http://www.ehemalige-synagoge-kippenheim.de/>



Staatsraison erhoben wurde. Ein vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung waren die Novemberpogrome 1938, als auch in der Ortenau am 10. November 1938 die Nationalsozialisten die jüdischen Gotteshäuser angriffen. Von der Schändung des Betsaals der Kippenheimer Synagoge ist ein Foto überliefert. Die Aufnahme zeigt drei in die Kamera lachende Männer vor dem Thoraschrein. Zwei von ihnen haben Werkzeuge (Pickel) geschultert. Der Vorhang des Schreins ist heruntergerissen, die Thorarollen sind verschwunden. Beim genaueren Hinsehen lassen sich zwischen dem zertrümmerten Mobiliar vier Kinder erkennen (Abb. 2).

Die Besetzung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht im Juni 1940 nutzten die Gauleiter Robert Wagner (Baden) und Josef Bürckel (Saarpfalz), um die jüdische Bevölkerung aus ihren Gauen am 22. Oktober 1940 nach Südwestfrankreich abzuschieben. Fotografien von der Deportation sind nur wenige bekannt, was das große Interesse an Aufnahmen der Abholung der Kippenheimer Juden erklärt. Eines dieser Fotos zeigt den damals zehn-jährigen Kurt Salomon Maier mit seiner

Familie, die glücklicherweise die Verfolgung überlebten (Abb. 3).

Die Mitglieder des 1996 gegründeten Fördervereins Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V. und Zeitzeugen wie Kurt Salomon Maier tragen in vielfältiger Weise dazu bei, an die Geschichte des *Ortenauer Landjudentums* zu erinnern. Über Jahre gewachsene Bildungspartnerschaften mit Schulen aus der Ortenau, jährlich stattfindende Kultur- und Gedenkveranstaltungen in den seit 2003 renovierten Räumlichkeiten der Ehemaligen Synagoge und Veröffentlichungen zur jüdischen Geschichte der Ortenau sind berechte Zeugnisse einer zivilgesellschaftlich und ehrenamtlich getragenen vitalen Erinnerungskultur in Kippenheim (Abb. 4). Wie es weiter gelingen kann, die Ehemalige Synagoge Kippenheim als attraktiven und zugleich *zeitgemäßen* Gedenk- und Begegnungsort für historisches Lernen im digitalen Zeitalter aufzustellen, ist eine der drängenden Fragen und Arbeitsfelder des Fördervereins in der Gegenwart.

* **Florian Hellberg, Jürgen Stude** Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.



Oberrealschule Offenburg

Reifezeugnis

Meier Arthur

geboren den 24 Juli 1910 zu Bengenbach

isr. Bekenntnisses, Sohn des Berthold Meier Kaufmann
in Bengenbach

hat die Oberrealschule in Offenburg seit dem 27 April 1925 von Klasse O III

an besucht und zwar seit 23 April 1928 Schüler der ersten Klasse
untere und obere Abteilung

Er hat die an der Anstalt abgehaltene Reifeprüfung bestanden.

Sein Betragen an der Anstalt war gut

Sein Fleiß war gut

Seine Kenntnisse und Fertigkeiten in den einzelnen Lehr- und Prüfungsgegenständen waren:

Religion	gut	Zeichnen	gut
Deutsch	ziemlich gut	Singen	ziemlich gut
Französisch	hinlänglich	Turnen	gut
Englisch	hinlänglich		
Geschichte	hinlänglich	Wahlfreie Lehrgegenstände	
Mathematik	hinlänglich		
Physik	hinlänglich		
Chemie mit Mineralogie u. Geologie	{ ziemlich gut		

Demgemäß wird demselben das

Reifezeugnis einer Oberrealschule

(mit der Gesamtnote) zuerkannt und seine Entlassung mit den besten
Wünschen für den von ihm gewählten Beruf
ausgesprochen.

Offenburg, den 20 März 1930

Der Vorsitzende der Prüfungsbehörde: Die Direktion der Oberrealschule:

Mutsemüller



[Handwritten signature]

Fleißige Händler - erfolgreiche Frauen

Jüdisches Leben zur Zeit der Weimarer Republik in Baden

Wie hat man sich das jüdische Leben in Baden vor 1933 vorzustellen? Wer waren die Mitglieder der jüdischen Gemeinden, wo und wie lebten sie? Dies sind Fragen, die dabei helfen können, sich dem jüdischen Leben in Baden zur Zeit der Weimarer Republik anhand exemplarisch ausgewählter Biografien zu nähern.

Familiäre Traditionen prägten das Leben der Familie Meier aus Gengenbach. Der 1880 in Diersburg geborene Berthold Meier arbeitete wie sein Vater David und dessen Vater zuvor im Tabakhandel und übernahm den Familienbetrieb. Berthold hatte Frau und Kind, kämpfte im Ersten Weltkrieg und versorgte nach Kriegsende die umliegenden Dörfer und Städte mit Tabakwaren. Die Familie lebte ein normales Leben. Bertholds Sohn Arthur die örtliche Oberrealschule (heute Schiller-Gymnasium) und war im Sportverein aktiv. Die Familie Meier ist damit ein Paradebeispiel für zahlreiche jüdische Familien, die in ihren Wohnorten bestens integriert waren und sich zum Teil über Jahrzehnte in Familienunternehmen organisierten, ob als Produzenten, Händler oder Verkäufer. Gerade in ländlichen Regionen Badens waren außerdem Viehzucht und -handel sowie der damit verbundene Metzgerberuf weit verbreitet und zur Aufrechterhaltung der religiösen Gemeinde elementar. In Eichstetten gab es beispielsweise eine über Generationen weitergeführte Tradition dieser Handwerke in der Familie Weil, die erst mit Moritz Weil in den 1930er-Jahren endete. In größeren Städten

betätigten sich viele Juden und Jüdinnen im Textilgewerbe als Schneider oder Modistinnen.

Von Handel und Handwerk abgesehen finden sich auch Ärzte, Lehrer, Juristen und Bankiers in den jüdischen Gemeinden der badischen Städte. Ob in einem der jüdischen Krankenhäuser oder einer renommierten Kanzlei – Juden mit akademischer Bildung waren wichtige Bestandteile des gesellschaftlichen Alltags, auch für nicht-jüdische Patienten oder Klienten. Eine der Lehrerinnen war Jenny Dreifuß, die 1893 in Nonnenweier bei Lahr geboren wurde. Sie wurde als eine der ersten Frauen in Deutschland an einer Universität zugelassen. Sie studierte ab 1912 Deutsch, Englisch und Französisch an der Universität Freiburg, wurde 1916 zur Hauptprüfung für das höhere Lehramt zugelassen und promovierte 1918. Ihr Lehramtspraktikum absolvierte sie in Bruchsal, wechselte 1924 an die höhere Mädchenschule in Mannheim und wurde im April 1928 auf eine Professorenstelle an der dortigen Hans-Thoma-Schule versetzt. Eine ihrer Schülerinnen beschwerte sich über den Wechsel ihrer Lieblingslehrerin mit einem Brief an den Reichspräsidenten, was jedoch folgenlos blieb.

Diese Beispiele veranschaulichen, dass jüdisches Leben in Baden wie auch im gesamten Reich nicht nur selbstverständlich war, sondern dass Jüdinnen und Juden trotz weit verbreiteter Ressentiments und Vorurteile einen integralen Bestandteil der Gesellschaft Deutschlands in jener Zeit bildeten.

* Linus Maletz, Simon Metz

¹ Schulzeugnis von Arthur Meier.

Vorlage: LABW, StAF
F 196/1 Nr. 11602

»Der Pflug« (Hamachreschah)

Ein jüdischer Landwirtschaftsverein zur Vorbereitung auf eine Auswanderung nach Palästina (Hachschara)

Am 27. Dezember 1918 legte der Freiburger Fabrikant Konrad Goldmann dem Amtsgericht Freiburg die Satzung eines neugegründeten jüdischen Landwirtschaftsvereins mit Namen *Der Pflug (Hamachreschah)* vor und beantragte die Eintragung in das Vereinsregister. Zweck des aus lediglich sieben Mitgliedern bestehenden Vereins war es, *in gemeinnütziger Weise die Erziehung der jüdischen Jugend zur Landwirtschaft zu fördern.*

Für die Umsetzung dieses Vorhabens erwarb Konrad Goldmann für den Verein den Markenhof, ein größeres landwirtschaftliches Anwesen in Burg im Dreisamtal. Dort entstand eines von nur wenigen Ausbildungszentren in Deutschland, in welchen, dem zionistischen Gedanken folgend, jungen Leuten vor einer Auswanderung nach Palästina die nötigen Kenntnisse für das

Leben und Arbeiten in einem Kibbuz vermittelt werden sollten. In jüdischen Zeitschriften wurde für das Projekt geworben und es konnten in der Folge junge Menschen aus ganz Europa für eine Ausbildung gewonnen werden.

Die Jugendlichen lernten auf dem Markenhof ein breites Spektrum landwirtschaftlicher Tätigkeiten, vom Obst-, Getreide- und Gemüseanbau bis zur Viehhaltung. In einem angegliederten Gut am Kaiserstuhl konnten sogar Kenntnisse des Weinanbaus erworben werden. Neben der praktischen Ausbildung wurde auch theoretisches Wissen zu landwirtschaftlichen Themen sowie zu Betriebswirtschaft und Rechnungswesen vermittelt. Hebräischer Sprachunterricht, Unterweisungen in den Bereichen Hauswirtschaft und Maschinenkunde sowie Vorlesungen zu jüdischer Kultur und Geschichte vervollständigten die Ausbildung.

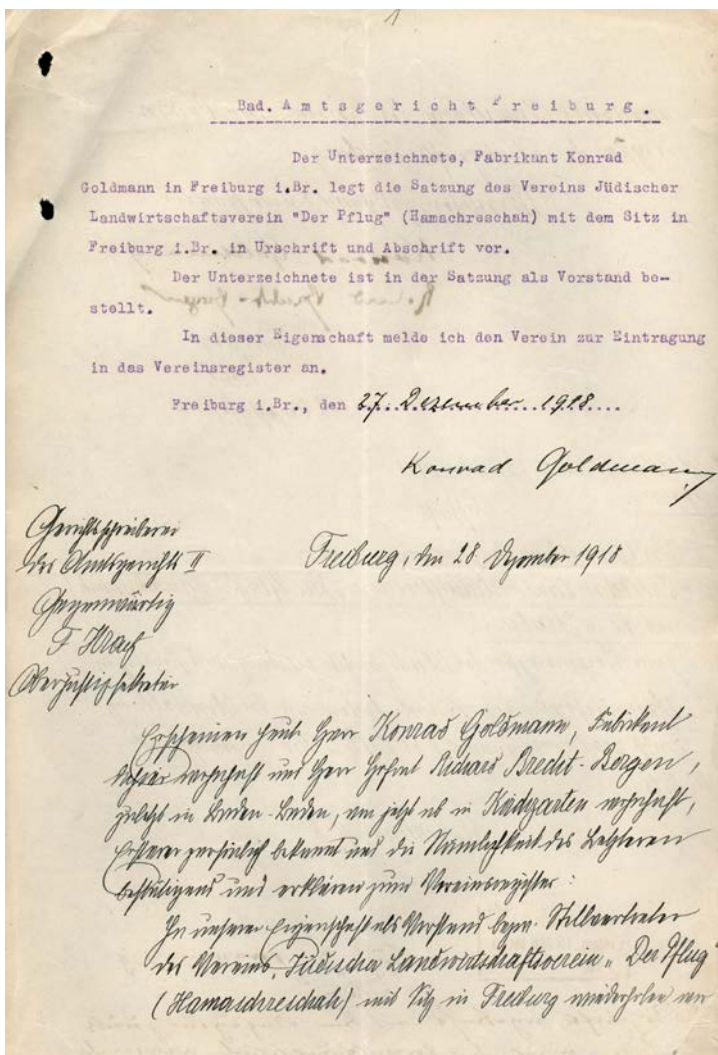
In einem der Gemeinschaftsräume des Markenhofs wurde auch eine kleine Synagoge für die Jugendlichen und deren Ausbilder eingerichtet. Bemerkenswert sind hier die von dem namhaften Künstler Friedrich Adler aus Laupheim gestalteten Synagogenfenster mit einer Darstellung der Zwölf Stämme Israels. Die Fenster wurden nach dem Verkauf des Markenhofs in den 1930er-Jahren ausgebaut und befinden sich heute im Tel Aviv Museum of Art in Israel, Kopien davon im Museum zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim.

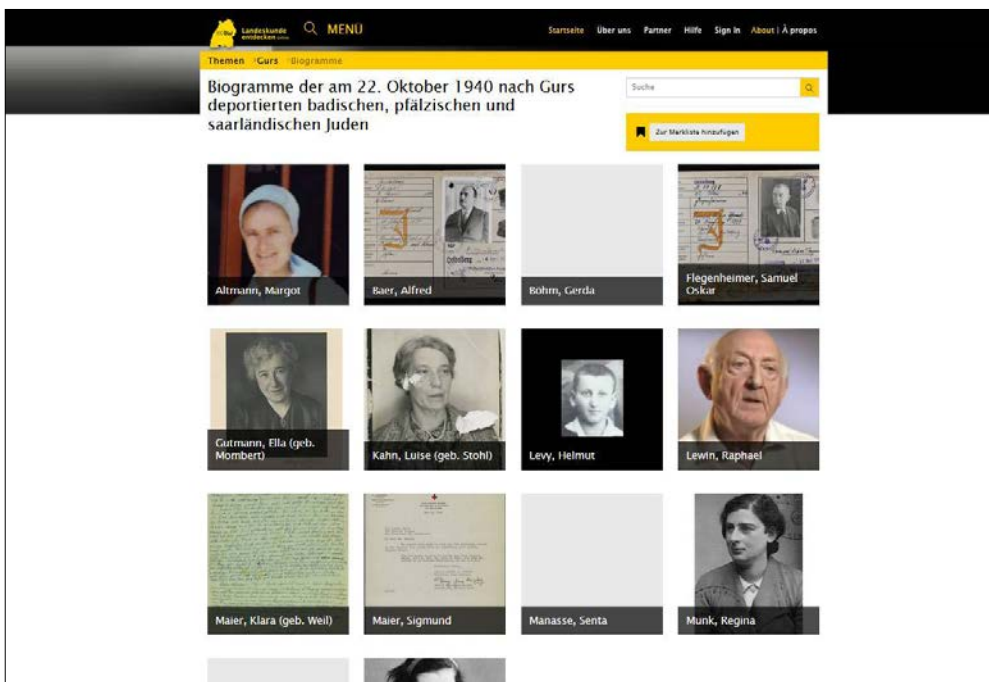
Erstmals reiste im Jahr 1921 eine Gruppe von vier Männern und drei Frauen, die eine Ausbildung am Markenhof erhalten hatten, nach Palästina, um dort in einem Kibbuz zu arbeiten und zu leben. Wie viele ihnen in den kommenden Jahren folgten, ist nicht genau bekannt, jedoch entschlossen sich wohl nur wenige Markenhöfler letztlich zu einer Auswanderung.

Bereits Mitte der 1920er-Jahre geriet Konrad Goldmann und damit auch der Verein *Der Pflug* zunehmend in wirtschaftliche Schwierigkeiten und der Ausbildungsbetrieb auf dem Markenhof musste eingestellt werden. In einer letzten Mitgliederversammlung wurde dann am 3. Juli 1931 die Auflösung des Vereins beschlossen, da dieser seinen Zweck durch Ausbildung von ca. 300 Zöglingen erfüllt hat und nunmehr eine Tätigkeit in dieser Beziehung nicht mehr entfalten kann. Konrad Goldmann überlebte den Holocaust nicht. Er musste seinen Besitz in Freiburg verkaufen und starb 1942 in dem berüchtigten Lager Drancy bei Paris im Alter von 70 Jahren. * Jochen Rees

1 Antrag von Konrad Goldmann auf Eintragung des jüdischen Landwirtschaftsvereins »Der Pflug« (Hamachreschah) in das Vereinsregister des Amtsgerichts Freiburg.

Vorlage: LABW, StAF G 540/5 Nr. 153





Gurs 1940

Internet-Datenbank zur Deportation der jüdischen Bevölkerung aus Baden, der Pfalz und dem Saarland

1 Auswahlpräsentation von Biogrammen aus der Datenbank »Gurs 1940« in LEO-BW.

Vorlage: LABW

Das obige ist die Geschichte unserer Eltern. Der Verlust von guten Eltern ist wahrscheinlich der größte, den ein Kind befallen kann. Wir gehörten einer Familie an, die viele Jahrhunderte im Badischen wohnhaft war. Auf einmal waren wir Waisen, die von Fremden in einem fremden Land abhängig waren.

Mit diesen Sätzen begründeten Louis Maier und Agathe Glaser im November 1954 ihren Antrag auf Entschädigung als NS-Opfer. Die beiden Geschwister waren 12 und 16 Jahre alt, als ihre Eltern Sigmund und Klara Maier nach Gurs deportiert wurden, von wo sie 1942 nach Auschwitz kamen. Klarheit über ihr Schicksal erhielten sie erst nach Kriegsende. Die Kinder überlebten, weil die Eltern sie wenige Wochen vor der Deportation zu einer Pflegefamilie in den USA geschickt hatten.

Sigmund und Klara Maier sind zwei von rund 6.500 Menschen, die am 22. Oktober 1940 aus Baden, der Pfalz und dem heutigen Saarland in einer strapaziösen Zugfahrt in das Vorland der französischen Pyrenäen gebracht wurden. Es war die erste große Deportationsaktion deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens aus dem Reichsgebiet. Anlässlich des 80. Gedenktags der Deportation hat das Landesarchiv Baden-

Württemberg begonnen, eine Datenbank mit den Biogrammen der Verschleppten zu erarbeiten. Jedes einzelnen Menschen soll in der je eigenen Individualität und Würde gedacht werden. Schon seit Jahrzehnten bemühen sich Kommunen und öffentliche Einrichtungen um das Gedenken an Gurs; auch viele Ehrenamtliche haben es unternommen, die Biografien zu erforschen und der nüchternen Zahl 6.500 Gesichter zu geben. Auf diese verdienstvollen Ergebnisse kann das Landesarchiv aufbauen.

Die Datenbank versteht sich als Einstiegsportal zu den verstreuten biografischen Informationen über die Deportationsaktion des 22. Oktober 1940. Sie will über Kurzbiogramme Zugänge bündeln. Erfasst werden die Grunddaten und die dazugehörigen Fundstellen zu allen Verschleppten. Weil der Informationsstand sich ständig ändert, wird die Datenbank nie wirklich fertig sein. Sie lebt von der Zusammenarbeit mit denjenigen, für die Gurs kein abgehaktes Detail der Vergangenheit ist.

Das Projekt wird betreut durch das Generallandesarchiv Karlsruhe. Es entsteht in Zusammenarbeit mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden und wird finanziert durch die Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie durch die Städte, Gemeinden und den Bezirksverband Pfalz, die in der Arbeitsgemeinschaft zur Unterhaltung und Pflege des Deportiertenfriedhofs in Gurs zusammenarbeiten. Im Rahmen der Gedenkveranstaltung der Stadt Karlsruhe am 22. Oktober 2020 wurde die Datenbank in einer ersten Vorschau präsentiert. * **Martin Stingl**

Datenbank »Gurs 1940«
in LEO-BW:
<https://www.leo-bw.de/web/guest/themen/gurs>





1

V

Quellen: EK 15 416 22877

Erhebungsbogen zur Dokumentation der Judenmischlinge 1933–45 in Baden-Württemberg auf Grund der Akten der Landesämter für die Wiedergutmachung.

Familienname: W e i s s Vornamen: Eduard Heinrich Robert
(mit Müttername)

Geburtsort: Pforzheim

Geburtsort: Pforzheim Geburtsort: Pforzheim

Beruf: Goldschmied? Religionszugehörigkeit: isr.

Staatsangehörigkeit: d. Jüdische Ausweisnummer Nr. 17277 Pforzheim

Wohnungsdate am 30. 1. 1933: Pforzheim Kreis:

Familienstand (evtl. Dat. u. Ort der Eheschließung): ledig

Name, Geburtstag und Religionszugehörigkeit des Ehepartners:

Namen und Geburtstage der Kinder bzw. Eltern:
Otto Bernhard Weiss† u. Isa geb. Lewinger, geb. f. f. f. 1.9.1942
EK 12 124

Verstorben am: 1.9.1942 f. f. f. in: AG Pforzheim

Todesursache:

Umsug am: nach: mit:

Auswanderung am: nach: mit:

Endgültiges Auswanderungsland:

Deportation am: 22.10.1940 nach: Gurs n. Nizza Mütter

Weiteres Schicksal: verschollen

Rückkehr seit 1945:

Heutige Anschrift: Sohn: Margarete Biehoff
Pforzheim
(1963) Oechelstr. 6

Verfolgung durch den Nationalsozialismus (z. B. Strafen auf Grund der nationalsozialistischen Judenengesetzgebung, Freiheitsbeschränkung, Inhaftierung 1933–38, nach der Kristallnacht 1938):

*) Zutreffende Tatbestände bitte unterstreichen.
44 V. 1962 8008

2

»Geistige Wiedergutmachung« als Ziel

Das Hauptstaatsarchiv Stuttgart dokumentierte von 1962 bis 1968 das Schicksal der jüdischen Bevölkerung in Baden, Württemberg und Hohenzollern während der Zeit des Nationalsozialismus

1 Der Leiter der Dokumentationsstelle, Dr. Paul Sauer (links), im Gespräch mit einem Mitarbeiter, [um 1965].

Vorlage: Fotografie
Privatbesitz

2 Ausgefüllter Erhebungsbogen Eduard Heinrich Robert Weiss, geb. 1896 in Pforzheim. Weiss wurde im Oktober 1940 in das südfranzösische Lager Gurs deportiert. Anschließend galt er als verschollen. Am 1. September 1942 wurde Weiss für tot erklärt.

Vorlage: LABW, HStAS EA
99/001 Bü 148

Fünfzehn Jahre nach Kriegsende wurde man sich der Ungeheuerlichkeit der Verbrechen mehr und mehr bewusst. Erste Forschungen zur Verfolgung und Ermordung der südwestdeutschen Juden in der NS-Zeit setzten ein. Am Anfang standen vor allem lokalhistorische Studien. Hervorzuheben ist eine von Heinz Keil im Jahr 1961 publizierte Dokumentation über die Schicksale der jüdischen Bürger von Ulm zwischen 1933 und 1945. Regionalgeschichtlich angelegt waren die Forschungen des Pfarrers Fritz Majer-Leonhard, des Leiters der *Hilfsstelle für Rasseverfolgte* bei der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart. Majer-Leonhard führte

bei den baden-württembergischen Gemeinden statistische Erhebungen über die jüdischen Bewohner während der Herrschaft des Nationalsozialismus durch.

Die Anfänge der wissenschaftlichen Erforschung der Judenverfolgung schlossen an eine Phase des Verdrängens und Vergessens an. In der Not der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Rassenpolitik, mit der Diskriminierung jüdischer Mitbürger im »Dritten Reich« und mit ihrer Ermordung in den Gaskammern der Vernichtungslager weitgehend tabu. Die deutsche Politik war allerdings in den 1950er-



- 3 Das sechsbändige Dokumentationswerk enthält die umfangreichen Forschungsergebnisse der Dokumentationsstelle.

Aufnahme: LABW, HStAS, Marcella Müller

- 4 Aus der Bildsammlung der Dokumentationsstelle: Jüdischer Friedhof in Pflaumloch, Ostalbkreis, 1964.

Vorlage: LABW, HStAS EA 99/001 BÜ 305 Nr. 1407

Jahren um eine *Wiedergutmachung* des materiellen Schadens bemüht, den die überlebenden Opfer des NS-Regimes erlitten hatten.

Nachdem um 1960 das wissenschaftliche Interesse an der nationalsozialistischen Judenverfolgung eingesetzt hatte, lag ein regionalgeschichtliches Forschungsprojekt nahe, das die Schicksale der jüdischen Bevölkerung in den drei Vorgängerstaaten Baden-Württembergs – Baden, Württemberg und Hohenzollern – zwischen 1933 und 1945 systematisch in den Blick nehmen sollte. Die Presse, vor allem die *Stuttgarter Zeitung*, setzte sich für ein derartiges Projekt ein. Die Nachkriegsgesellschaft wollte dadurch einen Beitrag zur *geistigen Wiedergutmachung* leisten. Auf Initiative der Abgeordneten Paul Hofstetter (SPD) und Dr. Johann Peter Brandenburg (FDP/DVP) sowie unterstützt von Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger (CDU) wurde schließlich 1962 beim Hauptstaatsarchiv Stuttgart eine Stelle zur Dokumentation der Judenverfolgung in Südwestdeutschland eingerichtet. Die Leitung des Forschungsprojekts übernahm der damals 31-jährige Dr. Paul Sauer.

Die Dokumentationsstelle, in der bis zu zwölf Personen arbeiteten, erhob in den sechs Jahren ihres Bestehens Daten zu ca. 40.000 jüdischen Einzelschicksalen während der NS-Zeit. Ausgewertet wurden die Unterlagen einer Vielzahl von Behördenregistraturen, Archiven und Bibliotheken. Von besonderer Bedeutung waren die kommunale Überlieferung sowie

die Akten der Landesämter für die Wiedergutmachung. Die Dokumentationsstelle stand auch im Kontakt mit jüdischen Emigranten aus dem deutschen Südwesten und mit internationalen Organisationen.

Zur Erfassung der Einzelschicksale wurden standardisierte Verfahren, insbesondere Erhebungsbogen, eingesetzt. Die Auswertung der ermittelten Daten musste in den 1960er-Jahren noch ohne die Unterstützung der EDV erfolgen.

Die Dokumentationsstelle konnte bis 1968 die Schicksale von über 35.000 Personen aufklären, die nach 1933 als Juden verfolgt worden waren. Dies entsprach etwa 90 Prozent der gesamten jüdischen Wohnbevölkerung in Baden, Württemberg und Hohenzollern in den Jahren 1933 bis 1945. Ermittelt wurde, dass knapp 8.500 jüdische Männer und Frauen aus Südwestdeutschland während der NS-Zeit einen gewaltsamen Tod gefunden hatten.

Die Ergebnisse des Projekts wurden in einer sechsbändigen Publikation präsentiert, die zwischen 1966 und 1969 erschien. Bleibendes Resultat der geleisteten Forschungen war darüber hinaus eine ca. 2.200 Fotografien umfassende, heute im Hauptstaatsarchiv verwahrte Bildsammlung. Die Forschungsergebnisse der Dokumentationsstelle bilden bis in die Gegenwart einen wesentlichen Grundstein für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust im deutschen Südwesten.

* **Wolfgang Märhle**

4



Die Unterlagen der Dokumentationsstelle zur Erforschung der Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der NS-Zeit 1933–1945 (LABW, HStAS EA 99/001) können online recherchiert werden:

<http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=1-1695&a=fb>





Rückblick auf das Jahr 2020

Jahresbericht des Landesarchivs Baden-Württemberg

Archivarbeit unter Pandemie- Bedingungen

2020 war für das Landesarchiv Baden-Württemberg wegen der Corona-Pandemie ein außergewöhnliches Jahr. Es brachte Einschränkungen und verlangte von allen Organisationseinheiten viel Flexibilität und Einsatzbereitschaft, führte aber auch zu nachhaltigen Lernprozessen und kreativen Lösungen im Umgang mit der Krise. Als Teil

der landes- und bundesweiten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie schloss das Landesarchiv Mitte März alle Standorte für den Publikumsverkehr. Eine Zeit anderen Arbeitens und der Neuorganisation des Archivbetriebs begann. In kurzer Zeit konnte eine Softwarelösung beschafft werden, die für viele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Arbeiten im Homeoffice ermöglichte. Ungeachtet der Schließung stand das Landesarchiv für Fragen und Auskünfte zu seinen Archivbeständen weiterhin zuverlässig zur Verfügung. Anfragen und Reproduktionsaufträge wurden ebenfalls zeitnah

bearbeitet, soweit es die Situation zuließ. Als hilfreich hat sich der Ausbau der Online-Angebote und -Dienstleistungen erwiesen, den das Landesarchiv seit Jahren kontinuierlich betreibt. So standen 2020 beispielsweise über 14 Millionen Digitalisate von Archivgut im Webangebot des Landesarchivs zur Ansicht und zum kostenlosen Download bereit.

Von Ende April bis Mitte Dezember konnten die Lesesäle des Landesarchivs als wichtiger Teil der Forschungsinfrastruktur wieder öffnen. Dafür traf das Archiv umfangreiche Vorkehrungen, um die Gesundheit aller Beteiligten – sowohl der Nutzerinnen



Video-Meeting des
Präsidenten und der
Abteilungsleiterinnen
und Abteilungsleiter
des Landesarchivs im
Mai 2020.

Aufnahme: LABW

und Nutzer wie auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – zu schützen. Für die Kultur- und Bildungsangebote vor Ort an den Standorten bedeutete die Corona-Pandemie erhebliche Einschränkungen: Veranstaltungen mussten entfallen, wurden verschoben oder konnten nur mit reduzierter Teilnehmerzahl stattfinden. Auch der Besuch von Ausstellungen war eingeschränkt bzw. zeitweise gar nicht möglich.

Unter diesen Bedingungen hat das Landesarchiv neue Formate für seine Bildungsarbeit entwickelt. Vorträge, Lesekurse sowie Seminare zur Archivrecherche, Quellenauswertung und Familienforschung wurden als Online-Veranstaltungen angeboten. Archivführungen fanden – wenn es die Lage zuließ – in Kleingruppen statt oder wurden als kompakte Erklärvideos aufbereitet. Auch digitale Angebote zu Ausstellungen entstanden, darunter Filme und ein virtueller 360-Grad-Rundgang. Zudem konnte das Landesarchiv die Inhalte auf seinem YouTube-Kanal ausbauen und zahlreiche neue Abonnentinnen und Abonnenten gewinnen. Aufgrund der positiven Erfahrungen sollen digitale Vermittlungsangebote in der Bildungsarbeit des Archivs in Zukunft dauerhaft verankert werden.

Kooperationen und Projekte

Dokumentationsstelle (Rechts-)Extremismus eingerichtet

Am 15. Juli 2020 stellte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer zusammen mit Vertretern des Landesarchivs im Generallandesarchiv Karlsruhe die neu eingerichtete Dokumentationsstelle (Rechts-)Extremismus in einer gut besuchten Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor. Das Land Baden-Württemberg hat mit dieser Maßnahme eine Empfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses des Landtags umgesetzt. Kern der neuen Dokumentationsstelle bildet die Sammlung von Anton Maegerle, die der vielfach ausgezeichnete Journalist dem Generallandesarchiv als Schenkung übergeben hat. Die neue Stelle wird künftig Informationen und Unterlagen zu (rechts-)extremistischen Strukturen, Denkmustern und Netzwerken sammeln und der Öffentlichkeit und Forschung zugänglich machen. Eine breit angelegte Vermittlungstätigkeit soll ein Baustein in der Präventionsarbeit des Landes werden.



Prof. Dr. Wolfgang Zimmermann, Leiter der Abteilung Generallandesarchiv Karlsruhe, Wissenschaftsministerin Theresia Bauer und Prof. Dr. Gerald Maier, Präsident des Landesarchivs Baden-Württemberg, präsentieren die ersten Unterlagen der neuen Dokumentationsstelle.

Aufnahme: ARTIS – Uli Deck

FDMLab@LABW

Mit den Einsatzmöglichkeiten künstlicher Intelligenz beschäftigt sich das im Sommer 2020 gestartete Projekt *FDMLab@LABW* zur Etablierung eines Forschungsdatenzentrums am Landesarchiv. Ziel ist es, maschinelles Lernen zur automatisierten Erkennung von Texten und Bildern in den Archivalltag zu integrieren und den Aufbau einer E-Science-Infrastruktur anzugehen. Das Projekt bildet zugleich einen Beitrag zur Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI). Zusammen mit anderen Einrichtungen hat das Landesarchiv im Konsortium *NFDI4Memory* Fördermittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft beantragt, um Daten und Werkzeuge der Geschichtswissenschaften und verwandter Disziplinen für innovative Forschungsansätze zusammenzuführen und die Präsentation, Verarbeitung und Archivierung digitaler Forschungsdaten voranbringen zu können.

Projektstart Wiedergutmachung

Im Juni 2020 hat das Landesarchiv gemeinsam mit dem Bundesfinanzministerium (BMF) ein Pilotprojekt im Rahmen der *Transformation der Wiedergutmachung* gestartet. Das BMF unterstützt Archive von Bund und Ländern mit dem Ziel, thematisch passende Unterlagen auf einem Themenportal *Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts* innerhalb des Archivportals-D bereitzustellen. Konkret wird das Landesarchiv einen Bestand im Staatsarchiv Ludwigsburg (LABW, StAL EL 350 II) sachgerecht erschließen sowie zahlreiche Einzelfallakten aus den Abteilungen in Freiburg, Ludwigsburg, Karlsruhe und Sigmaringen digitalisieren. In einer Kooperation mit FIZ Karlsruhe wird anschließend erprobt, ob Machine-Learning-Verfahren die vertiefte Erschließung

dieser Unterlagen unterstützen können. Weitere Projekte mit dem Bundesarchiv und anderen Landesarchiven sind geplant. Mit dem Pilotprojekt geht das langfristig angelegte Vorhaben einen ersten Schritt in Richtung eines einheitlichen und digitalen Gesamtzugangs im Archivportal-D, der in den nächsten Jahren die wichtige Überlieferung der Wiedergutmachung sichtbar, erforsch- und begreifbar machen wird.

Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung leistet vielfältige Unterstützung für Betroffene

Seit 2019 unterstützt das Landesarchiv Menschen, die als Kinder zwischen 1949 und 1975 in Heimen der Behindertenhilfe oder in Psychiatrien in Baden-Württemberg Leid und Unrecht erfahren haben. Die Mitarbeiterinnen der Projektstelle führen Recherchen für Betroffene durch und arbeiten das Themenfeld wissenschaftlich auf. 2020 gingen mehr als 50 Anfragen ein, die meisten davon von Gehörlosen. Neben dieser individuellen Unterstützung konnte das Projektteam ein Verzeichnis der baden-württembergischen Einrichtungen sowie einen Rechercheratgeber für die eigenständige Suche nach Informationen und Unterlagen veröffentlichen. Auch die Öffentlichkeitsarbeit spielte im vergangenen Jahr eine wichtige Rolle, um Betroffene, Angehörige und Einrichtungen über die Angebote zu informieren.



Mariaberger Heime: Kindergruppe im Freien

Aufnahme: Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Sammlung Rupert Leser

Zusätzlich in den Blick rückte das Schicksal von *Verschickungskindern*. Diese Kinder wurden nur wenige Wochen in sogenannte Erholungsheime gebracht: eine Zeit, durch die viele bis heute traumatisiert sind. Damit Recherchen nach deren Schicksalen weiterhin möglich sind, rief das Landesarchiv mit den Arbeitskreisen der Kreis- und Stadtarchive dazu auf, einschlägige Akten vorläufig aufzubewahren und bis zum Jahr 2025 nicht zu vernichten.



Die Arbeitsgruppe des Landesarchivs mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Nationalarchiv in Windhoek.

Vorlage: LABW

Arbeitsgruppe des Landesarchivs besucht das Nationalarchiv von Namibia

Kurz bevor die Corona-Pandemie Auslandsreisen unmöglich machte, konnte eine Arbeitsgruppe des Landesarchivs Anfang März 2020 das Nationalarchiv von Namibia besuchen – ein erster und grundlegender Schritt für das gemeinsame Projekt zum Austausch und Know-How-Transfer zwischen den beiden Einrichtungen. Im Mittelpunkt des Besuchs stand das Kennenlernen von Aufgaben und Arbeitsabläufen im Nationalarchiv sowie die Einsichtnahme in die Quellen aus der deutschen Kolonialzeit. Darüber hinaus entwickelten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesarchivs gemeinsam mit den namibischen Kolleginnen und Kollegen den weiteren Projektablauf. In intensiven und offenen Gesprächen wurden alle wichtigen archivfachlichen Themen diskutiert. Da sich der Bereich der Bestandserhaltung als besonders problematisch darstellte, soll hier zukünftig ein eigener Schwerpunkt innerhalb des Projekts gesetzt werden.

Das Landesarchiv gehört zu den Einrichtungen, die sich an der Namibia-Initiative des Landes Baden-Württemberg beteiligen. Mit den verschiedenen Vorhaben sollen die Beziehungen zu dem afrikanischen Staat vertieft und die Aufarbeitung des kolonialen Erbes gefördert werden.

Das Archivportal-D und neue sachthematische Zugänge

Der Webauftritt des Archivportals-D, das einen Zugang zu den archivischen Inhalten der Deutschen Digitalen Bibliothek bietet, konnte 2020 im Rahmen des Projekts *Sachthematische Zugänge im Archivportal-D am Beispiel der Weimarer Republik* neu gestaltet werden. Die vollständige Überarbeitung des Designs durch FIZ Karlsruhe hat das Archivportal übersichtlicher und

nutzerfreundlicher gemacht. Die wachsende Beliebtheit des Portals spiegelt sich auch in den Nutzungszahlen wider: 2020 stiegen die Seitenbesuche um 50 Prozent auf rund 515.000. Neben der Neugestaltung des Webauftritts wurde in einem zweiten Teilprojekt ein Themenportal zur Weimarer Republik entwickelt und veröffentlicht. Dafür haben das Bundesarchiv und das Landesarchiv Baden-Württemberg ihre digitalisierten Bestände aus dem Zeitraum 1918–1933 mit Schlagwörtern verbunden, sodass diese thematisch in Kategorien geordnet durchsuchbar werden. Dieser neue Ansatz, Archivgut bereitzustellen, trägt dem Bedürfnis der Nutzenden nach einer intuitiven Recherchemöglichkeit Rechnung.

Überlieferungsbildung

Die im Land begonnene Einführung der elektronischen Sachakte (E-Akte) stellt nicht nur die Behörden und Ministerien vor große Herausforderungen, sondern auch das Landesarchiv als übernehmende und verwahrende Institution. Mehr noch als in den letzten Jahren wurde 2020 deutlich, dass Papierakten und digitale Unterlagen dem Landesarchiv zunehmend zeitgleich und in großer Menge angeboten werden. Zurzeit warten in den über 2.700 Registraturen des Landes mehr als 1.700 Regalkilometer Papierakten darauf, nach Einführung der E-Akte vom Landesarchiv analysiert und bewertet zu werden. Gleichzeitig entstehen im Digitalen Magazin erhebliche Speicherbedarfe bis in den Petabyte-Bereich. Die vom Landesarchiv mitentwickelte Software DIMAG wurde für die Aufnahme vieler

gleichförmiger Unterlagen ertüchtigt und mit dem Innenministerium das Anhebungs- und Übernahmeverfahren für die E-Akte abgestimmt. Darüber hinaus haben das Landesmuseum Württemberg und das Landesarchiv in einem Pilotprojekt neue Wege zur Übernahme von digitalen Verwaltungsunterlagen aus Museen erkundet. Nach Abschluss des Projekts im August 2021 soll es möglich sein, die Ergebnisse auf die anderen Landesmuseen zu übertragen.

Erschließung und Digitalisierung

Auch unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie konnte das Landesarchiv die Zugänglichkeit seiner Bestände weiter voranbringen. Insgesamt mehr als 2.800 laufende Meter Archivgut wurden neu erschlossen. Zu den quantitativ herausragenden Leistungen zählt die Verzeichnung einer Großablieferung von fast 30.000 Akten der Staatsanwaltschaft Konstanz durch das Staatsarchiv Freiburg. Im Staatsarchiv Ludwigsburg erfolgte die Erschließung einer Internierten-Kartei aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die Neuerschließung der *Winnentaler Krankenkartei*, die für Recherchen nach Opfern der NS-Krankenmorde große Bedeutung hat. Flexibilität bei den Erschließungsarbeiten bewies auch das Staatsarchiv Sigmaringen: Ein für die Orts-, Familien- und Alltagskulturfor-schung interessanter Bestand aus der Überlieferung des Amtsgerichts Neuenbürg (LABW, StAS Wü 30/12 T 6) wurde zu einem großen Teil im Homeoffice erschlossen. Der Bestand umfasst mehr als 5.000 Inventuren und Teilungen vom 17. bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts.



Hygiene-Maßnahmen: Mitarbeiterinnen im Lesesaal des Hauptstaatsarchivs Stuttgart Ende April 2020. **Aufnahme:** LABW

Das Hauptstaatsarchiv Stuttgart konnte eine umfangreiche Nachlieferung zum Nachlass des früheren Kultministers Wilhelm Schenkel (LABW, HStAS Q 1/71) ordnen und erschließen. Im Staatsarchiv Wertheim wurden die Erschließungsarbeiten zum Bestand der Liedertafel Wertheim (LABW, StAWt S-V 29), einem der ältesten Gesangsvereine Badens, abgeschlossen.

Die Zahl der Digitalisate stieg im letzten Jahr um 1,8 auf 16,7 Millionen Images, wovon mehr als 80 Prozent online frei zugänglich sind. Dazu zählen Digitalisate der Dokumentationsstelle zur Erforschung der Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs 1933–1945 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart (LABW, HStAS EA 99/001) sowie Personalverzeichnisse zu den Angehörigen des XIV. Badischen Armeekorps zur Zeit des Ersten Weltkriegs (LABW, GLAK 456c). Mit den Urkunden der Markgrafen von Baden steht darüber hinaus ein historischer Schatz online zur Verfügung. Die Digitalisierung der knapp 12.000 Urkunden zur badischen Geschichte, die zu den bedeutendsten Dokumenten im Generalstaatsarchiv Karlsruhe gehören, konnte 2020 zusammen mit der Überarbeitung der Findmittel abgeschlossen werden.

Nutzung unter erschwerten Bedingungen

Der Publikumsverkehr an den Archivstandorten des Landesarchivs wurde 2020 durch die Corona-Pandemie stark eingeschränkt. Zeitweise musste das Landesarchiv auf der Grundlage der Corona-Verordnung des Landes seine Lesesäle komplett schließen. Für die Wiederöffnung Ende April wurden für jeden Standort Hygienekonzepte erarbeitet, die Anzahl der Sitzplätze reduziert und eine vorherige Anmeldung eingeführt. Dadurch waren die Lesesäle des Landesarchivs sehr gut ausgelastet – zu längeren Wartezeiten kam es glücklicherweise jedoch nicht. Durch die Einschränkungen vor Ort erreichten das Landesarchiv deutlich mehr Anfragen und Bestellungen von Reproduktionen. Der Ausbau der Online-Services ging im Pandemie-Jahr weiter voran: Scans oder Papierkopien von Archivalien können seit November 2020 bequem im Online-Findmittelsystem, dem Online-Katalog des Landesarchivs, bestellt werden. Hilfestellung bei der Recherche bietet außerdem ein Lesezeichenmodul, mit dem sich Archivalienfunde einfach verwalten lassen.

Erleichtert wurde nicht nur der Zugang zu Archivgut, sondern auch zu den Publikationen des Landesarchivs: Insgesamt 14 Print-Veröffentlichungen sind im vergan-

genen Jahr als Open Access auf der Landesarchiv-Webseite online gestellt worden.

Das Landeskundeportal LEO-BW

Der Ausbau des vom Landesarchiv betriebenen Portals LEO-BW konnte 2020 erfolgreich vorangebracht werden. Über drei Millionen Datensätze und redaktionelle Beiträge aus 37 Partneereinrichtungen stehen zur Verfügung.

Im Kartenmodul lädt das älteste für ganz Baden-Württemberg realisierte Ortholuftbild zur Zeitreise ein. Dort können Siedlungen und Landstriche aus dem Frühjahr 1968 betrachtet sowie direkt mit historischem und aktuellem Kartenmaterial verglichen werden.

Ein neues Themenmodul *Alltagskultur im Südwesten* widmet sich darüber hinaus den Facetten des Alltagslebens vor allem im 19. und 20. Jahrhundert. Das Spektrum reicht von veränderten Essgewohnheiten und neuen Körperbildern bis zur Digitalisierung der Büroarbeit oder den Unterschieden zwischen Stadt und Land. Als Besonderheit neben Texten, digitalisierten Objekten sowie Audio- und Filmsequenzen erwartet Nutzerinnen und Nutzer die interaktive virtuelle Rekonstruktion eines Wohnhauses der 1970er-Jahre.

Um LEO-BW auch technisch auf dem aktuellen Stand zu halten, wurden zudem wichtige Softwarekomponenten umfassend modernisiert. Die Zahl der Zugriffe unterstreicht die positive Entwicklung des Portals: 2020 konnte LEO-BW den Vorjahresrekord um ca. 300.000 auf nun 1,85 Millionen Nutzerinnen und Nutzer übertreffen.



Urkunde und Siegel werden behutsam in die Schutzverpackung zurückgelegt.

Aufnahme: LABW

Bestandserhaltung

Da Nutzerinnen und Nutzer Archivalien inzwischen auch selbst fotografieren dürfen, ist die Bestandserhaltung im Lesesaal ein aktuelles Thema. Wie auch beim Fotokopieren und Scannen sollen die Originale durch das Reproduzieren möglichst nicht geschädigt werden. Das Institut für

Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut (IfE) unterstützte die Archive des Landesarchivs im vergangenen Jahr mit einem neuen Fortbildungsangebot: Zwei Restauratorinnen führten an allen Archivstandorten halbtägige Schulungen für das Lesesaal- und Digitalisierungspersonal zur *objektschonenden Nutzung von Archivgut* durch.

Die im IfE seit vielen Jahren erfolgreich praktizierte Behandlung von Tintenfraß mit Calciumphosphat findet auch international Beachtung: Im Rahmen eines mehrjährig angelegten Konservierungsprojekts der Universitätsbibliothek Basel erlernten Schweizer Kolleginnen diese Technik in mehreren Aufenthalten am Ludwigsburger Institut, um eine eigene *Nassstrecke* einzurichten und betreiben zu können.

Kommunikation und Bildung

Modern, zukunftsorientiert und offen: Um dieses Selbstverständnis in der Öffentlichkeit stärker sichtbar zu machen, führte das Landesarchiv 2020 ein neues visuelles Erscheinungsbild ein. Dem vorausgegangen war ein längerer, abteilungsübergreifender Corporate-Identity-Prozess. Zentrale Elemente des neuen Corporate Designs sind eine klare Typografie mit runden, offenen Formen und ein unverwechselbares Logo. Entwickelt wurde es zusammen mit der renommierten Hamburger Agentur *Bureau Erler*.

Zu den ersten beiden *Produkten* im neuen Design gehörten die Archivnachrichten und der Relaunch des Internetauftritts www.landearchiv-bw.de, der komplett überarbeitet wurde. Die Webseite erhielt nicht nur ein attraktives Layout mit hohem Bildanteil, sondern auch eine nutzerfreundliche Navigation und fokussierte Ausrichtung auf unterschiedliche Zielgruppen. Im Zuge des Relaunchs wurde auch das Online-Findmittelsystem an das neue Design angepasst. Darüber hinaus konnten diverse Publikationen und Werbemittel im neuen Erscheinungsbild umgesetzt werden.

Die 21. Karlsruher Tagung für Archivpädagogik Anfang März 2020 war die letzte Veranstaltung, die noch als Präsenzveranstaltung vor dem ersten Lockdown stattfinden konnte. Die Tagung war ein Beitrag zur Vorbereitung auf das in diesem Jahr begangene Jubiläum *321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland*. Im Mittelpunkt standen das jüdische Leben in seiner ganzen kulturellen Vielfalt, aber auch Ausgrenzung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung bis hin zu antisemitischen Tendenzen in der heutigen Zeit.

Höhepunkte an unseren Standorten

Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut

Exklusivführungen am Europäischen Tag der Restaurierung

Aus der Not eine Tugend machte das Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut in Ludwigsburg unter dem Motto *Operationen am offenen Buch*: Pandemiebedingt bot es am 11. Oktober 2020, dem Europäischen Tag der Restaurierung, insgesamt 32 Interessierten in mehreren Führungen die Gelegenheit, seine Restaurierungswerkstätten zu besichtigen. Die Gäste konnten durch die vorgeschriebene maximale Gruppengröße von sechs Personen eine ungewöhnlich intensive Betreuung genießen, sodass die zum Teil spektakulären Behandlungstechniken und Objekte noch mehr Eindruck machten.



Europäischer Tag der Restaurierung: Bei einer Führung wird die Restaurierung historischer Lehrtafeln gezeigt (siehe Beitrag Bandow/Speck in diesem Heft). **Aufnahme:** LABW, IfE

Grundbuchzentralarchiv Kornwestheim

Einführung der E-Akte BW gestartet

Aufbruch in eine papierlose Zukunft: Als eine von acht Pilotbehörden der Landesverwaltung arbeitet das Grundbuchzentralarchiv seit Februar 2020 mit der elektronischen Verwaltungsakte, kurz *E-Akte BW*. Bereits 2019 liefen die Vorbereitungen für die Einführung in der Kornwestheimer Außenstelle des Landesarchivs auf Hochtour. Der Start bedeutete für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine große Herausforderung, denn das Alltagsgeschäft lief parallel dazu weiter. Durch die Erfahrungen während der Pilotphase konnte das Grundbuchzentralarchiv hilfreiche Verbesserungsvorschläge einbringen, bevor der Roll-Out der E-Akte in weiteren Behörden beginnt. Während der Corona-Pandemie hat die elektronische Akte schon einen Vorteil deutlich gemacht: Im Homeoffice kann ohne Einschränkungen gearbeitet werden.

Staatsarchiv Freiburg

Ausstellung »Historische Perlen im Hinterhof«

Mit der im August 2020 eröffneten Ausstellung *Historische Perlen im Hinterhof* leistete das Staatsarchiv Freiburg einen vielbeachteten und auch in der lokalen Presse ausgiebig besprochenen Beitrag zur Freiburger Geschichte im Rahmen der Feierlichkeiten zum 900-jährigen Stadtjubiläum. Gezeigt wurde die Präsentation an einem eher ungewöhnlichen Ort: unter freiem Himmel im Innenhof des Staatsarchivs. Für die quellenreiche und tiefgründige, gleicher-

maßen aber verständliche und inhaltlich leicht zugängliche Ausstellung war das angesichts der Corona-bedingten Einschränkungen ein großer Vorteil. Die beiden Hauptziele – das zeigt der rege Zuspruch – wurden erreicht: Menschen die Schwellenangst vor der Institution Archiv zu nehmen und das Staatsarchiv in der städtischen Kulturlandschaft präzenter zu machen.



Die Foto-Ausstellung des Staatsarchivs Freiburg fand unter freiem Himmel statt.

Aufnahme: LABW, StAF

Generallandesarchiv Karlsruhe

Ausstellung »Gezähmte Berge – Alpine Landschaften im Blick badischer Fotografen«

In einem Ausstellungs- und Publikationsprojekt des Generallandesarchivs Karlsruhe traten 2020 zwei badische Fotografen in einen künstlerischen Dialog über die Veränderungen der Alpen: Der Geologe und Pionier des Skisports Wilhelm Paulcke (1873–1949) hat ein großes fotografisches Werk hinterlassen, das zum Großteil heute im Generallandesarchiv aufbewahrt ist. Rund hundert Jahre später hat der junge Karlsruher Fotograf Elias Siebert 2017 von denselben Positionen aus die Bergwelt erneut aufgenommen. Dabei wurden tiefgreifende Veränderungen sichtbar: Soll man diesen Vorgang als *Zähmung* oder als *Zerstörung* ursprünglicher Naturlandschaften deuten? Ein bedrückend aktuelles Thema, das die ARD dazu motiviert hat, in den Tagesthemen am 24. September 2020 über das Ausstellungsprojekt zu berichten.

Staatsarchiv Ludwigsburg

Neue Bildungsangebote zur NS-Zeit

Die Bildungsarbeit zu Themen des Nationalsozialismus spielt im Staatsarchiv Ludwigsburg seit Jahren eine wichtige Rolle. Zu den Höhepunkten 2020 zählten die gemeinsam mit dem Förderverein Zentrale Stelle durchgeführten Begleitveranstaltungen zur Ausstellung *Malyj Trostenez*, dem größten Vernichtungsort in Belarus während der deutschen Besatzung von 1941 bis 1944. Bedingt durch die Corona-Pandemie wurden erstmals erfolgreich digitale Veranstaltungsformate durchgeführt. Auch außerhalb des Begleitprogramms zur Ausstellung wurde das Bildungsangebot zur NS-Geschichte um neue Formate ergänzt. Erwähnenswert sind zwei sehr gut besuchte Webinare über die NS-Krankenmorde sowie die Onlinestellung des Tonbandmitschnitts der Urteilsverkündung im Ulmer Einsatzgruppenprozess, der auf dem YouTube-Kanal des Landesarchivs bis Jahresende mehr als 10.000 Mal aufgerufen wurde.

Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein

Digital statt analog: archivische Bildungsarbeit im Wandel

Die Corona-Pandemie zwang ab Mitte März 2020 im ganzen Landesarchiv zur Absage aller Veranstaltungen. Um Archivinteressierte weiterhin unterstützen zu können, startete das Hohenlohe-Zentralarchiv ab dem Sommer in die digitale Ära eines *teaching archive*. Seither bietet das Archiv alle Bildungsangebote online an. Diese Umstellung hat eine ungeahnte Dynamik ausgelöst: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen nicht nur aus dem engeren geografischen Umfeld um den Archivstandort, sondern aus der ganzen Region Hohenlohe-Franken. Und auch mit Blick auf das Alter ist die Gruppe der Interessenten diverser geworden. Jüngere Generationen bis ins hohe Alter machten sich auf den *digitalen Weg* ins Archiv.

Staatsarchiv Sigmaringen

Dr. Franz-Josef Ziwes seit Sommer 2020 neuer Abteilungsleiter

Im Staatsarchiv Sigmaringen gab es im letzten Jahr einen Wechsel an der Spitze des Standortes. Dr. Volker Trugenberger, der das Archiv 25 Jahre lang geleitet hat, ging zum 31. Juli 2020 in den wohlverdienten Ruhestand. Die ursprünglich geplante feierliche Amtsübergabe musste pandemiebedingt leider entfallen. Stattdessen wurde



Blick in die Ausstellung »Die Tochter des Papstes: Margarethe von Savoyen« im Hauptstaatsarchiv Stuttgart **Aufnahme:** LABW, HStAS

Volker Trugenberger bei einer internen Feierstunde im kleinen Kreis von Landesarchiv-Präsident Prof. Dr. Gerald Maier verabschiedet.

Die Nachfolge angetreten hat der bisherige stellvertretende Leiter Dr. Franz-Josef Ziwes, der seit 1998 am Staatsarchiv tätig ist. Ein zentraler Punkt auf Ziwes' Agenda für die nächsten Jahre: das Staatsarchiv Sigmaringen weiter für die Anforderungen der modernen Informationsgesellschaft fit machen. Dafür bringt der promovierte Historiker und Archivar umfangreiche Erfahrungen im Bereich der Erschließung und Digitalisierung von Archivgut mit.

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Ausstellung »Die Tochter des Papstes: Margarethe von Savoyen«

Den 600. Geburtstag Margarethes von Savoyen (1420–1479), deren dritte Ehe sie nach Württemberg führte, nahm das Hauptstaatsarchiv Stuttgart zum Anlass für eine breit angelegte kulturhistorische Ausstellung. Die trinational und dreisprachig ausgerichtete Schau konnte am 9. September 2020 in der Musikhochschule Stuttgart mit prominenter internationaler Beteiligung sowie im Livestream eröffnet werden. Kostbare Exponate und aufwendige mediale Inszenierungen vermittelten eine authentische Annäherung an das bewegte Leben der Herzogstochter und den Glanz der höfischen Welt des späten Mittelalters. Ein virtueller Rundgang durch die Ausstellung bot Ersatz für die Corona-bedingte zeitweilige Schließung und macht sie auch über die Ausstellungsdauer hinaus erlebbar. Der Präsentation in

Stuttgart schließen sich Stationen in Morges in der Schweiz und in Turin an.

Staatsarchiv Wertheim

Künstlerischer Nachlass für das Kreisarchiv im Archivverbund Main-Tauber

Kein Beethoven-Autograf, kein umfangreicher Bestand – dennoch ein Gewinn für die lokale Überlieferung: Die Übernahme des Depositums des Laudaer Musiklehrers, Dirigenten und Komponisten Friedrich Sebastian Zubrod (1913–1956) bereichert seit letztem Jahr das Kreisarchiv im Archivverbund Main-Tauber. Der Nachlass umfasst hauptsächlich handschriftliches Notenmaterial sowie literarische Arbeiten. Sind seine Kompositionen vor allem dem kirchlichen Bereich gewidmet, so stammen die Themen und Motive seiner Gedichte und Erzählungen meist aus dem Alltagsleben. Der Bestand (LABW, StAWt K-N 37) ergänzt die bei den kommunalen Verbundpartnern vorhandene musikalische Überlieferung. Zehn Musik- und Gesangsvereine haben mittlerweile ihre Unterlagen hinterlegt.



Übergabe des Depositums im Archivverbund Main-Tauber **Aufnahme:** LABW, StAWt

Statistik

Das Landesarchiv in Zahlen

Das Wesentliche auf einen Blick (Stand zum 31.12.2020)

Gesamtumfang des Archivguts (in Metern)	168.621
Urkunden (Stück)	318.132
Karten, Pläne (Stück)	376.941
Bilder (Stück)	2.115.222
Digitales und digitalisiertes Archivgut (in Terabyte)	65,26
Auslastung der Magazine (in %)	88,9%
Zu betreuende Registraturen	2.743
Erschlossenes Archivgut (Anteil des Gesamtumfangs)	89,3%
In Online-Findmitteln nachgewiesenes Archivgut (Anteil des Gesamtumfangs)	63,0%
Digitalisate von Archivgut im Internet	14.820.014
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	326

Grundbuchzentralarchiv (GBZA)

Gesamtumfang der Unterlagen zum 31.12.2020 (in Metern)	163.152
davon Archivgut	9.009
Erfasste Unterlagen (Anteil des Gesamtbestands)	100%

Unsere Leistungen im Jahr 2020

Nutzungen (Nutzertage)	6.647
Vorgelegte Archivalien	69.157
Anzahl der im GBZA bereitgestellten Einheiten für die amtliche Nutzung	215.788
Abgegebene Reproduktionen	271.588
Schriftliche Auskünfte	13.305
Nutzung der Online-Angebote	
Besuche auf der Webseite www.landesarchiv-bw.de	254.000
Besuche im Online-Findmittelsystem	985.862
Einzelaufrufe von Digitalisaten im Online-Findmittelsystem (in Mio.)	5,38
Besuche im Landeskundeportal LEO-BW (in Mio.)	1,85
Neu hinzugekommenes Archivgut (in Metern)	1.654
Fachgerecht verpackte Archivalien (in Metern)	1.915
Erschlossenes Archivgut (in Metern)	2.885
Erfasste Unterlagen im GBZA (in Metern)	243
Restauriertes Archivgut (Anzahl Archivalieneinheiten)	4.371
Verfilmtes Archivgut (in Metern)	168,5
Ausstellungen	10
Besucherinnen und Besucher bei Ausstellungen	11.733
Veranstaltungen und Führungen	272
Teilnehmende Personen bei Veranstaltungen und Führungen	4.902
davon Schülerinnen und Schüler bei Führungen	649

Dank

des Präsidenten Prof. Dr. Gerald Maier

Unser Leben im Jahr 2020 war stark von der Coronavirus-Pandemie geprägt, die sich auch in der Arbeit des Landesarchivs bemerkbar gemacht hat. Dankbar bin ich, dass wir trotz Einschränkungen im Dienstbetrieb bisher unbeschadet durch die Krise gekommen sind und unsere Dienstleistungen gegenüber unseren Kunden und Partnern angemessen erbringen konnten.

Dass dies so ist, dafür danke ich an erster Stelle von ganzem Herzen all meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dazu unter schwierigen Bedingungen beigetragen haben. Mit viel Improvisation und hohem Arbeitseinsatz konnten, wie der Jahresbericht zeigt, auf allen Handlungsfeldern gute Ergebnisse erzielt werden.

Für ihre vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit im vergangenen Jahr danke ich daher auch gerne wieder allen Partnern des Landesarchivs aus Politik, Verwaltung, Justiz, Kultur und Wissenschaft. Dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg danke ich sehr für die wohlwollende Unterstützung.

Neuer Leiter im Staatsarchiv Sigmaringen

Franz-Josef Ziwes tritt die Nachfolge von Volker Trugenberger an



1 V.l.n.r.: Landesarchiv-Präsident Prof. Dr. Gerald Maier, Dr. Franz-Josef Ziwes und Dr. Volker Trugenberger vor dem Staatsarchiv Sigmaringen.

Aufnahme: Reiner Löbe

Am Staatsarchiv Sigmaringen gab es einen Amtswechsel: Dr. Volker Trugenberger, der das Archiv 25 Jahre lang geleitet hat, ging am 31. Juli 2020 in den Ruhestand. Ihm folgte der bisherige stellvertretende Leiter Dr. Franz-Josef Ziwes nach. Die Verabschiedung und Amtseinführung erfolgte in kleinem Kreis, da die geplante feierliche Amtsübergabe wegen der Corona-Krise auf das nächste Jahr verschoben wurde.

Prof. Dr. Gerald Maier, Präsident des Landesarchivs, dankte dem scheidenden Archivdirektor Dr. Volker Trugenberger bei einem Besuch in Sigmaringen für die geleistete Arbeit: *Volker Trugenberger hat das Staatsarchiv Sigmaringen während seiner Amtszeit zu einer festen kulturellen Größe in der Stadt und darüber hinaus in ganz Oberschwaben etabliert. Seine herausragenden Kenntnisse der Landesgeschichte, vor allem der hohenzollerischen Geschichte, sind in zahlreiche erfolgreiche Ausstellungen eingeflossen.*

Ein Höhepunkt war die 2006 im Prinzenbau und im Landeshaus in Sigmaringen gezeigte Ausstellung *Adel im Wandel. 200 Jahre Mediatisierung in Oberschwaben*. Die federführend von der Gesellschaft Oberschwaben veranstaltete Schau zog über 30.000 Besucherinnen und Besucher an. Darüber hinaus öffnete Volker Trugenberger, der seit 1983 mit unterschiedlichen Aufgaben im Dienst des Landesarchivs war, das Staatsarchiv Sigmaringen durch eine breit angelegte Bildungsarbeit für unterschiedliche Zielgruppen, u. a. für Schulklassen und historisch interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Die Nachfolge von Volker Trugenberger tritt der Archivar und Historiker Dr. Franz-Josef Ziwes an, der seit 1998 am Staatsarchiv tätig ist, zuletzt als stellvertretender Leiter. *Ich freue mich sehr, dass mit Franz-Josef Ziwes eine innovative und kreative Persönlichkeit die Leitung des Sigmaringer Archivstandorts übernimmt, so Prof. Dr. Gerald Maier.* Franz-Josef Ziwes ist seit 1995 im baden-württembergischen Archivdienst. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehört die Digitalisierung in den Bereichen der Bewertung und der Erschließung von Archivgut. So brachte er 1997 die erste Online-Beständeübersicht eines staatlichen Archivs im deutschsprachigen Raum auf den Weg – seither ein wichtiges Hilfsmittel für Archivnutzerinnen und -nutzer. Seine Erfahrungen in der Entwicklung elektronischer Werkzeuge zur Unterstützung archivischer Arbeitsprozesse möchte Franz-Josef Ziwes nutzen, um den Herausforderungen der digitalen Transformation mit kreativen Impulsen zu begegnen und damit dem Profil des Standorts als bewährter Partner und Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger, Wissenschaft und Verwaltung neue Konturen verleihen. Darüber hinaus steht der dringend benötigte Erweiterungsbau für die Unterbringung der Archivalien auf der Agenda des neuen Leiters.

✱ **Inka Friesen, Verena Schweizer**



Größte Extremismus-Sammlung Deutschlands

Land richtet Dokumentationsstelle (Rechts-)Extremismus im Generallandesarchiv Karlsruhe ein

1 Abschluss der Tagung »Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland« im Generallandesarchiv Karlsruhe, 28. Januar 2021: Holger Schmidt (SWR, ARD Terrorismusexperte) im Gespräch mit Bundesanwalt Thomas Beck, Generalbundesanwaltschaft; Präsidentin Beate Bube, Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg; Prof. Dr. Wolfgang Zimmermann, Landesarchiv Baden-Württemberg, Generallandesarchiv Karlsruhe; Präsident Ralf Michelfelder, Landeskriminalamt Baden-Württemberg; Prof. Dr. Thomas Grumke, Hochschule für Polizei und Öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen; Dr. Ulrich Neumann, SWR, Redaktion Report Mainz (v.l.n.r.).

Aufnahme: Artis - Uli Deck, Karlsruhe

Am Donnerstag, dem 28. Januar 2021, verkündete vormittags das Oberlandesgericht Frankfurt am Main sein Urteil im Prozess gegen den Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke. Wenige Stunden später diskutierte im Generallandesarchiv Karlsruhe eine hochrangig besetzte Gesprächsrunde über die Frage, welche Herausforderung Rechtsextremismus und -terrorismus für unser demokratisches Gemeinwesen darstellen. Die Koinzidenz dieser beiden Ereignisse war so nicht geplant, doch allen Gästen, die dem Karlsruher Podiumsgespräch online zugeschaltet waren, wurde unmittelbar vor Augen geführt: Rechtsextremistische, rassistische und antisemitische Straftaten stellen aktuell *die größte Bedrohung für die Sicherheit in Deutschland* dar, so hatte es am 9. Juli 2020 der Verfassungsbericht des Bundes betont.

Als Reaktion auf die zunehmende Gewalt von rechts und auch als Konsequenz aus dem NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags hat Baden-Württemberg beim Landesarchiv am Standort Generallandesarchiv in Karlsruhe

im Sommer 2020 eine Dokumentationsstelle (Rechts-)Extremismus eingerichtet. Kern der neuen Einrichtung bildet die umfangreiche Sammlung des Journalisten Anton Maegerle, die dieser dem Generallandesarchiv geschenkt hat. Mit rund 2.500 Ordnern, einer umfangreichen Datenbank und einer großen Zahl von Publikationen und Zeitschriften aus dem rechten Spektrum gilt sie als größte Sammlung ihrer Art in Deutschland. Der Journalist, der nach massiven Drohungen unter dem Namen *Anton Maegerle* publiziert und öffentliche Auftritte meidet, erhielt zahlreiche Preise, darunter 2007 und 2020 den von der Journalistenvereinigung *Netzwerk Recherche* gestifteten *Leuchtturm-Preis*.

In einer stark besuchten Pressekonferenz in Karlsruhe stellte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer zusammen mit Vertretern des Landesarchivs die neue Dokumentationsstelle im Juli 2020 der Öffentlichkeit vor. Die neue Stelle wird systematisch – ausgehend von der Sammlung des Journalisten Anton Maegerle – Material und Wissen zum Thema Rechts-Extremismus sammeln, auswerten und in die Öffentlichkeit vermitteln. In einem zweiten Schritt wird sie ihre Tätigkeit auf jegliche Form von politischem Extremismus und Terrorismus ausweiten. Neue Formen rechten Denkens und Agierens, wie die Reichsbürger, Teile der Querdenken-Bewegung oder Vertreter von Verschwörungsmysen, sollen dabei besonders in den Blick genommen werden. Dies betonte Ministerin Bauer am 27. Januar 2021 auf der Tagung *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland* im Generallandesarchiv. Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes von Baden-Württemberg, die auf der Tagung ebenfalls diskutiert wurden, unterstreichen das Gefahrenpotenzial, das in den neuen Bewegungen liegt.

Derzeit arbeiten im Aufbaustab der Dokumentationsstelle eine Politologin und ein Politologe. Ziel ist es, die neue Einrichtung mit einem festen Personalbestand ab 2022 zu verstetigen: Am 3. Februar 2021 skizzierte die Wissenschaftsministerin im Landtag die nächsten Schritte. Als Ergänzung zur Dokumentationsstelle steht die Etablierung einer Forschungsstelle Rechtsextremismus im Fokus, die einerseits eng an die Karlsruher Dokumentationsstelle angebunden ist, zugleich aber auch in universitäre Wissenschaftskontexte eingebettet sein muss. Dabei ist allen Beteiligten klar: Das entschiedene Eintreten gegen rechtsextreme Denkstrukturen und Netzwerke erfordert ein starkes, breit ausgerichtetes Netzwerk aus staatlichen Stellen, wissenschaftlicher Forschung und zivilgesellschaftlichen Akteuren. * **Wolfgang Zimmermann**

Transformation der Wiedergutmachung

Start eines Pilotprojekts zur Erschließung und Digitalisierung von Wiedergutmachungsakten

1 Die Wiedergutmachungsakte des KPD-Mitglieds und Widerstandskämpfers Wilhelm Bechtle (1906–1971) gehört zu den Akten, die im Rahmen des Projekts digitalisiert werden. Bechtle war Mitglied des Stuttgarter Gemeinderats nach dem Zweiten Weltkrieg und von 1952 bis 1956 Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg; hier sein Antrag auf Wiedergutmachung.

Vorlage: LABW, StAL EL
350 I Bü 1208

Am 1. Juni 2020 ist im Landesarchiv Baden-Württemberg ein vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) gefördertes Projekt zur besseren Erschließung und Digitalisierung von Wiedergutmachungsakten angelaufen. Mit dem Projekt soll die Geschichte der Wiedergutmachung in Deutschland als wesentlicher Aspekt der deutschen Nachkriegs- und Demokratiegeschichte stärker im öffentlichen Bewusstsein verankert werden. Um die reichhaltigen Archivbestände, die aus der Arbeit der Wiedergutmachungsbehörden hervorgegangen sind, für die Forschung und die Erinnerungskultur nutzbar zu machen, unterstützt das BMF die Archive des Bundes und der Länder bei der Erschließung und Digitalisierung dieser Bestände. Ziel ist die Schaffung eines Themenportals zur *Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts*, das einen einheitlichen

und digitalen Gesamtzugang zu allen Akten der Wiedergutmachung und den darin dokumentierten Schicksalen von NS-Opfern bieten soll. Als wichtige Vorbilder gelten die digitalen Angebote von Yad Vashem in Israel und dem United States Holocaust Memorial Museum.

Im Landesarchiv Baden-Württemberg wird zunächst ein größeres Pilotvorhaben durchgeführt. Im Rahmen dieses Projekts soll ein Bestand von Verwaltungsakten des Landesamts für Wiedergutmachung im Staatsarchiv Ludwigsburg fachgerecht erschlossen werden. Die Verwaltungsakten enthalten unterschiedlichste Karteien und Akten, die nicht nur die Grundlagen für die Tätigkeit der Wiedergutmachungsbehörden bildeten, sondern auch ganz spezielle inhaltliche Zugänge zu den Einzelfallakten bieten. Daneben sollen die nach der Übernahme durch das Landesarchiv bereits nach Personenamen erschlossenen und zugänglich gemachten Einzelfallakten der Wiedergutmachungsbehörden für eine breitere Nutzung intensiver erschlossen werden.

Um die Zugänglichkeit von Wiedergutmachungsakten noch weiter verbessern zu können, wird im Rahmen des Pilotprojekts getestet, ob Methoden aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz die archivischen Arbeitsprozesse unterstützen können. Hierzu werden zunächst größere Mengen an Einzelfallakten aus allen Archivabteilungen digitalisiert. Anhand der digitalisierten Akten werden schließlich Verfahren der Text- und Bilderkennung erprobt. Hierfür kooperiert das Landesarchiv mit FIZ Karlsruhe (Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur). In diesem Teil des Projekts soll das Potential von Machine-Learning-Methoden für die Tiefenerschließung und Online-Stellung solcher Akten geprüft werden. Die Ergebnisse können als Best-Practice-Modelle dann auch in anderen staatlichen Archiven, insbesondere der Länder, zur Anwendung kommen.

Im Rahmen des Pilotprojekts sollen schließlich Auswertungs- und Nutzungsszenarien der Wiedergutmachungsunterlagen beschrieben werden. Dazu gehört auch die Entwicklung innovativer archivpädagogischer Angebote sowie die Erarbeitung von Handreichungen und Hilfsmitteln für die historische Forschung. Mit ersten Ergebnissen des Projekts kann im Laufe des Jahres 2021 gerechnet werden.

* Peter Müller, Rebecca Schröder

1

Akten-Nr.: _____ Kartei-Nr.: _____

Landesbezirksstelle für die Wiedergutmachung Stuttgart

Politisches / Rassistisch / Religiös Gruppe: _____

Anschrift: Stuttgart-O., Gerokstraße 27 - Fernsprecher 91074, 92855

Antrag auf Wiedergutmachung *)

I. Personalien:

Vor- und Zuname: Wilhelm Bechtle

Wohnort: Stgt.-Botsang, Straße: Beethovenstr. 48 Kreis: _____

geb.: 1.2.1906 in: Bohgau Kreis: Ludwigsburg

Familienstand: verheiratet Kinder: XX 1 Deren Alter: 16 Jahre

Erlerner Beruf: Gärtner Ausgeübter Beruf: ParteiSekretär

Mitglied der NSDAP, oder einer ihrer Gliederungen? nein

Spruchkammerbescheid vom _____ Einstufung: nicht betroffen

Rechtskräftig seit _____

II. Angaben über meine Verfolgung bzw. Schädigung:

Grund der Verfolgung bzw. Schädigung: Antifaschistische illegale Betätigung

Ort des Beginns der Verfolgung: Stuttgart

Wohnhaft in Nordwürttemberg-Nordbaden seit Geburt

Ich befand mich – Mein(e) befand(en) sich

____ Jahre 3 Monate im Gefängnis in Ul

4 Jahre 6 Monate im Zuchthaus in Ludwigsburg

7 Jahre _____ Monate im KZ Heuberg-Kubberg-Talheim

____ Jahre _____ Monate illegal in _____

____ Jahre _____ Monate in Emigration in _____

____ Jahre _____ Monate beim Bew.-Batt. 999, 500, bei der SS-Div. Dirlwanger

Anklage erhoben wegen: Beihilfe zur Flucht und Vorbereitung z. Hochverrat

Urteil des Oberlandesgerichts Stgt. vom 28. Juni 35 und 20.10.37

Strafmaß: 3 Monate Gef.u. 41/2 J. Zuchth. Davon verbüßt: alles

Geldstrafe: RM. _____ Gerichts- und Hofkosten: RM. unbekannt Anwaltskosten: RM. _____

Urteil aufgehoben auf Grund des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege vom 31. 5. 1946 (Reg.Bl. S. 205) bis jetzt nichts mitgeteilt.

a) lt. Beschluß des _____ Gerichts vom _____

b) lt. Bescheinigung der Staatsanwaltschaft vom _____

*) Um deutliche Schrift, mögl. Maschinenschrift, wird gebeten. Falls einzelne Spalten nicht ausreichen, gesonderte Anlagen beifügen!

S. 48. L. L. 2000.

Direkt und bequem Online-Bestellung von Reproduktionen

**Zum Online-Findmittelsystem
mit Bestellmöglichkeit von
Reproduktionen:**
<https://www2.landesarchiv-bw.de>



Seit dem 1. November 2020 können Reproduktionen von Archivalien aus allen Archivabteilungen des Landesarchivs direkt im Online-Findmittelsystem, dem Online-Katalog des Landesarchivs, bestellt werden. Von Archivalieneinheiten, die im Bestellkorb abgelegt werden, können sowohl Digitalisate als auch Papierkopien geordert werden.

In Zeiten der Pandemie konnte dieser neue Service natürlich nur eine Erfolgsgeschichte werden. Aber auch in der Zeit davor wurde bereits deutlich, dass das neue Angebot von den Nutzerinnen und Nutzern des Landesarchivs sehr gut angenommen wird. Eine kleine Bilanz bezüglich der bisherigen Bestellungen kann schon gezogen werden. Die zahlreichen Absender bilden, so kann man sagen, ein internationales Publikum. Die meisten kommen natürlich aus Baden-Württemberg und sehr viele aus Deutschland. In der Adressenliste treten aber auch zahlreiche andere europäische und einige sogar weit entfernte Länder auf, wie beispielsweise Neuseeland, Australien, Kanada und natürlich die Vereinigten Staaten von Amerika. Naheliegenderweise werden

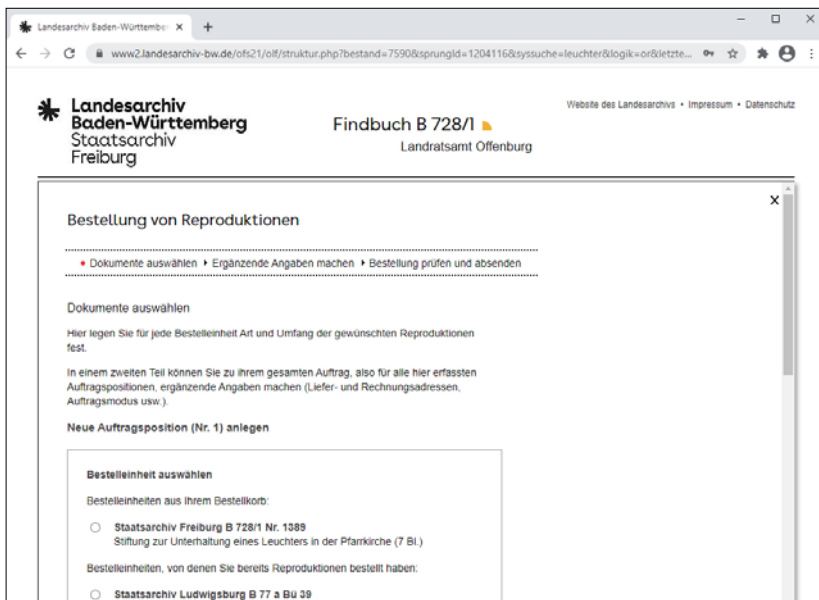
meist digitale Kopien bestellt. Digitale oder Papierkopien von Archivalien unterscheiden sich wohlgerne grundlegend von Waren, die man sonst im Internet angeboten bekommt. Diese Produkte werden von echten Unikaten individuell angefertigt. Aus der Tatsache, dass in den Magazinen des Landesarchivs über 165 Regalkilometer an Archivalien lagern und jede Archivalieneinheit eine Individualität bildet, ergibt sich eine gewisse Schwierigkeit. Häufig ist nämlich zunächst nicht bekannt, welchen Umfang das Archivgut hat, von dem die Nutzerin oder der Nutzer Reproduktionen bestellt. Dies muss vom Archivpersonal erst ermittelt werden und somit kann bei der Bestellung auch noch nicht mitgeteilt werden, welche Kosten zu erwarten sind. Dies ist an sich aber kein großes Problem, denn die Nutzerin oder der Nutzer hat die Möglichkeit eine Kostenschätzung anzufordern; eine Option, die in über der Hälfte der Fälle auch gewählt wird. Alternativ dazu kann eine Kostenobergrenze angegeben werden. Diese Variante wurde in ca. 20 Prozent der Fälle gewählt.

Hilfestellung bei der Bestellung von Reproduktionen gibt das neue Lesezeichenmodul im Online-Findmittelsystem. Die gesammelten Lesezeichen können hier unter Angabe des Nutzungskontos mit Notizen versehen und dauerhaft gespeichert werden. Die persönlichen Favoriten stehen also auf jedem Gerät, ob PC, Laptop oder Smartphone, zur Verfügung. Favorisierte Archivalien können direkt in den Bestellkorb übernommen werden. Im Lesezeichenmodul wird auch der Bestellstatus der jeweiligen Archivalieneinheiten angezeigt. Man wird also sofort darüber informiert, ob eine Einheit schon im Bestellkorb liegt oder ob sie bereits von einem selbst oder von einem anderen entliehen wurde. Wenn die Kontoinhaberin oder der Kontoinhaber bereits Reproduktionen davon bestellt hat, wird dies ebenfalls angezeigt.

Die Bestellung von Reproduktionen ist selbstverständlich nach wie vor auch per E-Mail oder im Lesesaal möglich. Gerne beraten wir Sie zur Online-Bestellung und zu weiteren Reproduktionsformen. *** Thomas Fricke**

1 Reproduktionenbestellung
im Online-Findmittelsystem.

Vorlage: LABW



Wilhelm Weinberg und sein »Kataster der Geisteskranken« Neue Erkenntnisse zur Entstehung der »Winnentaler Patientenblätter« im Staatsarchiv Ludwigsburg

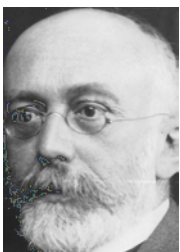
Hinweis zur Nutzung:

Da der Bestand LABW, StAL F 235 III noch archivrechtlichen Schutzfristen unterliegt, wenden Sie sich bei Anfragen bitte direkt an das Staatsarchiv Ludwigsburg.

1

1 Karteblatt/Zählkarte des Patienten Severin Waizenegger, der zwischen 1852 und 1856 in der Anstalt Winnental untergebracht war (Anstaltskürzel im Feld »Anstalt«). Aufgeführt sind Diagnosen aus der Frühphase der Psychiatrie: »Melancholie, Tollheit, Verrücktheit«. Die Karteikarte entstand während der Ersterfassung von Patientendaten zwischen 1915 und 1917.

Vorlage: LABW, StAL F 235 III Bü 906



2 Foto von Wilhelm Weinberg aus seiner Passakte, um 1918.

Vorlage: LABW, StAL F 201 Bü 506

Im Jahr 1983 übernahm das Staatsarchiv Ludwigsburg vom heutigen Zentrum für Psychiatrie Winnenden einen ca. 85 lfd. Meter umfassenden Bestand gleichförmiger Karteikarten mit psychiatrischen Patientendaten (LABW, StAL F 235 III). Er wird häufig herangezogen, um das Schicksal von Opfern der NS-Krankenmorde zu klären. Inzwischen lässt sich die bislang weitgehend unbekannte Entstehungsgeschichte der Kartei rekonstruieren, die in enger Verbindung mit der deutschen Psychiatriegeschichte zu Beginn des 20. Jahrhunderts steht.

Die genetischen Lehren von Darwin und Mendel wurden um 1900 auf den Menschen übertragen. Die aufkommende Humangenetik versprach auch der Psychiatrie neue Erkenntnisse zur Frage der Vererbung von Krankheiten. Um dies zu erreichen, war es notwendig, eine Einteilung psychischer Krankheitsbilder vorzunehmen, Daten nachvollziehbar zu erfassen und eine Methodik für die Auswertung zu entwickeln. Der Psychiater Emil Kraepelin entwickelte eine diagnostische Klassifikation und legte Zählkarten zur Dokumentation von Krankheitsverläufen an. Ab 1911 führte Krae-

pelins Schüler Ernst Rüdin eine Untersuchung durch, die auf der umfassenden und systematischen Erfassung von Daten über psychiatrische Patienten und deren Angehörigen basierte. Bei der statistischen Auswertung arbeitete Rüdin eng mit dem Allgemeinmediziner Wilhelm Weinberg aus Stuttgart zusammen, der sich in Württemberg bereits mit medizinisch-statistischen Arbeiten, unter anderem über Tuberkulose und Krebs, einen Namen gemacht hatte. Weinberg stellte bald fest, dass die Patientendaten einer ganzen Region zuverlässigere wissenschaftliche Erkenntnisse liefern können, und begann in Württemberg mit der Herstellung eines *Katasters der Geisteskranken*. Hierzu richtete er im Dezember 1914 ein entsprechendes Gesuch an das württembergische Innenministerium, das das dafür zuständige Medizinalkollegium mit der Abwicklung des Projekts beauftragte. Das Medizinalkollegium zeigte sich dem Anliegen Weinbergs sehr aufgeschlossen und auch die württembergischen Anstalten waren kooperativ und stellten die Daten ihrer Patienten seit 1812, als in Zwiefalten die erste württembergische Psychiatrie gegründet wurde, zur Verfügung.

Zwischen 1915 und 1919 wurden, durch Weinberg privat finanziert, systematisch die Patientendaten (u.a. Name, Geburts- und ggf. Todesdaten, Geburts- und Wohnort, Anstaltsaufenthalt und Diagnosen) der Anstalten Zwiefalten, Winnental, Weissenau, Schussenried, Weinsberg, Schwäbisch Gmünd, Rottenmünster, Göppingen, Pfullingen, Kennenburg sowie der psychiatrischen Abteilung des Bürgerhospitals Stuttgart und der Universitätsnervenklinik Tübingen auf Individualzählkarten und Familienzählkarten erfasst. Dabei wurde zu jedem Anstaltsaufenthalt eine Karteikarte angelegt. Die Kartei verblieb im Medizinalkollegium bis zu dessen Auflösung 1919 und wanderte danach in die Anstalt Winnental, wo sie noch bis 1959 Ergänzungen erfuhr. Aktuell findet im Rahmen eines coronabedingten Homeoffice-Projekts eine personenbezogene Neuerschließung der ca. 90.000 Karteikarten statt, die Recherchen in dem Bestand in Zukunft wesentlich erleichtern wird.

✱ **Christian Hofmann**



Erbverbrüderung statt Mauerfall

Wiedervereinigung der Markgrafschaften Baden-Baden und Baden-Durlach vor 250 Jahren



¹ Titelblatt des Erbvertrags von 1765 in der baden-durlachischen Ausfertigung.

Vorlage: LABW, GLAK 47 Nr. 499 a

Findmittel im Online-Katalog LABW, GLAK 220 Rastatt Stadt und LABW, GLAK 195 Baden-Baden Stadt:

<http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=4-3593&a=fb>

<http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=4-3539>



Ab 1535 war die Markgrafschaft Baden zwischen den beiden überlebenden Söhnen von Markgraf Christoph, Bernhard III. und Ernst, real geteilt. Die Residenz der katholischen Markgrafschaft Baden-Baden (Bernhardinische Linie) wurde 1705 von Baden-Baden nach Rastatt verlegt. Karl II., Sohn von Markgraf Ernst, residierte in Durlach und führte die Reformation in der Markgrafschaft Baden-Durlach ein, die ab 1717 von dem neu gegründeten Karlsruhe aus regiert wurde. Nicht nur in religiöser Hinsicht, sondern auch außenpolitisch und wirtschaftlich entwickelten sich die Markgrafschaften auseinander. Mitte des 18. Jahrhunderts drohte die Linie Baden-Baden auszusterben. Beide Söhne von Markgraf Ludwig Georg waren im Kindesalter verstorben, die erwachsene Tochter nicht nachfolgeberechtigt. Nach Ludwig Georgs Tod 1761 übernahm sein jüngerer Bruder August Georg im Alter von 55 Jahren die Regentschaft. Dessen

langjährige Ehe mit der 47 Jahre alten Maria Viktoria, geborene von Arenberg, war kinderlos.

In Karlsruhe wurden daraufhin Gutachten zur rechtlichen Situation beim eventuellen Aussterben der Linie Baden-Baden erstellt und ein reger Schriftverkehr zwischen Karlsruhe und Rastatt begann. Schließlich wurde ein aus 54 Artikeln bestehender Vertrag aufgesetzt, der am 28. Januar 1765 von Markgraf August Georg von Baden-Baden und seiner Nichte Elisabeth beziehungsweise von Markgraf Karl Friedrich von Baden-Durlach, einigen Verwandten sowie auf beiden Seiten von Geheimen Räten unterzeichnet wurde. Es handelt sich dabei um eine Erbverbrüderung, einen Hausvertrag, nach dem beim Aussterben einer Linie die andere automatisch deren Besitzungen erben soll. Neben dem Ausschluss der weiblichen Erbfolge wurden Fragen der Schuldentilgung, der Übernahme der Beamtschaft und des Militärs und die heikle Frage der Konfessionsverhältnisse geregelt. Galt es doch die Rechte der Katholiken gegenüber der protestantischen Markgrafschaft Baden-Durlach, in die sie eingegliedert würden, sicherzustellen. In Karlsruhe wurden diverse Dokumente und Formulare für das Ableben August Georgs vorbereitet. In der Dienerakte des badenbadischen Hofkammerrats Karl Bidermann befindet sich beispielsweise eine geheim zu haltende Instruktion Karl Friedrichs vom April 1767, was Bidermann bei Krankheit und Ableben August Georgs zu tun habe. Der Erbfall trat am 21. Oktober 1771 ein. Karl Friedrich begab sich noch am selben Tag zur Besitzergreifung der Markgrafschaft Baden-Baden nach Rastatt.

In der frühneuzeitlichen deutschen Geschichte ist Baden der einzige Fall einer staatlichen Wiedervereinigung. Pünktlich zum Gedenkjahr wurden die Findmittel der Aktenbestände 220 Rastatt Stadt und 195 Baden-Baden Stadt redaktionell überarbeitet und vielfach ergänzt online gestellt. * **Gabriele Wüst**

Reichs-, Kreis- und Grafentage vom 16. bis 18. Jahrhundert

Erschließung des Bestandes R-Rep. 72 im Staatsarchiv Wertheim abgeschlossen

Unter folgendem Link steht das Findmittel im Internet zur Recherche bereit:

<http://www.Landesarchiv-bw.de/plink/?f=7-1331&a=fb>



1711 erreichte Graf Maximilian Karl von Löwenstein-Wertheim-Rochefort die Erhebung in den Reichsfürstenstand. Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat waren mit einer solchen Erhebung aber nicht automatisch verbunden. Die Fürsten hatten naturgemäß kein Interesse an einer Vergrößerung ihres Gremiums, galt es doch, Macht und Exklusivität des eigenen Standes zu verteidigen. Maximilian Karl sondierte und antichambrierte eifrig bei den alten Häusern, doch die Reaktionen waren ernüchternd: Der Herzog von Sachsen-Eisenach teilte 1716 mit, dass bei *gegenwärtigen [...] conjuncturen von dergleichen introductions Angelegenheiten zu sprechen oder solche zu secundiren nicht de tempore sei*. Man könne sich leider nicht vom all-gemeinen *concerto [...] separiren* und rate dazu, das Ganze doch einfach ruhen zu lassen. Herzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar zeigte sich zugänglicher, gab aber zu Bedenken, wie viele Häuser sich Sitz und Stimme wünschten. Jedem dieser Wünsche nachzukommen, würde zu *Behinderung der Reichstags-Affairen* führen, dem *geliebten Vaterlande zu empfindlichem Nachteil* gereichen. Er stellte aber zumindest eine Wiederaufnahme der Sache zu einem späteren Zeitpunkt in Aussicht. Leider zerplatzte diese Hoffnung – erst unmittelbar vor Ende des Alten

Reichs erhielten die Löwensteiner Zugang zum Reichsfürstenrat.

Die Briefe finden sich im Bestand LABW, StAWt R-Rep. 72 Reichs-, Kreis- und Grafentage im Staatsarchiv Wertheim. Die Unterlagen mit einer Laufzeit vom 16.–18. Jahrhundert wurden im Rahmen eines zweijährigen Projekts erschlossen, finanziert von der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg. 35 lfd. Meter an Akten, die in einzelnen Bündeln völlig unsortiert vorlagen, galt es zu verzeichnen. Dabei mussten in Einzelblattsichtungen umfangreiche Fremdbestände ausgegliedert und eine Verzeichnungs-systematik entworfen werden. Sie orientiert sich am Aufbau und Ablauf der Verfahren auf den Reichs-, Kreis- und Grafentagen sowie an der Struktur der Kollegien und Konvente und den jeweiligen Kommunikationsformen.

Die Unterlagen zeugen von den politischen Spielräumen und Handlungsoptionen eines mindermächtigen Standes auf korporativer, Kreis- und Reichsebene. Dabei bieten sie immer wieder faszinierende Einblicke in die Schwierigkeiten und Bemühungen der Fürsten von Löwenstein-Wertheim-Rochefort um Anerkennung ihres Standes und Fürstenstatus in den verschiedenen Institutionen des Reiches.

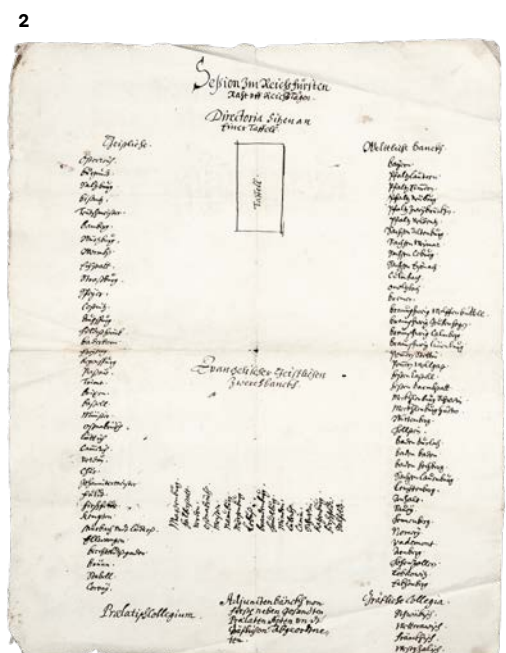
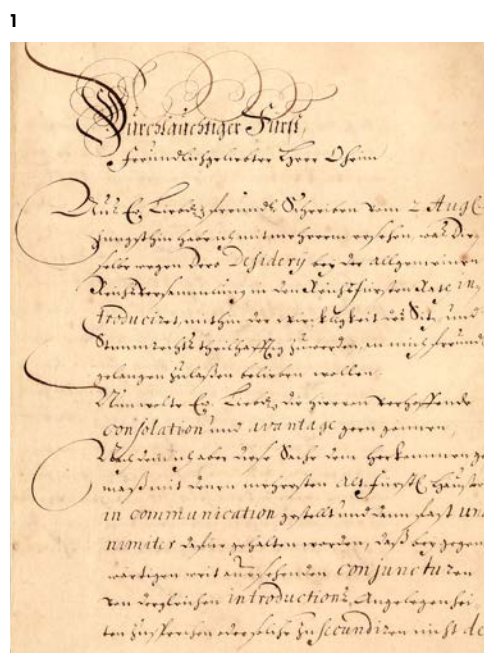
* Anne Christina May

1 Antwort des Herzogs von Sachsen-Eisenach auf die Anfrage Fürst Maximilian Karls von Löwenstein-Wertheim-Rochefort vom 6. November 1716.

Vorlage: LABW, StAWt R-Rep. 72 Nr. 1138

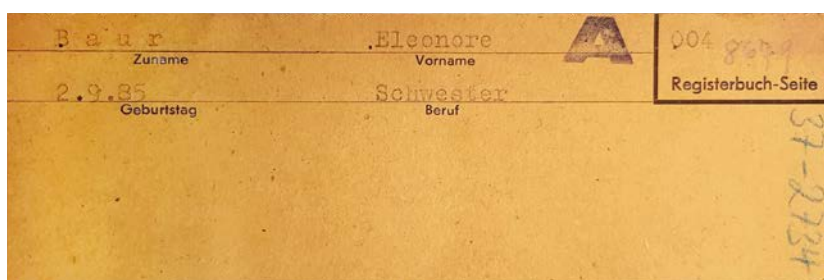
2 Grafische Darstellung der Sitzverteilung und der Mitglieder des Reichsfürstenrats am Reichstag in Regensburg. Die Fürsten von Löwenstein-Wertheim-Rochefort strebten Sitz und Stimme auf der Bank der weltlichen Fürsten an. Aber sie mussten mit der Mitgliedschaft im Kolleg der fränkischen Grafen vorliebnehmen, die zusammen nur über eine Stimme, eine sogenannte Kuriatstimme, verfügten (o. D.).

Vorlage: LABW, StAWt R-Rep. 72 Nr. 1378



Vereinfachte Recherche nach 70.000 Internierten

Registerbücher der Interniertenlager unter deutscher Verwaltung in der amerikanischen Zone nach Einzelpersonen erschlossen



- 1 Index-Karteikärtchen betreffend Eleonore Baur mit Verweis auf Registerbuch-Seite 8679.

Vorlage: LABW, StAL EL 904/5 II Nr. 37-2734

Mit dem Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, verkürzt *Befreiungsgesetz* genannt, wurde im März 1946 die Durchführung der Entnazifizierung in der amerikanischen Zone in die Zuständigkeit deutscher Stellen übergeben. Wie die Spruchkammern unterstellte man in der Folge auch die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eingerichteten Internierungslager in den Ländern der amerikanischen Zone der Verantwortung der Ministerien für politische Befreiung. Stichtag für den Übergang war der 1. November 1946, freilich zog dieser sich bis ins Frühjahr des Folgejahres hin. Die Internierten, von denen ein großer Teil als potenziell gefährliche NS-Aktivisten ohne Einzelfallprüfung in *Automatischen Arrest* genommen worden war, wurden bei dieser Gelegenheit neu registriert. Ausführlicher als in der Zeit zuvor, als man mit DIN-A5-großen, vorgedruckten Karteikarten gearbeitet hatte (Bestand LABW, StAL EL 904/2, Amerikanische Interniertenkartei, knapp 80.000 Karteikarten in 85 Karteikästen), legte man nun insgesamt 36 Registerbücher an, die heute im Staatsarchiv Ludwigsburg den Bestand LABW, StAL EL 904/5 I bilden. Diese umfassen jeweils 200 bandübergreifend durchpaginierte Doppelseiten mit den Personalien und einigen weitere Daten von je zehn oder elf Internierten, darunter in der Regel auch die Internierungsorte und -zeiten, den Entlassungsgrund und den Wohnort der Betroffenen nach der Entlassung. Gerade die zuletzt genannten Angaben ermöglichen es in vielen Fällen, die Spur einzelner Personen wiederaufzunehmen, wo sie ansonsten mit dem

Ende der Internierungshaft abreißen würde. Enthalten sind in den Registerbänden nicht nur die einschlägigen Informationen zu den Internierten der in und bei Ludwigsburg bzw. Heilbronn gelegenen Lager, sondern u. a. auch die der in den entsprechenden Einrichtungen in Augsburg-Göggingen, Bremen, Dachau, Darmstadt, Garmisch, Gießen, Hammelburg, Heilbronn, Karlsruhe, Kassel, Moosburg, Nürnberg-Langwasser, Regensburg und Wetzlar festgehaltenen Personen. So konnte etwa im Zuge einer Recherche zu der als *Nazi-Ikone* und *Blutschwester Pia* apostrophierten Dachauer KZ-Krankenschwester Eleonore Baur ermittelt werden, dass diese Ende November 1948 aus dem Lager Nürnberg-Langwasser in die psychiatrische Klinik München überführt wurde.

Die handschriftlichen Eintragungen erfolgten zwar offensichtlich blockweise nach Internierungslagern, wegen zahlreicher Gruppen- und Einzelnachträge gibt es bei den Registerbüchern jedoch kein durchgängiges Ordnungsprinzip. Für den gezielten Zugriff auf einzelne Personen benötigte man von Anfang an einen Namensindex, der auf Karteikärtchen geführt wurde. Wegen des umständlichen Zugriffs auf die Personeneinträge in den Registerbüchern mittels dieser Indexkartei, bildete die Retrokonvertierung dieser Kartei (LABW, StAL EL 904/5 II) schon lange ein Desiderat der Nutzung.

Die Umsetzung wurde im Frühjahr 2020 in der Zeit des ersten *Lockdowns* während der Corona-Pandemie angegangen. Da auf die Schnelle nicht allen infrage kommenden Mitarbeitern Online-Homeoffice-Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden konnten, erfolgte die Datenerfassung im Homeoffice *offline* mithilfe eines kleinen, einfach zu bedienenden Datenbank-Tools. Der Aufwand beim Transport der Karteikästen mit durchschnittlich je rund 4.000 Karteikärtchen hielt sich in Grenzen, die Datenübermittlung erfolgte umgehend via E-Mail oder Datenträger. Die bisher schon als Archivaliensignatur der einzelnen Karteikärtchen verwendete Nummer des jeweiligen Karteikastens wurde, um die Erstellung einer weiteren Konkordanz zu vermeiden, beibehalten und durch eine individuelle *Bindestrich-Nr.* ergänzt. Dies ermöglichte es auch, mehrere unabhängig voneinander arbeitende Mitarbeiter zeitgleich mit der Datenerfassung zu betrauen, und führte zu einem verhältnismäßig schnellen Abschluss des Erschließungsprojekts. Nach Korrektur, Zusammenführung und Konvertierung aller Daten wurden die etwas mehr als 71.000 Datensätze in die Erschließungsdatenbank des Landesarchivs eingelesen und stehen damit jetzt nach den Vorgaben des Datenschutzes Öffentlichkeit und Forschung zur Verfügung. * **Stephan Molitor**

Hinweis zur Nutzung:

Die Findmittel der Bestände LABW, StAL EL 904/5 I und EL 904/5 II unterliegen noch archivrechtlichen Schutzfristen, wenden Sie sich bei Anfragen daher bitte direkt an das Staatsarchiv Ludwigsburg.

Von der Kaserne zum Kindergarten

Die Konversion militärischer Objekte in der Überlieferung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Freiburg

Überall in Deutschland stehen Kasernen als Relikte des Kalten Krieges. In großen Städten erstrecken sich solche Gebäudekomplexe über riesige Grundstücksflächen und nach Abzug des ausländischen Militärs, aufgrund der Wiedervereinigung Deutschlands, blieben sie verlassen zurück. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ist Eigentümerin dieser Liegenschaften und eine Einrichtung des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Bundesfinanzministeriums untersteht. Die BImA wurde 2004 per Gesetz gegründet und hat die Aufgabe, bundeseigene Liegenschaften effizient und wirtschaftlich zu verwalten oder zu verkaufen. Mit den Unterlagen des Bestandes LABW, StAF P 305/1 im Staatsarchiv Freiburg der BImA lässt sich die militärische Vergangenheit aus der Sicht des Bundes erforschen und bereits ein Blick in die Zukunft erhaschen. Viele der im Bestand abgebildeten Kasernen erhalten heute eine neue Daseinsberechtigung, indem ihr ursprünglicher Zweck ad acta gelegt und neuer städtischer Raum geschaffen wird.

An einem prägnanten Beispiel soll an dieser Stelle aufgezeigt werden, wie die einst militärisch notwendige, karge Kasernenstruktur einer

Großstadt wie Mannheim zu neuem Wohn- und Lebensraum verhilft. Die Kasernen *Benjamin Franklin Village*, *Sullivan Barracks* und *Funari Barracks* bilden in Mannheim eine 144 Hektar große Fläche, welche bis 2014 noch zeitweise von den Amerikanern militärisch genutzt wurde. Bereits 2013 begann dort die Planung für die Errichtung von *FRANKLIN*, einem neuen Stadtteil Mannheims. Dabei ist zu berücksichtigen, dass gerade Militärstandorte der ehemaligen Alliierten oft eine Stadt in der Stadt bildeten. Die bereits vorhandene Infrastruktur – Schulen, Kindergärten und Einkaufsmöglichkeiten – waren somit eine gute Grundlage für die Entwicklung von *FRANKLIN*. Alte Kasernenbauten werden aufwendig saniert und zu Wohnhäusern umgebaut. Die vorhandene Elementary School wird zur neuen Grundschule konvertiert und Freiflächen werden neu bebaut oder zu Grünanlagen umgestaltet.

Dies ist nur ein Beispiel von vielen für Baden-Württemberg: der Stadtteil Vauban aus der gleichnamigen Kaserne in Freiburg, die Nordstadt mit den *Smiley Barracks* in Karlsruhe oder das *Mark Twain Village* in Heidelberg. Der Bestand der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Freiburg enthält zu all diesen Kasernen Archivalien mit unzähligen Karten und Bildmaterial vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Rückgabe der einzelnen Liegenschaften aus der ausländischen militärischen Nutzung. Durch die Konversion vieler Kasernen bleibt dieses Stück Militär- und deutscher Geschichte in Form von Architektur erhalten und lässt sich durch den Bestand der BImA rekonstruieren.

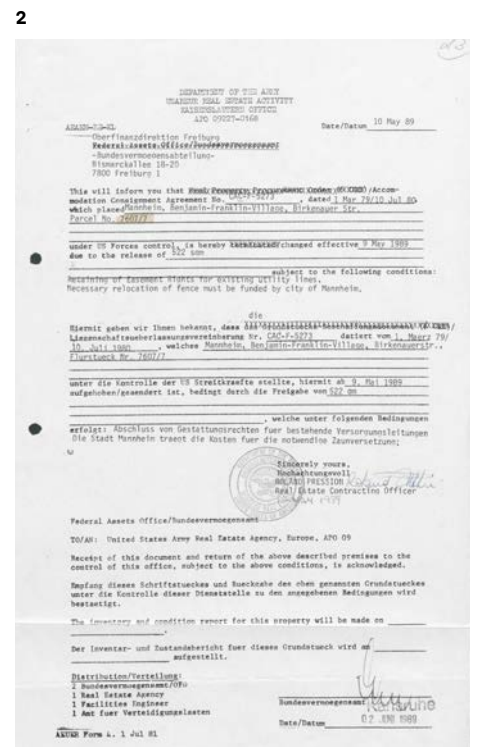
* **Juliane Walliser**

1 Übersichtsplan von Benjamin Franklin Village, Sullivan Barracks und Funari Barracks.

Vortage: LABW, StAF P 305/1 Nr. 598

2 Freigabebekanntmachung der amerikanischen Streitkräfte für eine Teilfläche von Benjamin Franklin Village.

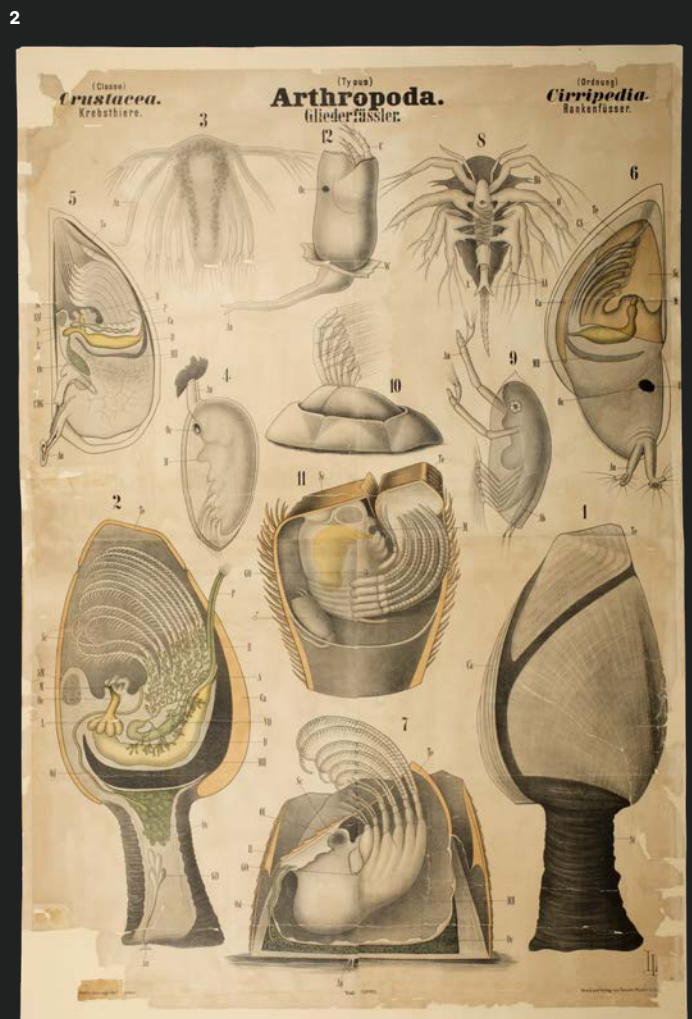
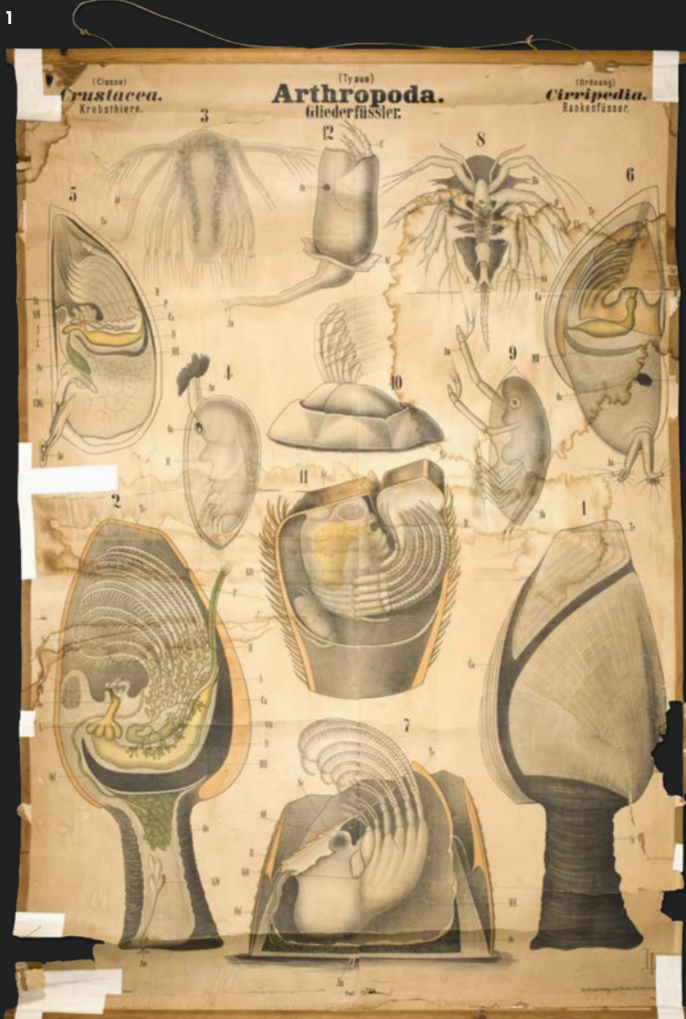
Vortage: LABW, StAF P 305/1 Nr. 213





Was krecht und fleucht denn da?

Restaurierung von zoologischen Lehrtafeln
aus dem Universitätsarchiv Freiburg



- 1 Vorderseite: vor Restaurierung, Wasserschaden mit Verklebungen.

Vorlage: UA Freiburg
DOI179/013

- 2 Vorderseite: nach Restaurierung mit ergänzten Fehlstellen und flächiger Stabilisierung.

Vorlage: UA Freiburg
DOI179/013

- 3 Ausschnitt: rückseitige Verklebungen.

Vorlage: UA Freiburg
DOI179/013



Visualisierung ist ein Zauberwort des 21. Jahrhunderts, das ungeheuer innovativ zu sein beansprucht. Doch wie vieles andere ist es das bei weitem nicht. Schon seit mindestens dem 18. Jahrhundert gehören Wandtafeln im Geschichts- oder Biologieunterricht zum Alltag. Erst im Laufe der Zeit wurden sie von Epidiaskopen, Diaprojektoren und Beamern, die bunte Bilder an die Wand warfen, verdrängt.

Wandtafeln gestalteten auch an Universitäten die Lehre anschaulicher. Hier setzte die Forschung allerdings nicht ausschließlich gedruckte Verlagsware ein, sondern ließ durch Zeichner unikale Tafeln anfertigen, um den Studierenden die neuesten Erkenntnisse nahezubringen. Daher sind solche Lehrtafeln typische, oft einzigartige Zeugnisse der universitären Forschung und Lehre und damit durchaus Archivgut. Sie sind aufgrund ihres bis zu drei Quadratmeter großen Formats in der Handhabung sperrig und unbequem sowie schwierig zu lagern.

Das Freiburger Universitätsarchiv hat einige sehr ungewöhnliche Sammlungen solcher Tafeln, beispielsweise aus der Kriminologie und Strafvollzugskunde, Medizin, Biologie und anderen Disziplinen. Die mit über 200 Stück weitaus größte Sammlung stammt jedoch aus der Zoologie und zeigt Insekten, wirbellose Tiere, Krebse und vieles andere mehr, das da krecht und fleucht.

Durch Kontakte des Universitätsarchivars zu einem Biologen mit historischem Gespür beendeten die Wandtafeln ihr kümmerliches Kellerdasein, gelangten 2017 ins Universitätsarchiv und von dort ins Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut in Ludwigsburg, wo sie noch mehr Aufmerksamkeit und Pflege erlangten.

Aus der Menge von Wandtafeln wurden 27 Schwerstschäden ausgewählt. In großer Anzahl sind farbige Chromolithographien, Tusche- oder Stiftzeichnungen vertreten, die im vordigitalen Zeitalter den Aufbau und Feinheiten der Kleinsttierwelt aufwendig und akribisch zeigen. Künstlerisch und wissenschaftlich sind die Lebewesen in Szene gesetzt.

Die auf braunem, sauren Karton aufkaschiereten Tafeln waren ursprünglich mit typischen Kartenstäben für die Aufhängung im Unterricht versehen. Gerade in diesen Bereichen sind sie durch das Auf- und Abrollen besonders gebrochen und splittrig. Starke Rollspannung und zusätzliche Verklebungen auf Innen- und Außenseite führten zu weiteren Substanzschäden.

Um die fragilen Stücke im Wässerungsbad zu behandeln, sind zwei bis drei Personen erforderlich. Viele kleine Splitter werden gesichert und das braune Packpapier wird von der Rückseite zentimeterweise gelöst. Gleichzeitig wird alter, angequollener Leim abgetragen. Auf einer nassen Folie werden die Teile wie ein Puzzle zusammengesetzt und mit dünnen Japanpapierstreifen verbunden. Noch im nassen Zustand wird nun am Anfasengerät selbst hergestelltes Papier in großen Bogen auf die Tafeln aufgeklebt und abschließend mit dünnem japanischem Papier kaschiert. Dadurch erhält die Tafel ihre notwendige Stabilität zurück. Für eine gute Aufbewahrung wurden übergroße Planschränke (2,10 x 1,52 Meter) aufgestellt. Die restaurierten Tafeln wurden im Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut digitalisiert und können künftig problemlos am Bildschirm genutzt werden.

* **Cornelia Bandow, Dieter Speck**



1



2



3

back to the roots

Wie die Akten des Finanzamts Hirsau über Freudenstadt, Bonn, Siegburg, Brühl und München letztendlich ins Staatsarchiv Sigmaringen kamen

- 1 Dr. Alfons Pausch (1922–2012).
Vorlage: Bundesfinanzakademie, Jahresprogramm 2013, Brühl 2012, S. 88
- 2 Der 2,1 lfd. Meter umfassende Bestand des Finanzamts Calw(-Hirsau) ist unter der Bestandssignatur LABW, StAS Wü 126/6 T 5 archiviert und enthält Generalakten, die den Übergang vom Kameralamt auf das Finanzamt Hirsau dokumentieren.
Vorlage: LABW, StAS
- 3 Bundesfinanzminister Apel, Bundespräsident Scheel und Alfons Pausch im Steuermuseum in Siegburg, o. J.
Vorlage: Bundesfinanzakademie, Jahresprogramm 2013, Brühl 2012, S. 89

Im Januar 2019 wurden im Staatsarchiv Sigmaringen zwei Umzugskartons mit Finanzamtsakten eingeliefert – an sich ein völlig alltäglicher und in keiner Weise bemerkenswerter Vorgang. Stutzig machte die Herkunft der Pakete – kamen sie doch vom Bundesfinanzhof aus München. Ein Blick in die Kartons ergab, dass die Schriftstücke Anfang des 20. Jahrhunderts beim Finanzamt Hirsau entstanden waren und somit in die Zuständigkeit des Staatsarchivs fallen. Aber wie waren die Akten nach München gekommen?

Der Weg der Akten lässt sich nur teilweise rekonstruieren, ist jedoch eng mit dem Namen Dr. Alfons Pausch verbunden. Pausch, seit 1957 Vorsteher des Finanzamts Freudenstadt, wirbt zeitlebens um das Verständnis des *kleinen Steuerzahlers* für die Belange der Finanzverwaltung und betreibt von Beginn an eine für Steuerbehörden eher ungewöhnliche Öffentlichkeitsarbeit. Um den *einfachen Bürger* anzusprechen, gründet er 1958 ein bundesweit einzigartiges Steuermuseum in Freudenstadt, dessen zahlreiche Exponate er in der Umgebung zusammengetragen hat.

Während eines Schwarzwaldurlaubs im Sommer 1960 besucht Bundesfinanzminister

Franz Etzel das Museum und ist derart begeistert, dass er dieses beim Bundesfinanzministerium ansiedeln und Pausch sofort nach Bonn holen will. Als Pausch mitsamt seiner Sammlung 1961 in Bonn eintrifft, ist Etzel jedoch schon nicht mehr Minister und sein Nachfolger teilt dessen Begeisterung für das Museum nicht. Was also tun mit Etzels Liebhaberprojekt? Die Lösung findet sich, indem das Museum als Finanzgeschichtliche Sammlung an die Bundesfinanzakademie in Siegburg angegliedert und Pausch mit deren Aufbau betraut wird. In den Folgejahren wachsen die Finanzgeschichtliche Sammlung und das Steuermuseum, von Pausch bis zu seinem Ruhestand 1982 betreut, und nehmen an Bedeutung zu.

Im Zuge der Flüchtlingskrise wird die inzwischen in Brühl angesiedelte Sammlung jedoch 2016 aufgelöst. Die Sammlungsobjekte gelangen zum Deutschen Zollmuseum nach Hamburg, die historische Bibliothek sowie die darin enthaltenen Archivalien und Nachlässe unterschiedlichster Herkunft werden vom Bundesfinanzhof übernommen. 500 Umzugskartons treten ihren Weg nach München an, die dortige Bibliothekarin managt in der Folgezeit die Bearbeitung. Für die Archivalien erhält sie Unterstützung aus dem Bundesarchiv. Die Akten werden nach deren Herkunft getrennt, sodass sie nach und nach an die zuständigen Landes- und Staatsarchive abgegeben werden können.

So schließt sich der Kreis und die Überlieferung des Finanzamts Hirsau hat ihren endgültigen Aufbewahrungsort im zuständigen Staatsarchiv Sigmaringen gefunden. Derzeit wird der Bestand erschlossen, verpackt und demnächst allen Nutzenden des Landesarchivs zugänglich sein. ✱ **Sabine Hennig**



200 Jahre Landesvermessung

Ausstellung des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung im Grundbuchzentralarchiv 2021

- 1 Fluchtkiste des Grundbuchamts mit dem Vermessungswerk der Gemeinde Breitnau (Baden).
Vorlage: LABW, GBZA EMM 7 A 000.372.165
- 2 Markungsstein der württembergischen Urvermessung (Stuttgart-Botnang).
Aufnahme: LABW, Andreas Groß

* Ausstellung

200 Jahre Landesvermessung

* Öffnungszeiten

6. Mai – 24. Juni 2021
Mo 9.00–16.00 Uhr
Mi + Fr 9.00–13.00 Uhr
Do 9.00–18.00 Uhr

* Information und Ort

Landesarchiv
Baden-Württemberg
Grundbuchzentralarchiv

Lesesaal für historische
Grundbuchunterlagen

Salamander-Areal, Bau 2 EG
Stammheimer Straße 10
70806 Kornwestheim

Telefon: 07154/17820 - 500
E-Mail: gbza@la-bw.de

www.landesarchiv-bw.de/gbza

Weitere Informationen zur Ausstellung und zu Begleitveranstaltungen finden Sie unter www.landesarchiv-bw.de/de/aktuelles/ausstellungen



Endlich ist es soweit! Bedingt durch die Corona-Pandemie und dem damit verbundenen ersten Lockdown im März 2020, musste der ursprüngliche Termin für die Ausstellung verschoben werden. Nun kommt die Wanderausstellung *200 Jahre Landesvermessung* des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung ab dem 6. Mai 2021 ins Grundbuchzentralarchiv nach Kornwestheim. Beinahe genau dorthin, wo vor über 200 Jahren die Solitude-Allee zwischen Schloss Solitude und Ludwigsburg als Basislinie für die württembergische Landvermessung diente.

Aber nicht nur, dass auf der Gemarkung Kornwestheim ein Abschnitt der Basislinie lag, sondern das Grundbuchzentralarchiv selbst hat einen engen Bezug zur Landesvermessung. Immerhin sind deren Ergebnisse eine der wichtigsten Grundlagen für die Grundbuchführung einst und heute. Die meisten historischen Grundbuchunterlagen aus dem 19. Jahrhundert verweisen auf die im Rahmen der Urvermessung

entstandenen Gemarkungspläne. Auch das moderne Grundbuch wäre ohne die bis heute fortgeführte Landesvermessung kaum denkbar.

In der Ausstellung wird eindrücklich die Entwicklung des Vermessungswesens in den letzten 200 Jahren nachvollzogen und deren gesellschaftliche Bedeutung beleuchtet. Dabei werden neben den historischen Messgeräten, etwa einem Theodolit, auch die Ergebnisse der Landesvermessung vorgestellt. An vorderster Stelle stehen dabei die Flurkarten und das Primärkataster. Historische Darstellungen vermitteln darüber hinaus einen Eindruck, wie die Landesvermessung im 19. Jahrhundert vorstätteng und unter welcher Mühsal diese zum Teil durchgeführt werden musste. Als kleine Hommage an den Standort Kornwestheim zeigt die Ausstellung die Ergebnisse der Landesvermessung auf Kornwestheimer Gemarkung. Auch einige Exponate aus dem Grundbuchzentralarchiv werden in der Ausstellung zu sehen sein.

* Michael Aumüller

1



2



... aus der Trennung heraus! 200 Jahre Evangelische Landeskirche in Baden Ausstellung im Generallandesarchiv Karlsruhe

1 Steinrelief in der westlichen Vorhalle der Christuskirche in Karlsruhe zur Erinnerung an den 100. Jahrestag der badischen Kirchenunion, 1821/1921.

Aufnahme: Thomas Schindel, Karlsruhe

Es war ein feierlicher Augenblick, als am 26. Juli 1821 die Deputierten der ersten gemeinsamen Generalsynode der beiden evangelischen Kirchen in Baden eigenhändig die Urkunde unterzeichneten, mit der sich Lutheraner und Reformierte zusammenschlossen. Reformierte Traditionen der Kurpfalz und lutherisches Erbe der alten Markgrafschaft und weiterer Regionen Badens fanden Heimat in der neuen Landeskirche, an deren Spitze Großherzog Ludwig I. (geb. 1763, reg. 1818–1830) als Landesherr stand.

Im Sommer 1821 ging somit die Hoffnung der beiden Kirchen in Erfüllung, *aus der Trennung heraus zu Vereinigung und Einheit zu gelangen*, wie es die Präambel der Unionsurkunde formulierte. Das reformatorische Schriftprinzip diente als Richtschnur für die theologischen

Beratungen. Der 26. Juli 1821 wurde so zur Geburtsstunde der Evangelischen Landeskirche in Baden. Unter dem Motto *Unisono. VIELstimmigEins* feiert die Landeskirche 2021 in zahlreichen Veranstaltungen ihr Jubiläum.

Evangelischer Oberkirchenrat und Generallandesarchiv gehen in einer gemeinsamen Ausstellung der Geschichte der evangelischen Kirche in Baden in den letzten beiden Jahrhunderten nach. Wertvolle, oft erstmals gezeigte Exponate laden zum Nachdenken über zentrale Zäsuren der badischen Kirchengeschichte ein. Das prächtige Altarkreuz der Karlsruher Schlosskirche steht für die lange, gemeinsame Geschichte von Thron und Altar. Die Fahne des Evangelischen Arbeitervereins Mannheim-Sandhofen weist auf die Bedeutung der sozialen Frage in der Kirche und das lange Zeit schwierige Verhältnis von Kirche und Arbeiterbewegung hin. Die Rötzeichnungen von Carolus Vocke, die Pfarrer Kurt Lehmann porträtieren, mahnen an die Verfolgung »nichtarischer« Pfarrer in der NS-Zeit. Der Talar von Hilde Bitz, der ersten rechtlich gleichgestellten Pfarrerin in der Landeskirche, erinnert daran, dass die Ordination von Frauen auch in Baden heftig diskutiert wurde.

Der Ausblick am Ende der Ausstellung führt an den Ausgangspunkt zurück: der mutige Aufbruch *aus der Trennung* lenkt den Blick auf die Kirche des 21. Jahrhunderts und die Perspektiven des ökumenischen Miteinanders mit den Katholiken im Erzbistum Freiburg, der badischen Schwesterkirche, und mit den Christen in aller Welt.

* Udo Wennemuth, Wolfgang Zimmermann

* Ausstellung

»... aus der Trennung heraus!
200 Jahre Evangelische
Landeskirche in Baden«

* Öffnungszeiten

20. Mai – 7. November 2021
Di – Do 8.30–17.30 Uhr
Fr 8.30–19.00 Uhr
So 13.00–17.30 Uhr

* Information

Landesarchiv
Baden-Württemberg
Generallandesarchiv Karlsruhe

Nördliche Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe

Telefon: 0721/926 - 2206
E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de

www.landesarchiv-be.de/glak

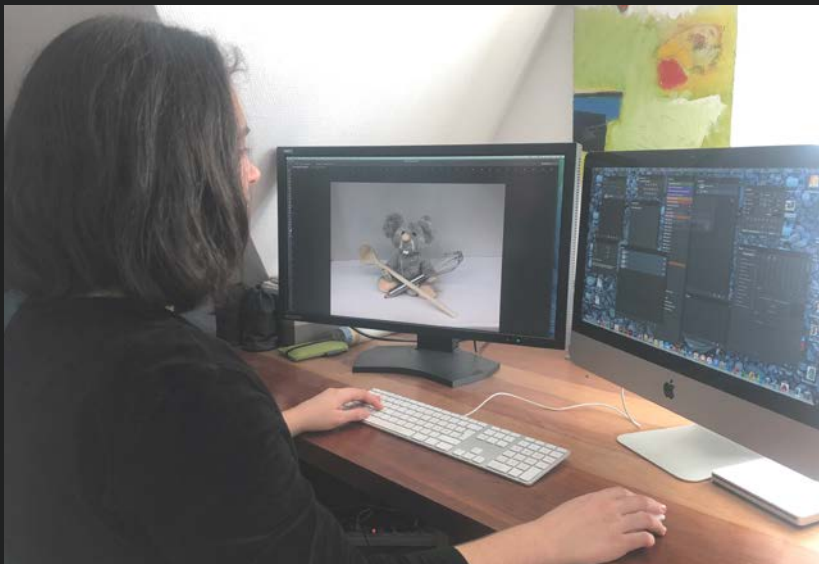
1





Digitale Grüße aus dem 21. Jahrhundert

Die Freiwilligendienstleistenden des Staatsarchivs Ludwigsburg auf Social Media



1 Im Home-Office bereitet FKJlerin Annika Richter den nächsten Post vor.

Aufnahme:
LABW, Annika Richter

Andere Publikationswege gehen, neue Zielgruppen ansprechen, Partizipation ermöglichen, sich vernetzen – es gibt viele Gründe, warum Archive soziale Medien nutzen. Auch die Freiwilligendienstleistenden des Staatsarchivs Ludwigsburg bringen sich auf den Social-Media-Kanälen des Landesarchivs ein und schaffen neue Angebote.

Nicht zuletzt bedingt durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus ist die Ludwigsburger Archivpädagogik bestrebt, sich digital stärker aufzustellen. Maskottchen Archi Archivmaus ist unter der Regie des letzten Freiwilligenjahrgangs zum Star einer kleinen Reihe für neugierige Grundschülerinnen und Grundschüler geworden: Blicke hinter die Mauern des Staatsarchivs, Stöbereien in den Erfindungen schwäbischer Tüftler und Bastelideen für lange Nachmittage gibt es auf der Website und dem YouTube-Kanal

des Landesarchivs zu entdecken. In einem abteilungsübergreifend angelegten Projekt arbeiten die Jugendlichen an Video-Tutorials, die in wenigen Minuten in das Online-Angebot des Landesarchivs und die Recherchemöglichkeiten des Online-Katalogs einführen.

Den Social-Media-Auftritt des Landesarchivs ergänzen sie mit einem Instagram-Kanal für Jugendliche und junge Erwachsene. Seit 2018 teilen sie als *staatsarchiv_ludwigsburg* Bilder und Videos von ihrer Arbeit im Archiv, posten Geschichten über die Abenteuer des Archivmaskottchens und geben Einblicke in ausgewählte Bestände. Insbesondere der diesjährige Freiwilligenjahrgang hat sich dem Ausbau des Kanals angenommen und beweist ein weiteres Mal: Grau, verstaubt und langweilig sind die gängigen Klischees über Archive, nicht die Archive selbst.

Passend zur letzten Halloween-Saison, dem sogenannten Spooktober (englisch *to spook* = spuken), wurden verschiedene Bilder Geschichten von Archis Suche nach einem passenden Halloween-Kostüm aus den Beständen des Staatstheaters Stuttgart hochgeladen. Auf seiner Suche hat Archi die interessantesten Theaterstücke zusammengefasst und lässt die Abonentinnen und Abonnten sie noch einmal nacherleben. Außerdem haben die Freiwilligen ein Archivgespenst gesichtet, das in den dunklen Magazingängen sein Unwesen treibt und zumindest mit der Kamera eingefangen werden konnte.

Zur Weihnachtszeit haben die Jugendlichen auf der Suche nach Plätzchenideen die Bestände durchsucht, aus verschiedenen historischen Koch- und Backbüchern Rezepte ausgewählt und sich sogleich ans Werk gemacht. Dabei sind leckere Gebäcke entstanden, mit denen man sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch das Online-Publikum erfreut hat. Rein-schauen lohnt sich!

✱ **Yanic Dollhopf, Jonathan Machoczek und Annika Richter mit Julia Schneider**

Weitere Informationen:
https://www.instagram.com/staatsarchiv_ludwigsburg/?hl=de



Neue Veröffentlichungen des Landesarchivs Baden-Württemberg



Die Tochter des Papstes: Margarethe von Savoyen

Begleitbuch und
Katalog zur Ausstellung

Herausgegeben von Peter Rückert,
Anja Thaller und Klaus Oschema

Verlag W. Kohlhammer 2020

248 Seiten, fester Einband/
Fadenheftung

€ 22,-

ISBN 978-3-17-039341-7



Gezähmte Berge

Alpine Landschaften im
Blick badischer Fotografen

Sara Diedrich
und Elias Siebert

Verlag W. Kohlhammer 2020

136 Seiten, fester Einband/
Fadenheftung

€ 20,-

ISBN 978-3-17-039676-0



Archive der Grafen und Freiherren von Helmstatt

Urkundenregesten 1258-1877

Bearbeitet
von Konrad Krimm

Verlag W. Kohlhammer 2020

870 Seiten, fester Einband/
Fadenheftung

€ 85,-

ISBN 978-3-17-035358-9



Die Bände sind im Buchhandel
oder direkt beim Verlag erhältlich.
Alle Neuerscheinungen finden
Sie auf der Website des Landes-
archivs Baden-Württemberg
(www.landesarchivbw.de) unter
»Landesarchiv > Publikationen«.



Archivnachrichten und Quellen
für den Unterricht finden Sie
auch auf der Website des Landes-
archivs Baden-Württemberg
(www.landesarchiv-bw.de) unter
»Landesarchiv > Publikationen >
Archivnachrichten«.



Zudem finden Sie auf der
Website des Landesarchivs
(www.landesarchiv-bw.de) aktuelle
Berichte, Veranstaltungshinweise
und vielfältige digitale Angebote.

Kontakt

Landesarchiv Baden-Württemberg Präsident

Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: landesarchiv@la-bw.de

Landesarchiv Baden-Württemberg Zentrale Dienste

Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: zentraledienste@la-bw.de

Landesarchiv Baden-Württemberg Archivischer Grundsatz

Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: grundsatz@la-bw.de

Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut

Schillerplatz 11
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/64854-6600
Telefax: 07141/64854-6699
E-Mail: ife@la-bw.de

Staatsarchiv Freiburg

Colombistraße 4
79098 Freiburg im Breisgau
Telefon: 0761/38060-0
Telefax: 0761/38060-13
E-Mail: stafreiburg@la-bw.de

Generallandesarchiv Karlsruhe

Nördliche Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721/926-2206
Telefax: 0721/926-2231
E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de

Grundbuchzentralarchiv Kornwestheim

Stammheimer Straße 10
70806 Kornwestheim
Telefon: 07154/17820-500
Telefax: 07154/17820-510
E-Mail: gbza@la-bw.de

Staatsarchiv Ludwigsburg

Arsenalplatz 3
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/64854-6310
Telefax: 07141/64854-6311
E-Mail: staludwigsburg@la-bw.de

Hohenlohe Zentralarchiv Neuenstein

Schloss
74632 Neuenstein
Telefon: 07942/94780-0
Telefax: 07942/94780-19
E-Mail: hzaneuenstein@la-bw.de

Staatsarchiv Sigmaringen

Karlstraße 1+3
72488 Sigmaringen
Telefon: 07571/101-551
Telefax: 07571/101-552
E-Mail: stasigmaringen@la-bw.de

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Konrad-Adenauer-Straße 4
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4335
Telefax: 0711/212-4360
E-Mail: hstastuttgart@la-bw.de

Staatsarchiv Wertheim im Archivverbund Main-Tauber

Bronnbach 19
97877 Wertheim
Telefon: 09342/91592-0
Telefax: 09342/91592-30
E-Mail: stawertheim@la-bw.de